

Vorwörter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:
Machen, Sozialdemokr. Verein Kachen Land Eupen, 8. Quartal 6,60. Berlin, Beiträge der Wahlreise: 2. Kreis 1000,—, 3. Kreis 500,—...

wäre nicht mehr ein Stück französischen Bodens, sondern die französischen Kolonien und die französische Flotte. Einen ähnlichen Friedenspreis würde England zahlen müssen, ebenso eine sehr hohe Kriegsschuldigung. In England sind mindestens neunzig von hundert englischen Bürgern der Ueberzeugung, daß Deutschland sich auf einen umfassenden Eroberungskrieg vorbereite...

Vor kurzem noch wurde von denselben Offizieren das deutsch-französische Verhältnis in der entgegengesetzten Ueberschwänglichkeit behandelt. Da war alles düster und es drohten ernsteste Gefahren. Das läßt unschlagend in das andere Extrem mahnt alle echten Freunde deutscher und französischer Verständigung erst recht zu nüchternen Prüfung und ruhiger Aufmerksamkeit. In Frankreich bleibt man vorläufig recht zurückhaltend gegenüber der kühnen Werbung der deutschen auswärtigen Politik...

Die Neugruppierung Europas.

London, 7. Oktober. (Fig. W.) Wer sich für äußere Politik interessiert, hat jetzt gute Gelegenheit, einen Blick in ihre Werkstätte zu werfen. Das Werden der Neugruppierung Europas vollzieht sich fast ganz vor unseren Augen, da die Staatsmänner sich gegenwärtig in einer solchen Lage befinden, daß sie gezwungen sind, sich in die Öffentlichkeit zu äußern. Die Ereignisse der letzten Jahre haben eine Neugruppierung Europas notwendig gemacht. Die wichtigsten Elemente in diesem Prozesse der Neugruppierung sind England und Deutschland. Jedes dieser Länder sucht so viele minder starke Staaten um sich zu gruppieren, um angelichlich in einem solchen Zustand zu sein, ein politisches Gleichgewicht herzustellen und den allen so teuren Frieden aufrechtzuerhalten.

Zur Frage der zukünftigen Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen sind Verhandlungen der Nordd. Allg. Ztg. und des der französischen Regierung nahestehenden „Temps“ zu verzeichnen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ übertrifft noch ihren Meister Wilton in überschwänglichem Jubel über die plötzlich überaus herrlichen Aussichten, die aus der Beilegung des Marokkoproblems und der sich andahnenden deutsch-französischen „Annäherung“ sich eröffnen: „Für die weitesten Kreise des deutschen Volkes sind die alten Ästen der Marokko-Angelegenheit und deren Nebenerscheinungen geschlossen und neue Ästen eröffnet, an deren Spitze die hochentwickelte deutsch-französische Vereinbarung steht. Die Verständigung, die die deutschen Interessen wahr, ohne den berechtigten Ansprüchen Frankreichs zu nahe zu treten, weist ihrem ganzen Wesen nach in die Zukunft hinaus, in eine Zukunft, die für beide Nationen dankbare Aufgaben gemeinsamen Wirkens in ihrem Schoße birgt. Erweist sich der aufrichtige gute Wille, dem der Ausgleich scheinbar nicht zu vermitteln Gegenstände zuschreiben ist, als dauernder Faktor der europäischen Politik, so werden der Zukunft gegenseitigen Vertrauens wertvolle Früchte entspringen zum besten nicht nur der beiden Nachbarvölker, sondern der gesamten Kulturmenschen. Vorerst sind viele Franzosen offenbar noch in dem Irigeln ihrer Anschauungen zu überzeugen, als eine rückhaltlose Auseinandersetzung mit Deutschland über alle künftigen auftauchenden Fragen, die zu Differenzen Anlaß bieten könnten, sowie ein vertrauensvolles Zusammengehen mit der deutschen Politik überall da, wo gleichartige Interessen dies zweckmäßig erscheinen lassen. Unschwer werden alsdann auch die jetzt noch Widerstrebenden, sofern der Widerstand gegen eine freundschaftliche Annäherung bei ihnen nicht Selbstzweck ist, zu der Ansicht gelangen, daß es dem Besten der deutschen Staatskunst durchaus zuzubehalten ist, andere Nationen ihrer eigenen Vorsehung zu überlassen und sie selbständigen Anschlägen welcher Art auch immer dienlich zu machen.“

Der Kampf in der Elektro-Industrie. Also doch eine Wachtprobe der Unternehmer! Die drei beteiligten Gesellschaften versenden eine Darstellung des Kampfes von seinem Anbeginn an, die sie lokalweise auch und zur Verfügung stellen. Anders zu verfahren hätte ja auch keinen Zweck; denn im schlimmsten Falle hätten wir durch die bürgerliche Presse morgen davon Kenntnis gehabt oder aber — wenn man es „geheim“ verstand — kann's umgekehrt, und die „Post“ als Organ der Scharfmacher hätte die Auslassungen der Elektrizitätsfirmen ebenso erst dem „Vorwärts“ entnehmen müssen, wie die Kenntnis von dem Fiskus des Herrn Duez. Was die Darstellung der Firmen sagt, ist offenbar richtig; schief wird das Bild der Ausbreitung nur durch das, was in dem Altentstand der Gesellschaften verschwiegen wird. So heißt es beispielsweise an einer Stelle: „Am 20. September machten wir nunmehr in unseren Fabriken bekannt, daß wir das Nobelwerk Oberpreze und das Bernerwerk am 21. September abends schließen würden, falls nicht bis zum Mittag des 21. September die im Ausstand befindlichen Arbeiter sich bereit erklären würden, die Arbeit am 22. September wieder aufzunehmen.“ Hier fehlen nur die paar Zusatzworte: „und zwar zu den alten Bedingungen!“ Ein paar Worte, wie gesagt; aber diejenigen, die den Arbeitern die Wiederannahme der Arbeit unangenehm machten! — An einer anderen Stelle heißt es: „Der durch die Arbeiter erfolgten Anrufung des Berliner Gewerbegerichts als Einigungsamt konnten wir und nicht abschließen. Wir haben dagegen Besprechungen mit den Arbeiterausschüssen unter Zulassung einiger von ihnen erwählten Berater und unter dem Vorbehalt eines Unparteiischen, des Herrn Magistratsrat v. Schulz, vorgeschlagen. Diese Besprechungen haben stattgefunden, sind aber zunächst ergebnislos verlaufen, da die Arbeiter von vornherein erklärten, sie könnten Einigungsvorschläge nur dann vertreten, wenn die Firmen noch andere als die vor dem Streik gemachten Zugeständnisse gewährleisteten wollten. Noch während dieser Besprechungen wurde seitens der Arbeiterschaft eine weitere Ausdehnung des Streiks veranlaßt.“ Auch hier enthält die Darstellung der Direktionen eine Lüge. Es muß nämlich an passender Stelle in diese noch eingefügt werden: „Am 20. September verabschiedeten wir mit unseren Arbeitern Verhandlungen, wie diese es nannten, oder Besprechungen, wie das in der Unternehmerpresse heißt, für Sonntag, den 1. Oktober. Aber mitten hinein in diese Besprechungen oder Unterhandlungen staketen wir mit der Ansperrung von über 20 000 unbeteiligten Arbeitern, obgleich für Unterhandlungen Waffenstillstand selbstverständliche Voraussetzung ist und obgleich die Arbeiter für den Fall friedlichen Verhaltens von unserer Seite ausdrücklich die Unterlassung weiterer Maßnahmen ihrerseits selbstverständlich angefordert hatten.“ Wie gesagt; das fehlt in der Darstellung der Direktionen und deswegen kann das historische Bild des Kampfes, das sie geben, keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Aber die Direktionen knüpfen an ihre geschichtliche Darstellung auch noch eine Reihe von Betrachtungen, aus denen wir den einzigen Satz entnehmen und festhalten wollen: „Die Frage der Lohnerhöhung spielt nur in ihren Konsequenzen eine Rolle.“ Die bürgerlichen Pressevertreter der Rathenau-Gruppe werden vor But heulen über diese schuldigen Zugeständnisse ihrer Herren. Sie haben bisher in deren Sinne zu handeln geglaubt, wenn sie von „unerfüllbaren Forderungen“ der Arbeiter sprachen — und nun das! Die Frage der Lohnerhöhung spielt in der Tat keine Rolle in dem gegenwärtigen Streit; ihrerwegen hätten die Elektromagneten nicht Tausende und Abertausende von Arbeitern auf die Straße geworfen. Die Lohnerhöhung der 400 Mann diene ihnen als Vorwand zu einer Wachtprobe; die unbedeunende Organisation der Arbeiter will man vernichten, deren Selbstbewußtsein zerstören! Ob das gelingen wird, hängt nicht von den Metallarbeitern allein, hängt von dem tatkräftigen Eingreifen der Gesamtarbeiter Deutschlands ab!



## Die Stadtverordneten-Versammlung und die Aussperrung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat beschlossen, zu dem am Donnerstag stattfindenden Sitzung folgende Anträge einzubringen:

I. Die Versammlung ersucht den Magistrat, Mittel zu ergreifen, um die Beschäftigung von Feuerwehrenten aus Anlaß der Aussperrung in der Berliner Elektro-Industrie zu verhindern.

II. Die Versammlung ersucht den Magistrat, aus bereiten Mitteln 500 000 Mark zur Unterstützung der Familien der in der Berliner Elektro-Industrie ausgesperrten Arbeiter den beteiligten Arbeiter-Organisationen zur Verfügung zu stellen.

## Der alte ehrliche Schweinburg

Ärgert sich in seinen „Berliner Polit. Nachrichten“ darüber, daß wir am Sonntag nach unserer Verwöhnheit anstandslos eine Nichtigstellung der Berliner Elektrizitätswerke brachten. Er beschließt aus diesem Vorgange — einen Mangel an Wahrheitsliebe! Herr Schweinburg bringt natürlich nie eine Nichtigstellung seiner Äußerungen über die Sozialdemokratie!

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Seit dem 2. Oktober d. J. befinden sich die Maschinisten und Heizer der Berliner Elektrizitätswerke im Streik und zwar aus Solidarität, weil die hiesigen Metall-Industriellen über 30 000 Arbeiter auf das Streikpflaster geworfen haben. Bis jetzt haben Feuerwehrenten, Maschinisten und Heizer der Staatsbahnen, Ingenieure, Techniker und andere Betriebsbeamte an Stelle der Maschinisten und Heizer Streikbrecher gespielt. Da diese Herrschaften schon Wasen in den Händen bekommen haben und trotzdem immer zwei Pfann vor einem Kessel stehen, können sie auf die Dauer diese Arbeit nicht leisten. Die Unternehmerpresse aller Orten ist jetzt bemüht, Maschinisten und Heizer als Streikbrecher nach Berlin zu dirigieren. Wir bitten davon Kenntnis zu nehmen, daß der Streik in Berlin nach wie vor besteht und der Zugang von Maschinisten und Heizern unter allen Umständen fernzuhalten ist.

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

## Achtung, Elektromonteur und Bauarbeiter!

Die Elektromonteur der A. E. G., V. E. W., Siemens-Schubert-Werke, Siemens u. Halske und Elektro-Motor stehen seit dem 2. Oktober im Solidaritätsstreik.

Es wird versucht, die Arbeit von anderen Firmen fertigstellen zu lassen. Unter folgenden Dekadreffen werden Monteur gesucht: Kessel, Steinmetzstr. 46, Alt-Moabit 16, Krüger, Lüderstr. 22.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

## Die Herren Aussperrer auf der Suche nach Verfertiger von Streikarbeit.

Bekanntlich lag es in der wohlberathenen Absicht der Elektromagnaten, nur 10 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen auszusperrn. Die letzten 10 Prozent wollten sie dagegen gnädigst in den Betrieben behalten, und zwar zu dem eingestandenem Wohlstandlichen Zweck, mit diesen Leuten die notwendigsten und dringendsten Arbeiten fertig stellen zu lassen. Man hatte hier auch unter anderem besonders die Werkzeugmacher im Auge. Die Direktoren waren jedenfalls der Meinung, diese 10 Proz. würden herzlich froh sein, weiter arbeiten zu können, wenn man ihnen den Verbleib in den Betrieben nur überhaupt gestatte. Als dann aber die Organisationen beschlossen, als Antwort auf die frivole Aussperrung auch die letzten 10 Proz. aus den Werken herauszuziehen und die Arbeiter diesem Beschluß auch fast einmütig Folge leisteten, da waren die Herren Aussperrer doch ziemlich unangenehm überrascht. Sie resp. ihre Kreaturen verachteten dann, wie immer wenn sie in der Klemme sind, durch ihre bekannte „leutselige“ Schwachheit und durch Versprechungen wenigstens einen Teil der Arbeiter zu bewegen, in „alter Treue“ bei ihnen zu bleiben, weil es diesen, wie sie meinten, doch persönlich ganz egal sein könne, ob die übrigen ausgesperrt seien oder nicht. In dem Werke Brunnenstraße der A. E. G. „erniedrigten“ sich einige Meister resp. Abteilungschefs sogar soweit, die dortigen Werkzeugmacher höflichst zu bitten, es möchten doch wenigstens 40 von ihnen im Betriebe bleiben, da sie doch so notwendig gebraucht würden. Wie nicht anders zu erwarten, zeigten diese organisierten Arbeiter jedoch absolut kein Verständnis für eine derartige Unternehmerlogik. Sie lehnten das Ansuchen, den Herren aus der Patzche zu helfen, während Hunderttausende ihrer Arbeitsbrüder stammelos auf die Straße geworfen wurden, kurzerhand ab und verlassen ebenfalls die Betriebe.

In den letzten Tagen hat es sich nun aber herausgestellt, daß die beiden Elektrizitätsfirmen verschiedentlich versucht haben, Werkzeuge in den Spezialbetrieben der Werkzeugbranche herstellen zu lassen. Für gewöhnlich herrscht sonst bittere Spannung zwischen den Großfirmen der Metallindustrie und den Inhabern der Werkzeug-Spezialbetriebe, weil jene längst dazu übergegangen sind, den Bedarf an Werkzeugen in den eigenen Betrieben anfertigen zu lassen und dadurch den Spezialbetrieben allmählich das Grab zu graben. Die Existenz der Spezialbetriebe dient den Großfirmen heute nur noch zur Hauptfahne dazu, den Lohn der eigenen Werkzeugmacher zu drücken. So wird den Werkzeugmachern fast ständig in den großen Fabriken gesagt, wenn sie die Arbeit nicht schneller fertig stellen würden, dann die Arbeit an die Spezialbetriebe vergeben werden müsse, weil sie dort billiger werde. In den Inhabern der Spezialbetriebe aber sagen dieselben Großindustriellen wieder, wenn sie nicht billiger produzieren könnten, dann hätte es keinen Zweck bei ihnen zu kaufen, es wäre dann vorteilhafter, die Werkzeuge im eigenen Betrieb zu verfertigen. Die Großfirmen treiben also stets nach beiden Seiten. Jetzt aber scheint man die Spezialbetriebe wieder mit einemmal brauchen zu können. Die Arbeit häuft sich dort in ganz auffälliger Weise, und es konnte auch bald ermittelt werden, daß es sich bei verschiedenen Verstellungen und Aufträgen um Streikarbeit für die Elektrizitäts-Firmen handelte.

Mit diesem Fallum beschäftigte sich am Sonntag eine Konferenz der im Metallarbeiter-Verband organisierten Werkzeugmacher aller Spezialbetriebe. Es wurde dort u. a. festgestellt, daß die A. E. G. durch ihren Meister Knospe bei mehreren Spezialfirmen Streikarbeit in Auftrag gegeben hatte. Skizzen von den betreffenden Mustern und Modellen lagen der Konferenz zur Ansicht vor. Natürlich ist die Anfertigung dieser Arbeit strikte verboten worden. Da die Werkzeugmacher aber durch verschiedene Umstände in dem sehr begründeten Verdacht befaßt worden sind, daß die Elektrizitäts-Firmen, sowohl die A. E. G. wie auch die V. E. W., jetzt ihre Streikarbeit unter verdeckter Marke in den Spezialbetrieben unterzubringen versuchen, so wurde beschlossen, für jeden Betrieb sofort eine Kommission zu wählen, die ihr Augenmerk speziell auf die Prüfung aller nicht einwandfrei erscheinenden neuen Arbeiten zu richten hat. Es wurde u. a. auch auf den Anschlag der Firma Kaiser u. Schmidt verwiesen, aus dem ebenfalls deutlich hervorgeht, daß auch die übrigen Käufernämmer die Werkzeugmacher dazu bewegen möchten, ihnen während der Dauer der Aussperrung die Kautanen aus dem Feuer zu holen. In richtiger Würdigung aller dieser Umstände nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

Die Konferenz der Werkzeugmacher aus den Spezialbetrieben nimmt Kenntnis von den Versuchen des Unternehmertums der Elektroindustrie, Werkzeug für dringende Arbeiten in den Spezialbetrieben der Werkzeugbranche anfertigen zu lassen. Die Versammelten verpflichten sich, in ihren Betrieben dafür zu sorgen, daß alle derartigen Versuche auf das energichste zurückgewiesen werden. Sie ver-

pflichten sich ferner, falls von der Zentralleitung der Auf- an sie ergehen sollte, sofort die Arbeit niederzulegen.

Auch die Werkzeugmacher der auswärtigen Spezialfirmen werden ersucht, auf etwaige Streikarbeit acht zu geben.

## Die bürgerliche Presse

traktiert die Deffentlichkeit während der letzten acht Tage unangenehm mit Nachrichten über „neu angebotene Friedensverhandlungen.“ Notizen wie: „Wiederaufnahme der Arbeit in Sicht“ usw. wollen augenblicklich den Einbruch erwecken, als seien die Unternehmer auf dem besten Wege, den Streikenden vermehrte Zugeständnisse zu machen. Wie uns jedoch mitgeteilt wird, gehen die Vermittlungsversuche lediglich von privater Seite aus. Das Zentralstreikkomitee hat mit denselben nichts zu tun. Es ist auch durchaus kein Geheimnis, daß die privaten Friedensvermittler von den Käufernämmeren zwar sehr freundlich und liebenswürdig empfangen, aber auch ebenso liebenswürdig wieder abgelehnt werden. Jegend welche greifbaren Anhaltspunkte dafür, daß die Elektromagnaten und mit ihnen die Großindustriellen etwa zur Einsicht von der Unsumigkeit dieser Aussperrung gekommen wären, sind bisher nicht vorhanden.

Dagegen wächst die

## Erbitterung unter den Arbeitern

über das frivole Spiel des Unternehmertums von Tag zu Tag. Bald rückt ja der Termin heran, an dem die Aussperrung noch ausgedehnt werden soll. Am 14. Oktober wollen bekanntlich auch die übrigen Mitglieder des Verbandes Berliner Metallindustrieller zur Unterstützung der Elektromagnaten den größten Teil ihrer Arbeiter ebenfalls aufs Pflaster setzen. Kein Wunder, daß sich da in den Betrieben dieser Werke der Wunsch regt, bereits vorher die Betriebe zu verlassen und gar nicht erst so lange zu warten, bis sie von den Käufernämmeren den Reitt bekommen. Aus diesem Grunde fanden am Sonntag eine Anzahl von stark besuchten Fabrikversammlungen der größeren Werke statt, woselbst den Arbeitern empfohlen wurde, nicht unzeitig die Arbeit niederzulegen, sondern sich so lange zu gedulden, bis von der Zentralleitung der Auf- an sie ergehen würde. Hiermit erklärten sich die Versammelten denn auch einverstanden.

## Zu Streikbrecher-Gefängnissen

haben sich die elektrischen Kraftzentralen nach und nach ausgewachsen. Die dortigen Arbeitswilligen mit und ohne Streichfragen kommen gar nicht mehr aus Tageslohn. Sie bleiben Tag und Nacht in den Betrieben und werden von ihren „Vorgesetzten“ bald mit Schmeicheleworten, bald durch sanften Druck zu bewegen gesucht, doch um Gotteswillen nicht hinauszuweichen. Man scheint in einer geradezu abergläubischen Furcht zu leben, daß die Arbeitswilligen doch mit den Ausständigen gemeinsame Sache machen könnten, sobald sie mit den Streikposten irgendwie in Verbindung kämen. Es sind auch schon wiederholt Briefe von Streikbrechern an Eltern oder Bekannte gerichtet worden, worin sie diesen mitteilen, daß sie aus den Zentralen gar nicht herausgelassen würden. Der Vater eines jungen Elektromonteurs, dem es offenbar auch zu lange dauerte, daß sich sein Streikbrecherjüngchen gar nicht mehr zu Hause sehen ließ, richtete einen Brief an die Verwaltung der Zentrale am Südufer, worin er verlangte, daß sein Sohn — der nebenbei bemerkt pro Tag 9,00 M. Streikbrecherlohn erhält — endlich einmal nach Hause kommen solle. Er erhielt darauf nur die dürre Antwort, daß sein Sohn bis auf weiteres noch nicht kommen könne. Währenddessen sind Beamte, Meister, Ingenieure usw. tätig, um Streikbrecher für die Zentralen anzuziehen. Besonders auf Heizer haben sie es abgesehen, weil die „höheren“ arbeitswilligen Streikposten in den Zentralen die etwas schmutzigen Arbeiten der Heizer nicht gerne verrichten mögen. Haben die Meisterwerber in irgend einer Anleihe dann mal einen arbeitslosen Heizer aufgebald, dann beordern sie ihn nach der Luisenstr. 85, damit er von dort seiner zukünftigen Wirkungsstätte überwiesen wird. Verschiedene der auf solche Art Angeworbenen sind aber rechtzeitig wieder umgelehrt und haben ihre „Befestigungsorder“ den Organisationsleitungen überbracht. Der Streik der Maschinisten und Heizer scheint also demnach mit der Länge der Dauer seine Wirkung auszuüben.

## Schauernachrichten

über die Schlechtigkeit und Niedertracht der Aussperrten und Streikenden werden fort und fort durch die bürgerliche Presse verbreitet. Ein tolles Stück finden wir im „Lokalanzeiger“. Dort steht zu lesen, am Ronnenndamm habe eine „Ausbreitung ausgesperrter Arbeiter“ stattgefunden, bei der ein „Arbeitswilliger“ schwer verletzt worden sei, weil er nicht „reine Wäsche“ nachweisen konnte. Ein Monteur Bauer aus Französisch-Buchholz, der nach erfolgter Aussperrung im Kabelwerk Ronnenndamm Beschäftigung behalten habe, sei nach Arbeitslohn in das benachbarte Schonkloß von Mutz am Ronnenndamm gegangen, habe dort streikende Arbeiter getroffen, habe sich von diesen wegen seiner „Arbeitswilligkeit“ Vorhaltungen machen lassen müssen, sei schließlich von ihnen mit Bierseideln bearbeitet worden, und so weiter. In dieser ganzen Schilderung ist nur wahr, daß der Monteur Bauer im Lokal von Mutz in einen Wortwechsel über die Aussperrung verwickelt worden ist, durch seine Grobheit eine Schlägerei provoziert hat und dabei mit einem Bierglas verletzt worden ist. Bauer ist aber weder ein „Arbeitswilliger“ noch überhaupt ein Elektrizitätsarbeiter, sondern ein Eisenkonstruktions-Monteur, der bei Steffens u. Kölle Beschäftigung hat. Auch der Schläger ist weder „Aussperrter“ noch überhaupt Elektrizitätsarbeiter, sondern ein Eisenkonstruktions-Monteur, und daselbe gilt für seinen Begleiter. In dem Lokal von Mutz war während des ganzen Streikes und der sich anschließenden Schlägerei überhaupt kein Elektrizitätsarbeiter, weder ein ausgesperrter oder streikender noch ein weiterarbeitender. Die Geschichte spielte am Freitag gegen 7/10 Uhr abends, und um diese Zeit war weit und breit in der Umgebung des Lokals auch kein Streikposten zu sehen.

Von ähnlichem Kaliber sind ein paar andere Nachrichten, die die bürgerlichen Blätter ihren Mitteilungen über die Aussperrung in der Elektro-Industrie angehängt haben, damit der Leser, der zwischen den Zeilen zu lesen Lust hat, sie mit der Niedertracht der Aussperrten in Verbindung bringe. Im Berliner Theater, so wird da behauptet, seien Kabelleitungen vorzüglich durchschnitten worden, so daß bei der Generalprobe plötzlich die elektrische Beleuchtung erlosch. Auch sei dort von verbrecherischer Hand ein Flugapparat beschädigt worden, so daß ein Schauspieler, der ihn benutzte, auf den Teppich fiel. Das allerneueste aber und ärgste ist, daß in demselben Theater, wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt und andere Blätter gläubig nachzählen, ein Brand angelegt worden sei, den man glücklicherweise rasch entdeckt und im Keime erstickt habe. Hierzu haben wir im Theater selber Erkundigungen eingegeben. In Gegenwart von Personen, in deren Händen die Leitung der Umbauarbeiten im Theater ruht, hat Herr Oberinspektor Schifover und folgende Mitteilungen gemacht: Kabelleitungen seien durchschnitten worden, doch sei es möglich, daß ein Arbeiter, dem die Leitungen bei der Arbeit im Wege waren, sie nur aus Bequemlichkeitsgründen durchschnitten habe. Ein Flugapparat sei beschädigt worden, so daß ein Schauspieler aus Metershöhe herabfiel, doch sei nicht ersichtlich, wie dieser Streich mit dem Streik in Verbindung stehen sollte. Ein Brand sei im Arbeitsraum der Wasserrohrarbeiter ausgebrochen, doch liege die Annahme nahe, daß er durch Begewerfen eines Zigarettenrestes oder durch ähnliche Fahrlässigkeit verursacht worden sei.

Welche Gründe kann die bürgerliche Presse haben, diesen sensationell zugespitzten Nachrichten Aufnahme zu gewähren? Sollte da nicht der Wunsch der Vater des Gedankens sein?! In der Volkstrage promontierten kürzlich ein paar Geulleken und unterhielten sich über die Aussperrung. „Wenn wir nur erst zu tun kriegen!“ sagte der eine.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Oktober.

## Der „Wiederaufbau“ Südwestafrikas.

Einer der letzten Vorträge des Kolonialkongresses des Reiches über dieses Thema, ein Dr. Hartmann-Hamburg, erklärte, daß als die Hauptaufgabe des landwirtschaftlichen Aufbaues der Kolonie zu erachten sei. Es sei eine planmäßige deutsche Besiedelung für Afrika im großen Stil zu betreiben. Voraussetzung dieser Besiedelung sei die Wasserbeschaffung, ferner die Ausstattung der Kolonie mit den notwendigsten modernen Verkehrsmitteln, wie Eisenbahnen und Hafenanlagen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, wie sehr der Kongreß von der Regierung begünstigt worden ist. Nun hat auch der Kaiser ein Begrüßungstelegramm des Kongresses durch ein Telegramm beantwortet, in dem er „allen Kongreßmitgliedern für diese Ausdeutung, wie für ihre in jeglicher Zeit besonders wertvolle Mitarbeit an den großen und schwierigen Aufgaben des Vaterlandes auf kolonialem Gebiet“ seinen Dank ausdrückt. Man geht also nicht fehl, wenn man die Vorschläge des Kolonialkongresses mit den Absichten der Regierung im großen und ganzen identifiziert.

Was nun den wirtschaftlichen Aufbau Südwestafrikas anlangt, so ist das eine Sache, die dem Deutschen Reich ungeheure Kosten auferlegen wird. Es ist ja leicht gesagt, daß die landwirtschaftliche und bergmännische Erschließung im großen Stile zu erfolgen habe. Aber schon die landwirtschaftliche Erschließung und Besiedelung wäre nur möglich, wenn die nötige Menge Wasser beschafft werden könnte. Unsere Kolonialsexe sprechen freilich von Bohrungen im großen Maßstabe und von Dammbauten, durch die große Sammelbecken geschaffen werden könnten. In Wirklichkeit aber haben so wohl die Bohrungen als auch die Dammbauten ihren großen Haken. Die Bohrversuche nach Wasser haben bisher im großen und ganzen ein recht ungünstiges Ergebnis gehabt. Wie die letzte amtliche Denkschrift ausführt, besitzt kaum ein Drittel des ganzen Landes genügend Wasser, um Vieh darauf zu erhalten. Aber „selbst von diesem übrig bleibenden Drittel hat uns die Erfahrung der letzten durch Regenarmut ausgezeichneten Jahre gelehrt, daß keineswegs durchweg sein in normaler Weise vorhandener Wasservorrat als gesichert angesehen werden kann“. Mit Trockenjahren und -Perioden müsse immer gerechnet werden. Wie weit durch Bohrungen Wasser beschafft werden könne, sei erst noch festzustellen. Die geologischen und meteorologischen Untersuchungen könnten noch keineswegs als abgeschlossen gelten. „Nur wissenschaftlich einwandfrei geführte, zahlreich und planmäßig organisierte meteorologische Beobachtungen werden uns in den Stand setzen, diejenigen Punkte verhältnismäßig rasch und mit einiger Sicherheit zu bestimmen, wo wirtschaftliche Unternehmungen zur Wasserbeschaffung durch Auffahren vorteilhaft sind und wo nicht.“ Und an anderer Stelle heißt es, daß zur Zeit „halbwegs fundierte Vorstellungen von der Verteilung und Strömungsrichtungen der unterirdischen Wasservorräte von ihrer Tiefe, Zugänglichkeit und allgemeinen Beschaffenheit, von den Kosten ihrer Erschließung und der Methode ihrer etwaigen Ausnützung überhaupt noch vollkommen fehlt. Ohne solche künstliche Wasserbeschaffung aber wäre an eine Besiedelung der Kolonie überhaupt nicht zu denken! Ob aber Wasser in genügender Menge überhaupt beschafft werden kann, ist, wie die amtliche Denkschrift selbst erklärt, eine einstweilen noch gar nicht zu beantwortende Frage! Es wäre also sehr leicht möglich, daß die Hoffnungen auf künstliche Wasserbeschaffung sich überhaupt nicht erfüllen und daß dann alle die Millionen, die für die Kolonie ausgegeben sind, vollständig nutzlos vergeudet gewesen wären!

Aber selbst im allergünstigsten Falle werden nach der Denkschrift des Dr. Rohrbach in Südwestafrika überhaupt nur 5000 Ansiedlerfamilien untergebracht werden können. Bis diese Zahl aber vorhanden wäre, dürften nach der Auffassung des Dr. Rohrbach noch mehrere Jahrzehnte vergehen. Rechnet derselbe doch damit, daß jährlich nur 100 Weizenerfamilien angehebelt würden. Da nun aber Südwestafrika jetzt schon 400 Millionen Mark gekostet hat, und bis zur Erreichung des von Dr. Rohrbach angegebenen Zieles noch weitere Hunderte von Millionen für die Kolonie ausgegeben werden müßten, so würde die Ansiedelung jeder einzelnen Familie in Südwestafrika den deutschen Steuerzahlern mehr als 100 000 M. kosten!

Nicht besser sieht es mit den bergbauartigen Ausbauten in Südwestafrika. Auch auf dem Kolonialkongreß hat man wiederum von den reichen Mineralreichtümern gesprochen, die die Berge des Landes beherbergen. Dieselben Behauptungen — dem, um mehr als behauptungen handelt es sich nicht — wurden aber schon vor mehr als einem Jahrzehnt aufgestellt. Schon 1892 wies man in der Budgetkommission des Reichstages ein kleines Goldklümpchen vor, das in Südwestafrika gefunden sein soll. Seitdem ist es von Goldhunden recht still geworden. Dagegen hörte man, daß an verschiedenen Punkten Kupfer gefunden worden sei, und daß die Kupfererzprobe vielversprechend zu sein „schiene“. Etwas Genaueres aber wurde in den folgenden Jahren niemals berichtet. Wenn wirklich größere Erzlager mit Bestimmtheit ermittelt worden wären, so würde man nicht geögert haben, diese Funde reifemalst auszuforschen. Die letzte Denkschrift erklärt dem auch, daß der ganze Nordosten des Landes geologisch noch gänzlich unerforscht sei. Auch die privaten bergmännischen Untersuchungen der letzten Jahre hätten nichts Neues ergeben. Ob also jemals der Bergbau in Südwestafrika irgend nennenswerte Erträge liefern wird, steht noch völlig dahin. Wären tatsächlich die Funde so verheißungsvoll, wie von unseren Kolonialsevern behauptet wird, so würde schon längst das Kapital die nötigen Verkehrsmittel geschaffen haben, statt vom Staate den Bau von Eisenbahnen oder wenigstens die Jindgarantien für die angelegten Kapitalien zu verlangen!

Für das arbeitende Volk gibt es also nur eine Parole: Fort aus Südwestafrika! Wer sich in der Sandwüste ansiedeln oder Erz schürfen will, mag es tun, aber auf eigene Kosten und eigenes Risiko!

## Weitere Steigerung der Viehpreise.

Wie Kreuzens große Äußerung auf dem Gebiete des Landbau und speziell der Schweinzüchtung, Herr v. Poddelski, am 11. August bei dem bekannten Hofkammerdirektor im Kaiserhof unter Berufung auf seine Sachverständigkeit verhörrte, werde bereits nach vier Wochen die Viehtenerung vorüber sein. Seitdem sind acht Wochen vergangen; statt zurückzugehen, sind aber die Viehpreise immer weiter gestiegen. Damals kosteten z. B. nach den offiziellen Notierungen auf dem Berliner Schlachthofmarkt: Schweine, bester Qualität 60 M., zweiter Qualität 64—68 M. pro Zentner, am letzten Sonntag 71 M., bezw. 69—70 M. Beste Mastfäher kosteten damals 84—88 M., mittlere Mastfäher 78—80 M. pro Zentner Schafgewicht. Am Sonntagabend stellte sich der Preis für beste Mastfäher auf 87—91 M., für andere auf 77—81 M. In Wirklichkeit wurde aber vielfach vor- gegeben für beste Ware noch beträchtlich höhere Preise bezahlt. Die „Deutsche Fleisch-Zeitung“ bemerkt diesen Anstieg, um an Preussens großen viehbesitzenden Sachsen folgende ironischen „offenen Brief“ zu richten:

Ein. Erzählung!

Der Auftrieb von 11 131 Schweinen am dem Berliner Viehhof am 7. Oktober d. J. gegen den Auftrieb von 11 126 Schweinen am



8. Oktober im Vorjahre wird voraussichtlich wieder zu der Behauptung führen, daß gegenüber eines solchen Auftriebes von einer Schweineernte nicht die Rede sein kann, und dennoch hat gerade der Markt am Sonnabend, den 7. Oktober, zunächst in Bezug auf Schweine den Beweis gegeben, in welcher unsäglich traurigen Zustand die deutsche Schweineernte sich zurzeit befindet, denn von den 1131 Schweinen waren kaum 500 Stück erstklassige Ware und wurden zu Preisen verkauft, welche die Willkür der Verkäufer beliebig feststellte.

Die Lager an Dauerwurst und Dauerwaren aller Art sind geräumt! Wie soll sich die deutsche Wurstfabrikation für die jetzt kommende Fabrikationsperiode gestalten, wenn die Beschaffung der deutschen Schweinemärkte in gleicher Weise in Bezug auf Qualität des Rohmaterials geschieht?

Gute Ochsen wurden bis 80 Pf., gute Kühe bis 95 Pf. pro Pfund Fleischgewicht bezahlt, die besseren Schweine erzielten 70—80 Pf. pro Pfund gegen 55 Pf. im Vorjahre. Das ist Fleischnot im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir bitten, Ew. Erzelenz wollen, wenn dieselben sich den Berliner Viehhof nur gelegentlich der Rastvieh-Ausstellung ansehen, durch andere geeignete Sachverständige vor allem die Schweineaufzucht in Bezug auf Qualität besichtigen lassen, um zu erfahren, daß von einem solchen Auftrieb, wie derselbe am 7. Oktober stattgefunden hatte, der allergrößte Teil desselben nicht auf den Markt für Schlachtvieh, sondern nach Friedrichshagen auf den Markt für Metzgerei geht. Welche Konsequenzen aber aus diesen Tatsachen für die Landwirtschaft selbst, für das Fleischer-gewerbe und für die Konsumenten zu ziehen sind, brauchen wir Ew. Erzelenz nicht weiter vorzuführen, diese unerhörten Zustände rufen dringend nach der allein möglichen, Ew. Erzelenz wohl-bekanntem Abhilfe —

#### Grenzöffnung und Zollermäßigung.

Zweierlei Ausländer. Die Aachener Wälder berichten: Ein in Aachen zur Badekur weilender englischer Staatsangehöriger, ein älterer Mann, verübte hier mehrere Sittlichkeits-verbrechen und wurde verhaftet, jedoch einige Tage nachher gegen Hinterlegung einer kleinen Kaution (es sollen 3000 Mark gewesen sein!) wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie sich jetzt herausstellt, hat der Engländer die Kaution im Stich gelassen und ist nach England geflüchtet.

Als am 21. September der Rechtsbeistand des holländischen Staatsangehörigen Domela Nieuwenhuis dessen Haft-entlassung beantragte, wurde diese von dem Amtsgericht Köln abgelehnt, weil der Angeklagte ein Ausländer sei und begründeter Zweifel bestehe, daß er sich auf Zahlung vor Gericht stellen und dem Urteil Folge leisten werde.

Der Engländer hat Sittlichkeitsverbrechen begangen, auf die mindestens sechs Monate Gefängnis stehen. Er wurde aus der Haft entlassen. Domela Nieuwenhuis hat eine simple polizeiliche Verfügung von fünfzehn Jahren übertreten, worauf als Mindeststrafe ein einziger Tag Haft steht. Das Urteil lautete bekanntlich auf fünf Tage. Der holländische Politiker wurde im Gefängnis festgehalten, der englische Sittlichkeitsverbrecher wurde auf freien Fuß gesetzt!

Kranke im Gefängnis. Als am Freitag vor dem Schwurgericht in Köln gegen den 33jährigen Kaufmann Emil Wagner, einen wegen Diebstahls, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstandsleistung und neunmal (!) wegen Verleumdung verurteilten Mann, verhandelt werden sollte, wurde der Angeklagte von furchtbaren hysterischen Krämpfen befallen. Die Anklage lautete auf Meineid, Verleumdung zum Meineid in zwei Fällen, verübten Meineid in einem Falle und wider besseres Wissen erhobene Beschuldigung des Polizeipräsidenten von Köln. Gleich zu Beginn des zweiten Tages der Verhandlung befielen den Mann entsetzliche Krämpfe; er stieß langgezogene schauerliche Töne aus. Das Gericht ließ sofort den Gerichtsarzt telephonisch herbeirufen. Dieser erklärte, daß ein Verhandeln wegen des bei dem Angeklagten herrschenden Dämmer-zustandes nicht möglich sei. Der Kranke schrie oft: „Ja, ja, ich habe Jugendhaus, ich habe mich so lange gehalten wie es ging.“ Der Verteidiger bemerkte, der Angeklagte habe in der Untersuchungshaft häufig solche Anfälle gehabt. Der Gerichtsarzt erwiderte, daß ihm das erst heute gemeldet worden sei, nachdem die Krankheit des Angeklagten sich in der vergangenen Nacht verschlimmert habe. Der Gerichts-präsident sagte darauf, daß das Nichttransportieren der Gefängnisangeklagten über den Krankheitszustand des Angeklagten ihn bestrebe. Die Sache wurde dann vertagt.

Der goldene Anopf in Leipzig. Ein städtisches Fest, das der städtischen Bevölkerung recht gleichgültig ist, wird in diesen Tagen, wie uns von dort geschrieben wird, in Leipzig gefeiert. Das neue Leipziger Rathaus ist am 7. Oktober eingeweiht worden. „Bunte Wimpel wehen heute von den Dächern und Bänken unserer Stadt herab.“ Mit diesen Worten leitet das „Leipziger Tageblatt“, das Amtsblatt des Rates der Stadt Leipzig, seine Berichterstattung über die Einweihung des neuen Rathauses ein. Wahr ist an dieser Salobanderei nur das eine, nämlich daß das neue Rathaus mit dem bei solchen Gelegenheiten üblichen Pomp eingeweiht worden ist. Feststimmung herrschte nur bei den Auserwählten, die zu der offiziellen Feier hinzugezogen worden waren; deren Stimmung konnte um so feierlicher sein, als es galt 50 000 M. kein zu bekommen, die Rat- und Stadtverordnete zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hatten. „Unsere Bevölkerung“ sieht solchen Ereignissen überhaupt nicht gegenüber, aber in dem vorliegenden Falle hat sich sogar wegen der bewilligten 50 000 M. eine arge Mißstimmung bis tief in die bürgerlichen Kreise bemerkbar gemacht. Schrieb doch seinerzeit selbst das Organ der Kräfte und Mittelstandesreiter, die „Nachrichten des Schupferverbandes für Handel und Gewerbe“: „Die große Mehrzahl der Bürgererschaft ist mit dieser Verwendung der Gelder der Steuerzahler nicht nur nicht einverstanden, sondern im höchsten Grade darüber aufgebracht.“ Das hinderte natürlich die Vertreter der Mittelstände im Stadtverordnetenkollegium keineswegs, mit besonderem Eifer für die Bewilligung der außer-ordentlich hohen Summe einzutreten und heute gibt es immerhin eine Anzahl der Mittelstände, die es als eine Jurisdiktion empfinden, weil ihnen nicht ebenfalls die Möglichkeit gegeben worden ist, auf Kosten der Steuerzahler sich einige fette Tage zu bereiten.

Wenn aber die große Masse der übrigen Bevölkerung einen Witz auf die für die Festlichkeit aufgestellte Speisefarte wirft, die, wie zum Hohn, ebenfalls im Amtsblatt abgedruckt wird, so wird sie sich gewiß der Eingabe erinnern, die erst vor kurzem von den städtischen Körperschaften wegen der zurzeit bestehenden Fleisch-tenuerung an die Regierung gerichtet worden ist und in der es heißt, daß auch in Leipzig lebhaft Klagen über die herrschende Fleischnot geführt werden, daß eine ganz erhebliche Belastung der Fleischverbraucher eingetreten und namentlich die ärmere Bevölkerung gezwungen ist, ihren Fleischbedarf so viel als möglich einzuschränken.

Am 15. September war die städtische Einkommensteuer fällig. Hoffentlich haben diejenigen, die trotz der heißen und kalten Witterung in der Nähe des Rathauses verbarren, ohne von der Einweihungszeremonie selbst etwas zu bemerken, ihre Steuern bereits bezahlt, damit sie in den nächsten Tagen neben einem tüchtigen Schnaps nicht noch mit der Zwangsvollstreckung bedacht werden, denn bei solchen Summen, wie sie zum Beispiel für die Einweihung eines Rathauses von der Stadtverwaltung bewilligt werden, ist schnelles und reichliches Zahlen doppelter Witz der Bürger.

Selbstverständlich ist es bei der Rathauseinweihung nicht ohne die üblichen Nebenabgängen. Wiederholt wurde dabei auf die „Gottesurart und Vaterlandsliebe“ und auf die „in Leipzig stets gepflegte vaterländische Gesinnung“ hingewiesen.

Der Erbauer des Rathauses erwiderte unter anderem auch den goldenen Anopf auf der Spitze des Rathausurmes. Er tat recht, hieran zu erinnern, denn in dem Turmknopf ist für spätere Ge-

schlechter eine Urkunde aufbewahrt, in der es also heißt: „Zum ersten Male seit der Wiederrichtung des Deutschen Reiches ist bei der Reichstagswahl am 25. Juni 1903 der Wahlkreis Leipzig-Stadt den bürgerlichen Parteien entfallen worden.“

Das ist das beste am neuen Leipziger Rathaus, denn diese Urkunde wird ein dauernder Beweis für die wahre Stimmung der Bevölkerung sein, auch wenn der Glanz aller Feiertage längst verblüht ist.

Der weimarische Landtag wird Anfang Dezember zu einer kurzen Tagung zusammenkommen, nachdem der am 13. November einberufene Rechnungsausschuß des Landtages seine Arbeiten, die Prüfung der Staatsrechnungen für 1904, erledigt haben wird. Dem Landtag wird ein neues Separationsgesetz unterbreitet. Eine besondere Kommission, die die Zusammenlegung der Grundstücke für 371 Gemeinden erledigt hat, verbrauchte dazu gegen 1 1/2 Millionen Mark. Die Regierung glaubt, daß es von einer preussischen Behörde schlechter billiger gemacht wird. Da noch in 254 Gemeinden die Zusammenlegungen zu erledigen sind, soll der Landtag darüber entscheiden, ob zur Regelung der Angelegenheit eine „ausländische“ Behörde beauftragt wird. Das ist eine herrliche Satire auf die Kleinrentenwirtschaft!

#### Eine Sache und zwei Urteile.

In einer Verleumdungssache ergingen Urteile zuerst vom Schöffengericht, dann vom Landgericht als Berufungsinstanz, die einander so entgegengesetzt sind, daß sie einer Gegenüberstellung und Besprechung wert erscheinen.

In der Eisengießerei und Maschinenfabrik der Firma Frieside in Neuruppin war seinerzeit ein Formereistreik ausgebrochen, dessen Ursache teilweise auch auf das den Arbeitern sehr unympathische Verhalten des Meisters Degermann zurückzuführen war. Die Streikenden setzten als organisierte Arbeiter natürlich gleich die Berliner Gewerkschaft von dem Ausstände in Kenntnis und wünschten, daß der Angeklagte Pawlowitsch nach Neuruppin kommen möge, um dort in einer Versammlung über den Streik zu referieren und außerdem bei dem Chef der Firma wegen Beilegung der Differenz vorstellig zu werden eventuell die Vermittlung des Bürgermeisters als Vorsitzenden des Einigungsamts anzurufen. In der Streikerversammlung brachte Pawlowitsch nur zur Sprache, daß der Meister Degermann besonders an den Gichttagen häufig stark betrunken gewesen sei, sodas er in der Trunkenheit bei der gefährlichen Gießarbeit unsachgemäße Anordnungen traf, wodurch einmal sogar der Formereisler einen Unfall durch Verbrennen des Fußes mit flüssigem Eisen erlitt. Mit der Behauptung sollte Pawlowitsch den Werkmeister beleidigt haben. Das Gericht fand ihn schuldig und verurteilte ihn zu 450 Mark Geldstrafe oder 150 Tagen Gefängnis. Aus der schriftlichen Begründung des Urteils seien einige charakteristische Stellen mitgeteilt:

Es wird zunächst festgestellt, daß der Meister „wegen seines Fleißes, seiner Zuverlässigkeit und seiner Rührigkeit bei seinem Arbeitgeber das größte Vertrauen genießt“. Er gehöre jedoch „nicht dem Metallarbeiter-Verbande, sondern dem Werkmeister-Verbande“ an. Schon als der Meister seine Stellung in der Frieside-Fabrik antreten sollte, „haben die dem Metallarbeiter-Verbande angehörenden Formereisler erklärt, sie wollten ihn hier bald herausbringen.“ Die „Wählerereien“ gegen ihn hätten vor dem Streik ihren „Höhepunkt“ erreicht. Der Wahrheitsbeweis des Angeklagten beträfe die häufigen Trunkenheiten des Meisters und dessen Schuld an dem Unfall des Formereislers Valzer sei „nach jeder Richtung hin mißglückt“. Ein Lehrling habe zwar ausgesagt, der Meister habe „an den Gichttagen 1 bis 1 1/2 Liter Schnaps getrunken“. Doch habe der Zeuge das Trinken nicht gesehen, sondern dies daraus geschlossen, daß er dem Meister den Schnaps in Seltersflaschen a 1/2 Liter — im ganzen 1 bis 1 1/2 Liter in 4 bis 6 Gängen — holen mußte. Andere Zeugen aber hätten den Meister nie betrunken oder angeunken gesehen, sondern ihn als einen ruhigen nüchternen Mann bezeichnet, und „einen solchen Eindruck habe er auch auf das Gericht gemacht“. Ein Zeuge habe nur angeben können, daß der Meister zum Frühstück wohl „einen Schluck“ getrunken habe. Nach den Befundungen des Fabrikanten aber könne beim Gießen wegen der großen Hitze auch kein Wasser getrunken werden, da man sonst Rheumatismus bekäme. Die den Meister „schwer beleidigenden Äußerungen“ seien von dem Angeklagten auch nicht in Wahrheit berechtigter Interessen gemacht worden, wie er glauben machen wolle. „Eine öffentliche Arbeiterversammlung ist nicht der Ort, wo der Angeklagte zum Schutze der streikenden Formereisler Mißstände zu rügen und sich insbesondere des Valzer (des Verunglückten) anzunehmen hatte. Wenn Angeklagter lediglich berechtigte Interessen wahrnehmen wollte, so hätte er sich an die Staatsanwaltschaft, die Polizei, den Gewerbe-Inspektor oder an Frieside selbst wenden müssen.“ Aus dem ganzen Verhalten des Angeklagten ginge mithin hervor, daß er „gemeinschaftlich mit den dem Metallarbeiter-Verbande angehörenden Frieside'schen Formern leblich darauf ausging, den ihnen nicht gefügigen Meister zu verdrängen und an seine Stelle einen ihnen gefügigen, dem Metallarbeiter-Verbande angehörenden Mann zu setzen.“ Nun sei aber der Angeklagte ein Mann, „der den öffentlichen Frieden durch Aufreizungen gefährdet. Ihm war es auch hier nur darum zu tun, die ausständigen Formereisler zu verhetzen und den Meister, einen bestbeleideten Mann, aus Lohn und Brot zu bringen und dies unter größter Erbschneidung. In seinem und der anderen Formereisler Vorgehen lag kein anderer Grund vor, als der, daß der Kläger kein gefügiger Anhänger des Metallarbeiterverbandes war. Gegen ein derartiges Verfahren mußte der Kläger energigekämpft werden. Es liegt aber auch im allgemeinen Interesse, einen solchen unter Verletzung der Ehre eines anderen geliebten Terrorismus streng zu ahnden.“

So die objektiven Feststellungen und die objektiven Gründe eines auf Grund des Gesetzes gefällten Urteils. Der Verurteilte legte Berufung ein.

Die Verurteilungskammer erhob einen umfassenden Beweis sowohl über das, was der Angeklagte in seiner Streikversammlung gesagt hatte, als auch darüber, inwiefern seine dortigen Behauptungen auf Wahrheit beruhten. Von der Mehrzahl der Zeugen wurde bezeugt, daß der Angeklagte sich in der Versammlung über den Meister Degermann nur sehr zurückhaltend geäußert habe. Auch wurde festgestellt, daß der vom Schöffengericht wegen seiner geradezu vorbildlichen Rührigkeit so hoch gepriesene Meister sehr häufig bei der Arbeit schwer betrunken gewesen ist. Ein Zeuge betonte darüber, daß Degermann auch beim Gießen, wobei er abzusprechen hatte, häufig betrunken war, so daß er bald mal zu spät und bald zu früh abstach oder schloß. Auch konnte er dann nicht mehr ordentlich sprechen, sondern nur noch lallen. Er habe dann auch die einzelnen Arbeiter verwechselt, sei umhergetaumelt und habe die Meinung des Gießereislers nicht mehr richtig treffen können. So sei sein Zustand auch an dem Tage gewesen, wo der Formereisler Valzer verunglückte. Der Ofen war von Degermann nicht wieder ordentlich geschlossen worden, so daß das glühende Eisen nach allen Seiten umherspritzte. Das Verhalten des Meisters infolge seiner Trunkenheit sei für die Arbeiter vielfach geradezu gefährlich gewesen.

Auf Grund der ganzen Beweisaufnahme konnte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, denn auch konstatieren, daß der Wahrheitsbeweis in vollem Umfang erbracht sei. Die häufige Trunkenheit des Meisters sei erwiesen worden, wie auch, daß dieser in seinen Anordnungen und Handlungen gegen die Unfall-berühmten „Vorschriften“ verstößt habe. Dem Angeklagten müsse aber auch der Schluß des § 193 zugestanden werden, weil er als Vertreter der Organisation von den Streikenden nach Neuruppin geholt wurde, um das Einigungsamt anzurufen und bei der Darlegung der Ursachen des Streiks das Verhalten des Meisters nicht unerwähnt lassen konnte.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen der Verteidigung vollständig an mit dem Hinweis: Selbst wenn der Angeklagte gesagt hätte, daß durch die Trunkenheit

des Meisters der Unfall des Formereislers Valzer verschuldet wäre, so würde auch dies keine der Wahrheit widersprechende Behauptung gewesen sein. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Wie war es nur möglich, daß das Schöffengericht gerade in dem Hauptpunkte, das Verhalten des Meisters betreffend, zu solchen der Wirklichkeit vollständig widersprechenden Feststellungen kommen konnte, trotz der bewiesenen Tatsache, daß sich der Meister 1 1/2 Liter Schnaps hatte holen lassen? Das Gericht ist doch dazu da, die Wahrheit zu erörtern und nicht bloß dazu, den Angeklagten zu verurteilen, wenn er nicht selber bis auf das Tischchen nachweisen kann, daß seine Behauptungen richtig sind. Hätte der Angeklagte nicht noch das Rechtsmittel der Berufung gehabt, so daß er auf Grund der schriftlichen Urteilsgründe der ersten Instanz seinen Beweis verbollständigigen konnte, dann hätte er verurteilt, obwohl er tatsächlich nur Wahres behauptet hatte.

#### Südwestafrikanische Verluste.

Berlin, 8. Oktober. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Am 24. September am oberen Taob-River leicht verwundet: Wachmeister Julius Göbelsmann, geboren am 26. 5. 74 zu Döhlingshausen, Fleischnachrichtenschreiber.

Berlin, 9. Oktober. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Am 23. September beim Ueberfall der Signalstation Das gefallen: Reiter Friedrich Kühne, geboren am 13. 9. 82 zu Eisdleben.

Am 29. September bei Karubas von Kaffera erschossen: Reiter Karl Voigtländer, geboren am 16. 12. 83 zu Wappendorf, und Gefreiter Paul Woeder, geboren 19. 11. 83 zu Winden.

Am 8. Oktober bei Karubas auf Pferdewache leicht verwundet: Gefreiter Albert Warfus, geboren 20. 6. 83 zu Winterbed, Weichelsdorf linker Unterarm.

Verstorben: Gefreiter Johann Bremer, geboren 25. 7. 82 zu Trochelsingen, am 5. Oktober auf Krankenanstalt Gibeon an Typhus. Reiter Erich Genseric, geboren 27. 3. 84 zu Stargard, am 6. Oktober auf Krankenanstalt Gibeon infolge Schlangenbisses.

#### Ausland.

##### Oesterreich-Ungarn.

Die befürchteten deutschfeindlichen Kundgebungen in Prag und Olmütz sind verhältnismäßig ruhig verlaufen. In Prag wurde ein Anzug der Tscheken nach dem Graben durch die Abschreckungsmahre der Polizei verhindert, die fünf Verhaftungen vornahm. Ein Konvulsionssturm wurde von Tscheken mißhandelt. In Olmütz erwiderten die Deutschen eine Demonstrationsversammlung der Tscheken mit einem großen Anzug, doch wurden auch hier größere Zusammenstöße verhütet. Bei einigen kleineren Zusammenstößen wurden mehrere Personen verletzt.

##### Frankreich.

##### Die antimilitaristische Agitation.

Paris, 7. Oktober. (Fig. Ver.) Seit einiger Zeit hat die „antimilitaristische“ Agitation, die in den um die Arbeitslosen gruppierten „revolutionären Gewerkschaften“ eine ansehnliche Zahl Anhänger hat — Anhängerschaft wäre wohl zu viel gesagt — beständig bestige Formen angenommen. Ihr Anschwelen trifft in auffallender Weise mit dem Vermöhen der reaktionären Parteien zusammen, im bevorstehenden Wahlkampf das Schlagwort des „Patriotismus“ gegen die geeinigten sozialistische Partei auszuspielen, deren berühmte Wortführer, ohne Unterschied ihrer sonstigen Meinungs-verständnisse, die Phantastereien und leichtfertigen Phrasen des von der Reaktion Gnade so berührt gewordenen Gymnasiallehrers Hervé einmütig zurückgewiesen haben. Was schiert es die „patriotischen“ Zeitungen, daß Jourds in der „Humanité“ eine ganze Kampagne gegen Hervé geführt, daß Guesde ihn einen „Literaten ohne Literatur“ genannt hat? Der „Guesde“ nennt ihn trotzdem noch immer einen „offiziell anerkannten Chef der sozialistischen Partei“ und hört nicht auf, zu verurteilen, daß der Sieg des Sozialismus den Untergang Frankreichs, seine Unterjochung durch das Ausland zur Folge hätte. Und die antimilitaristische Propaganda erfreut sich in der bürgerlichen Presse einer Aufmerksamkeit, die einer Heilme oß zum Verwechseln ähnlich sieht. Bisher ist nicht das leiseste Angehen dafür vorhanden, daß die konfuse Trübsal der „Antimilitaristen“ eine über den Versammlungsgapplaß hinausgehende Wirkung erzielt hätten, aber die Patrioten schlugen mit aller Macht Alarm, um dem Epischbürger Angst zu machen und schreiben nach dem Staatsanwalt, nach Konfiskationen und kriminellen Verfolgungen.

Die Regierung hat sich gegenüber diesen Aufforderungen bisher recht vernünftig verhalten und sich darauf beschränkt, den antipatriotischen Konforonaden patriotische Ministerreden entgegenzusetzen, die anscheinend ebensowenig tragisch genommen worden sind. In den letzten Tagen aber griffen die Antimilitaristen zu einem Agitationsmittel, das den Scharfmachern eine bessere Situation schuf. Eine „internationale antimilitaristische Arbeiterassoziation“ — eine eigentlich nur fiktive Vereinigung, deren Sprecher selbst zugestehen, daß sie weder einen Anschlag, noch einen Sieg hat — ließ anlässlich des Einrückens der Rekruten einen Aufruf in angeblich 200 000 Exemplaren verteilen. Sie vergah auch nicht, ihn der bürgerlichen Presse anzustellen, deren reaktionärer Flügel ihm mit sichtlichem Vergnügen Verbreitung gibt. In der Proklamotion stehen neben ganz richtigen Ausführungen über den Bourgeoisstaat und den Militarismus blutrünstige Aufforderungen im unerschütterlichen Jargon, z. B. daß die bei einem Streik aufgetriebenen Soldaten ihre Offiziere erschließen mögen und der Appell, im Falle der Mobilisation in jedem Falle — ohne Rücksicht auf die aggressive oder defensive Natur des Krieges — den allgemeinen Streik und den Aufstand zu beginnen. Das Manifest ist von etlichen „Sektionen“ und von einer Reihe einzelner Personen unterzeichnet, unter denen einige aus der Bewegung der revolutionären Gewerkschaften bekannt sind. Von Mitgliedern der sozialistischen Partei haben nur Hervé und der alte Cypriani unterschrieben, dessen naive Begeisterung wieder einmal mißbraucht worden zu sein scheint. Auch der marxistische Literat Zailhade hat unterschrieben. Gleichzeitig wurde noch ein anderer Aufruf herausgegeben, der von „einer Gruppe Proletarier“ unterzeichnet ist, an der Spitze die Parole „Nieder mit der Armee!“ ausgibt und die Familien der Konfiskierten auffordert, am morgigen Sonntag zu einer Protestdemonstration zum Ostbahnhof zu kommen.

Die Bourgeoispresse macht aus dieser Propaganda, die unter gewöhnlichen Verhältnissen wahrscheinlich nicht den geringsten Eindruck gemacht hätte, eine Haupt- und Staatsaktion und es ist schon leicht möglich, daß morgen ein paar Tausend Rekrutierer und Radanwärtiger, von ihren Kundentungen verlost, zum Kundgebung der Antimilitaristen kommen. Die Regierung hat auch, in echter oder geplanter Kurze, ihr vernünftiges Zusehen aufgegeben. In der vergangenen Nacht wurden zwei Leute, die die revolutionären Plakate aufklebten, verhaftet und an zwei Stellen wurden Depots von Aufrufen durch die Polizei aufgehoben. Jedenfalls haben die reaktionären Parteien für die nächste Zeit wieder einen Agitationsstoff und der Chauvinismus, der erst in den letzten Tagen durch die friedliche Wendung des Marokko-Handels eine Schwächung erlitten hat, kann vielleicht im leichtgläubigen und von der Gloire-Eitelkeit noch nicht verlassenen Kleinbürgertum eine Auffrischung bekommen, die man bis zu den Wahlen zu erhalten bemüht sein wird. Eine andere Wirkung konnte der Einfall der „Antiparlamentarier“ von Anfang an nicht haben, als die Chancen jener zu bessern, die den Parlamentarismus in den Dienst der kapitalistischen Ausbeuter stellen wollen. Es ist eine „direkte Aktion“ — für die reaktionäre Bourgeoisie.

Paris, 9. Oktober. (B. T. V.) Bei den von antimilitaristischer Seite gestern am Ostbahnhofe verteilten arbeitslosen Straßen- Kundgebungen wurden von der Polizei gegen 30 Personen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen aufrührerischer Rufe festgenommen. Unter den Verhafteten befanden sich mehrere Ausländer. Nach Aufnahme eines Protokolls wurde die Hälfte der



Verhafteten wieder freigelassen. Diese Demonstration, an der sich übrigens nur wenige Menschen beteiligten, gab den Rekruten und den sie begleitenden Angehörigen und Freunden Anlaß zu patriotischen Kundgebungen.

Die aus Chafons gemeldet wird, wurden dort vier Rekruten, die den diensthabenden Leutnant beschimpften, durch die Polizei dem Platzkommandanten übergeben.

### Italien.

**Sozialistischer Wahlsieg.** Rom, 5. Oktober. (Fig. Ver.) Die verbündeten Sozialisten und Republikaner haben in Carrara bei den Stadtverordnetenwahlen alle 22 der Mehrheit reservierten Plätze erobert, mit 500 Stimmen Majorität gegenüber der Liste der Liberalen und Konservativen. Die Verwaltung Carraras lag bereits seit drei Jahren in Händen der Volksparteien, mit einem sozialistischen Bürgermeister, Gen. Barteschi. —

Gegen die sozialistische Propaganda im Heere. In Turin wurden am 4. d. M. fünf Parteigenossen verhaftet, weil sie aufrührerische Schriften im Heere verbreitet haben sollen. Ein sechster Genosse, Ranni, entkam den Polizisten nach erfolgter Verhaftung. Die Verhafteten sind zwei Arbeiter, zwei Studenten und ein Handlungsgehilfe. —

## Die Kosakenschlacht in Moskau.

Nach den blutigen Greueln zu Petersburg, Warschau, Vozh, Schlomir, Wahu hat nun auch in Moskau der Jaridismus das Blut seiner teuren Untertanen getrunken.

Die offiziellen Telegramme über den Moskauer Blutsonntag sind ebenso dürftig, wie die privaten Meldungen sensationell gefärbt scheinen. Sicher ist, daß die Kosaken wie die wilden Tiere gehaust haben.

### Die offiziellen Meldungen.

**Moskau, 9. Oktober.** In der Nacht zum Sonntag wurde auf dem Iwerskoi-Boulevard eine Versammlung abgehalten. Die Truppen feuerten blinde Schüsse ab, worauf die Menge mit Revolvergeschüssen antwortete. Den ganzen Tag über zogen Arbeiter durch die Hauptstraßen, doch kam es nur bei einer Bäckerei in der Iwerskaja zu Unruhen. Die Bäcker warfen vom Dach aus Ziegelsteine auf die Kosaken; diese feuerten. Nachdem die Iwerska abgeperrt worden war, wurden 200 Personen verhaftet.

**Petersburg, 9. Oktober.** „Russ“ meldet aus Moskau: Bei dem gestrigen Zusammenstoß zwischen Bäckern und Kosaken wurden acht Bäcker getötet und zwei verwundet, außerdem wurden ein Schuhmann, ein Revieranführer und ein Kosak getötet. Viele Polizisten und Privatpersonen sind mehr oder weniger schwer verletzt worden. Ein vorübergehender Professor namens Choralski wurde durch einen Nagenschuß verletzt. Die Hauptstraßen und Plätze sind durch Polizisten, zwei Regimenter Grenadiere, eine Schwadron Dragoner und acht Sotnieu Kosaken besetzt.

**Moskau, 9. Oktober.** (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Während der letzten Unruhen wurden insgesamt fünf Kosaken, vier Gendarmen und einige Polizisten verwundet. Gestern Abend 11 Uhr war die Ruhe in den Straßen wiederhergestellt.

### Schlachtberichte.

**Moskau, 9. Oktober.** Zwischen Kosaken und ausländischen Bäckern kam es zu einem furchtbaren Zusammenstoß. Etwa 500 Bäcker hatten das Dach der Bäckerei von Petrowolowo bestiegen, von wo sie die Polizei mit Pfahlersteinen und Dachziegeln bombardierten. Kosaken forderten zur Uebergabe auf, wurden jedoch mit Steinen beworfen, worauf das Militär eine Salve abgab. Das Haus wurde schließlich erstürmt, wobei 192 Bäcker verhaftet wurden, darunter 28 Verwundete. Zwei Bäcker waren tot.

Private Telegramme melden von Erzfessen maßstabiger Brutalität:

Es kam auf dem Boulevard Iwerskoi zu einer regelrechten Schlacht zwischen Truppen und streikenden Arbeitern. Auf der einen Seite kämpften gegen 10 000 Streikende, auf der anderen Seite ein Bataillon Infanterie.

Das Militär gab wiederholt Salven ab, zuerst in die Luft und danach in die Volksmenge. Viele Personen wurden getötet, darunter Frauen und Kinder. Eine noch größere Anzahl wurde schwer verwundet.

In allen Richtungen sah man Ambulanzwagen, welche die noch lebenden Opfer in die Krankenhäuser schleppten. Die Zahl der Getöteten wird annähernd auf fünfzig geschätzt, die Zahl der Verwundeten auf 600. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet.

Die bei den Zusammenstößen zwischen Soldaten und Arbeitern verhafteten Personen wurden zum Exzerzierplatz einer Militärbaracke geführt, wo fünfzig Soldaten in zwei Reihen aufgestellt waren. Die Arbeiter wurden durch Knutenhiebe gezwungen, zwischen diesen beiden Reihen auf und ab zu laufen, während die Soldaten sie mit den Gewehrfolben schlugen. Einige hundert Zuschauer applaudierten, und sporneten durch ihren Beifall die Soldaten zu neuen Brutalitäten an. Zahlreiche auf diese Weise behandelte Arbeiter wurden getötet oder erheblich verwundet.

### Neue Unruhen im Kaukasus.

**Tiflis, 9. Oktober.** (Offizielle Meldung.) Gestern nachmittag wurden hier mehrere Bombenanschläge gegen Kosaken (1) verübt. Es wurden sofort andere Truppenteile aufgerufen, die ein Gewehrfeuer auf die Angreifer eröffneten. Allgemeine Panik entstand, zahlreiche Personen wurden getötet oder verwundet.

## Der Chinaprozess vor dem Reichsgericht.

**Leipzig, den 9. Oktober 1905.** (Fig. Ver.) Heute, Montag, steht vor dem Reichsgericht in Leipzig die Verhandlung der Revision an, die der Abg. Kunert gegen das ihn zu drei Monaten Gefängnis verurteilende Erkenntnis des Landgerichts Halle in dem bekannten Prozeß wegen Verleumdung des ostasiatischen Expeditionskorps eingeleitet hat. Die Verurteilung erfolgte bekanntlich, obwohl in der Prozeßverhandlung vor der Strafkammer in Halle eine Reihe ehemaliger Teilnehmer des Chinafeldzuges Aufsehen erregende Aussagen über die dabei vorgekommenen Plünderungen und Schandthaten machten. Das Urteil stützt sich aber nicht auf den § 186 des Reichs-Strafgesetzbuches (Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen), sondern auf § 185 (formale Verleumdung).

Das Erkenntnis des Hallenser Landgerichts nahm zunächst als erwiesen an, daß die infamisierte Weigerung des Abg. Kunert, die in einer Versammlung zu den Reichstagswahlen 1903 gefallen ist, so gelautet habe, wie die beiden überwachten Gendarmen sie wiedergaben, nämlich: „Unsere Soldaten haben das Land dort verüffnet und geplündert und Frauen geschändet“, während Kunert und neun Versammlungsteilnehmer und -leiter befandeten, daß ihrer Erinnerung nach von der ganzen Invasionsarmee, nicht ausdrücklich von den deutschen Truppen die Rede gewesen sei.

Das Urteil erklärte weiterhin den vom preussischen Kriegsminister gestellten Strafantrag für rechtsunwirksam, da die Verleumdung der Chinafeldzüge in Bezug auf ihren Verstoß begangen

worden sei, und der Kriegsminister, obwohl zur Zeit der Verleumdung das Expeditionskorps schon aufgelöst war, doch Vorgesetzter seiner meisten Teilnehmer geblieben sei.

Was die Nichtanwendung des § 186 angeht, so führte das Gericht aus, daß der Angeklagte gar keine speziellen Begebenheiten habe behaupten wollen. Vielmehr sei es ihm in seiner Stellung als Wahlkandidat der sozialdemokratischen Partei nur darauf angekommen, die Maßnahmen der Regierung, den Militarismus und ganz besonders die Armees in den Augen seiner Wähler herabzusetzen. „Auf den angebotenen Wahrheitsbeweis konnte es deshalb nicht an, da nur dargelegt werden sollte, daß einzelne, übrigens auch nicht einmal bestimmt und in konkreter greifbarer Weise behauptete, sondern erst noch aus den Neugierdenlagen und den Akten zu ermittelnde Vorwürfe in einer mehr oder minder, ja sehr großen Anzahl von Fällen sich ereignet haben sollen, wodurch die ehrverletzende Weigerung keineswegs beseitigt werden könnte.“ Auch könne der Wahrheitsbeweis „gegenüber dem ungenügenden, unterschiedslos allen Teilnehmern gemachten Vorwurf der Disziplinlosigkeit, Rohheit, Habgier und Sittenlosigkeit“ keinen Einfluß auf das Strafmaß haben.

Für die Strafmaßbestimmung wird weiter darauf Bezug genommen, daß der Angeklagte wegen Verleumdung wiederholt und auch wegen Unterschlagung mit sechs Monaten Gefängnis vorbestraft ist. (Bei der „Unterschlagung“ handelt es sich bekanntlich um die Veröffentlichung eines geheimen Aktenstückes durch Kunert.) Schließlich müsse die Strafe besonders schwer sein, wegen der schamlosen und niedrigen Festimmung des Angeklagten, welcher sich nicht scheute, bei seiner eigenen Volksgenossen, welche zum Schutze für die Ehre ihres Vaterlandes freiwillig in einen gefährlichen Krieg gegen einen grausamen Feind in ein weit entferntes Land gezogen waren, vor aller Welt mit Schmutz zu bewerfen.

Gegen dieses Urteil hat Kunert durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann in Berlin Revision einlegen lassen, die sich nach den beiden umfangreichen Revisionschriften hauptsächlich auf folgende Punkte stützt:

In der ersten Hauptverhandlung der Anklage am 23. Oktober 1903 beschloß der Gerichtshof, amtliche Auskünfte über die Stellung des preussischen Kriegsministers zum ostasiatischen Expeditionskorps einzuholen. Diese erteilte Auskunft ist nicht verlesen worden, obwohl es sich um ein herbeigeholtes Beweismittel handelt. Ebensovienig ist der Beschluß des Gerichtshofes vom selben Tage ausgeführt worden, eine große Reihe von Chinakriegern und Journalisten als Zeugen zu laden, vielmehr hat nur der Angeklagte einige davon im letzten Augenblick selbst laden lassen. In der stillschweigenden Nichtbefolgung dieses Gerichtsbeschlusses, der nicht aufgehoben worden ist, sieht die Revision eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung. Ebenso darin, daß der Gerichtshof vom 20. Juni Fragen über die Zerstörung von Leib und Leben nicht zugelassen, Anträge auf weitere Zeugenvernehmungen abgelehnt und ebendies über diese prinzipialen Anträge erst nach Schluß der Beweisaufnahme entschieden habe. Es sei unzulässig, wenn der Gerichtshof von vornherein, schon vor der Beweisaufnahme erkläre, auch die volle Erbringung des Wahrheitsbeweises werde nicht zur Anlegung eines geringeren Strafmaßes führen. Es sei ein unmöglicher Rechtszustand, sich vor Erhebung eines Beweises ein Urteil über dessen Tragweite zu bilden. Personen, die wirklich die behaupteten Verbrechen begangen hätten, könnten durch den Hinweis darauf nicht gut „mit Schmutz beworfen“ werden. Deshalb wäre es erforderlich gewesen, Beweis darüber zu erheben, ob die vom Angeklagten behaupteten Tatsachen der Wahrheit entsprechen.

Die Revision bemängelt weiter einige formale Ungenauigkeiten bei dem Ausschluß der Öffentlichkeit und schließlich die Zulässigkeit des kriegsministeriellen Strafantrages. Keine Amtsdelikte, sondern nur Verletzung der allgemeinen Sittengesetze sei den Chinakriegern vorgeworfen worden. Wenn sie aber schon in amtlicher Tätigkeit bestraft seien, so doch nur als Mitglieder des Expeditionskorps. Nur als dessen Vorgesetzter, nicht sonst als Vorgesetzter derselben Personen habe deshalb der Kriegsminister Strafantrag stellen dürfen. Und da zur Zeit der Straftat das Expeditionskorps schon aufgelöst war, sei dieser Strafantrag unzulässig. Die Revisionschrift gibt ferner in dem Antrag, das Urteil des Landgerichts Halle aufzuheben und das Verfahren einzustellen oder den Angeklagten freizusprechen oder die Sache zur erneuten Verhandlung an ein anderes Landgericht zu überweisen.

Die Verhandlung der Revision findet vor dem 3. Strafsenat unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Treplin statt. Die Anklage vertritt der Reichsanwalt Dr. Ragel. Außer dem Angeklagten Reichstagsabgeordneten Kunert selbst ist auch sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann zugegen.

Zunächst gibt der Referent Reichsgerichtsrat Ebermayer eine Uebersicht über die oben wiedergegebenen Urteils- und Revisionsgründe. Er stellt zunächst durch einen Vergleich zwischen dem früheren Beweisbeschluss, der Auskunft des Kriegsministeriums und dem Verhandlungsprotokoll der Hallenser Strafkammer fest, daß in der Tat — gemäß den Behauptungen der Revisionschrift — der erste Teil der amtlichen Auskunft betreffend die Stellung des Kriegsministeriums zum Expeditionskorps in der Hauptverhandlung nicht verlesen worden ist. Auch die weiteren Behauptungen der Revision: daß erst nach Schluß der Beweisaufnahme über Beweisanträge entschieden worden ist, die die Verteidigung als prinzipiell bezeichnet; daß zum Ausschluß der Öffentlichkeit dem Verteidiger wiederholt das Wort nicht gegeben worden ist, werden aus dem Sitzungsprotokoll als zutreffend erwiesen. Die weiteren Rügen vorzutragen überläßt der Referent dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann. Dieser führt aus: Der Strafantrag scheint mir rechtlich ungültig aus doppeltem Grunde. Einmal ist gar nicht die Verurteilung der Soldaten vom Angeklagten zum Gegenstand der Verleumdung gemacht worden. Freilich meint das Instanzgericht, im Kriege seien die Soldaten stets in der Ausübung ihres eigentlichen Berufes und die Vorwürfe des Angeklagten umfakten auch schwere Verletzungen gegen die militärischen Disziplinargesetze. Die Folge der ersteren Ausföhrung wäre die ganz abwegige Folgerung, daß die Soldaten im Felde keine anderen Handlungen als amtliche begehen könnten. Ein derartiger Grund entbehrt der juristischen Klarheit und Präzision. Auch das Vorhandensein besonderer Disziplinargesetzungen reicht nicht aus, um die Voraussetzungen der Beamtenverleumdung zu erfüllen. Wenn vom Reichsgericht der Vorwurf geschlechtlicher Erzeße selbst bei Geistlichen, an deren moralischen Lebenswandel ganz besondere Anforderungen zu stellen sind, noch nicht als Vorwurf in Bezug auf die Berufstätigkeit angesehen wird, so sei dies bei Soldaten noch viel weniger zulässig. Es fehlt also an der Feststellung der Beziehung der Verleumdung auf die Berufstätigkeit. Aber auch sonst hätte der Kriegsminister keine Antragsberechtigung. Nach der Auflösung des Expeditionskorps kam der Kriegsminister als amtlicher Vorgesetzter der nur als Teilnehmer des Chinafeldzuges Verleumdigten nicht mehr in Betracht. Sonst müßte zum Beispiel auch der Justizminister Strafantragsbefugnis haben, wenn vielleicht ehemalige Chinakriegern jetzt zufällig ihm als Aflissoren unterständen. Die Nichtzulassung der Fragen nach Zerstörung von Leib und Leben der Chinesen hat die Verteidigung außerordentlich erschwert. Im Urteil ist ausdrücklich hervorgehoben, die Strafe müsse so empfindlich ausfallen, weil eine sehr große Zahl von Personen mit Schmutz beworfen worden seien, das heißt Unwahres von ihnen behauptet worden sei. Deshalb ist der Wahrheitsbeweis in der Tat sehr wichtig für den Angeklagten und das Strafmaß. Wenn das Gericht ausführt, der Angeklagte hätte dieselbe Strafe erfahren, gleichviel, was der angetretene Beweis ergeben hätte, so ist eine solche Abkündigung des Beweises vor seiner Erhebung unzulässig. Material ist die Anwendung des § 185 statt des § 186 zu rügen. Wenn auch nicht in spezialisierten Einzelheiten, so hat der Angeklagte doch konkrete Tatsachen behauptet, nicht Schimpfworte gebraucht. Schließlich ist auch der Begriff der „öffentlichen“ Verleumdung verkannt. Nicht auf den Ort, an dem die Verleumdung gefallen ist, kommt es an, sondern auf die Möglichkeit einer unbestimmten Anzahl von Personen, sie zu hören.

Reichsanwalt Dr. Ragel: In materieller Beziehung steht das Hallenser Urteil durchaus auf dem Standpunkte der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Prinzipiell ist bei § 185 der Wahrheitsbeweis unzulässig; es muß dem pflichtgemäßem Ermessen des Instanzrichters überlassen bleiben, wie weit er ihn im Hinblick auf das Strafmaß zulassen will. Was die prozessualen Mängel angeht, so enthält die zu Unrecht nicht verlesene Auskunft über die amtliche Stellung des Kriegsministers zum ostasiatischen Expeditionskorps nur Dinge, die für das Urteil belanglos sind. Ein Antrag auf Verlesung dieses Passus war nicht gestellt. Es kann auch zweifelhaft sein, ob die Ablehnung der Fragen betreffend Schädigung der Chinesen an Leib und Leben zulässig war. Nach § 250 Absatz 2 der Strafprozeßordnung dürfen Fragen an erscheinende Zeugen nur abgelehnt werden, wenn sie ungeeignet zur Verhandlung sind oder nicht zur Sache gehören. Dies letztere hat die Hallenser Strafkammer offenbar von dem Begriff „unerheblich“ nicht scharf genug getrennt. Aber wenn darin auch ein prozessualer Verstoß liegt, so doch keiner, auf dem irgendwie das Urteil beruht, weil für dieses der angebotene Wahrheitsbeweis gar nicht in Frage kam. In unanfechtbarer Weise ist vielmehr festgestellt, daß alle diese Beweise für die Strafzumessung ohne Einfluß seien.

Die Verteidigung rügt, daß der Beweisbeschluss betr. kommissarischer Vernehmung weiterer Zeugen aus der ersten Hauptverhandlung nicht ausgeführt, noch aufgehoben worden ist. Sie übersieht, daß die Hauptverhandlung nicht unterbrochen, sondern abgebrochen wurde, das neue Gericht in seinen Entschlüssen also völlig frei war. Durch Ablehnung der wiederholten Beweisanträge gab es deutlich zu erkennen, daß es sich an die früheren Gerichtsbeschlüsse nicht binden wollte. Nach dieser Ablehnung ist übrigens — laut Sitzungsprotokoll — den Beteiligten ausdrücklich nicht einmal das Wort verweigert worden. Wesentlich von den Einwendungen der Verteidigung bleibt nur die Bemängelung des Strafantrages. Aber auch hier können die Zweifel nicht durchgreifen. Die Verleumdung ist zweifellos in Bezug auf den Verstoß der Chinakriegern begangen worden, denn was der Angeklagte den Angehörigen der Expeditionarmee vorgeworfen hat, gibt den Tatbestand eines militärischen Verbrechen nach § 127 ff. des Militärstrafgesetzbuches wieder. Die Antragsbefugnis des Kriegsministers schließlich hätte allerdings gestreift werden müssen, wenn er nur zufällig wieder Vorgesetzter der Angehörigen des Expeditionskorps geworden wäre. Es läßt sich aber staatsrechtlich und verfassungsrechtlich nachweisen, daß das Verhältnis der Militärpersonen zur Zeit der Verleumdung mit ihrer späteren Unterstellung unter den preussischen Kriegsminister in innerem Zusammenhang steht, der das neue Verhältnis als ununterbrochene Fortsetzung des früheren Verhältnisses erscheinen läßt. Der Reichsanwalt erläutert diesen Gedanken sehr eingehend aus dem hierauf bezüglichen kaiserlichen Armeeverordnungsblatt und an einer Parallellstellung des Expeditionskorps und der jetzt bestehenden ostasiatischen Brigade.

In der Replik bemerkte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann: Der Reichsanwalt hat anerkannt, daß die Frage nach den Mißhandlungen hätte gestellt werden müssen. Dann ist ihre Nichtzulassung eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung und das Urteil muß kassiert werden, gleichviel, ob das Urteil hierauf beruht oder nicht. Die Zulassung des Wahrheitsbeweises unterliegt im Falle des § 185 allerdings dem pflichtgemäßen Ermessen des Instanzrichters. Aber im vorliegenden Urteile hat dieser durch den Hinweis auf die vielen ungeschulten Verletzten gerade seine Erheblichkeit anerkannt und ihn doch nicht erhoben. — Der Hinweis auf das Militärstrafgesetzbuch beweist so wenig wie der auf besondere Disziplinargesetze bei Beamten. Er reicht nicht aus, um eine Beziehung der Verleumdung zur dienstlichen Tätigkeit herzustellen.

Angeklagter Reichstags-Abgeordneter Kunert: Aus dem Armeeverordnungsblatt, das der Reichsanwalt gegen mich ins Feld geführt hat, folgt umgekehrt, daß der Kriegsminister niemals zur Stellung eines Strafantrages für das Expeditionskorps berechtigt war. Denn zur Zeit seines Bestehens war es der Generalfeldmarschall Graf Waldersee, während seiner Liquidation das Generalkommando des Gardekorps. Die jetzige ostasiatische Brigade hat mit dem Expeditionskorps nicht das mindeste zu tun. Zur Sache bemerke ich, daß es natürlich gar nicht ausgedenken, daß es geradezu eine Ungeheuerlichkeit ist, daß ich das ganze Expeditionskorps in allen seinen Teilen und Gliedern, in allen seinen Offizieren beileibt haben soll.

Hierauf schließt der Vorsitzende die Verhandlung mit dem Bemerkten, er hoffe noch heute das Urteil verkünden zu können.

Gegen 2 1/2 Uhr findet die Urteilsverkündung statt: Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil vom 20. Juni wird verworfen. Der Senat ist in der Hauptsache den Ausführungen des Reichsanwalts gefolgt. Besonderer Prüfung bedurften folgende Punkte: Die Ablehnung der Fragen betreffend die Mißhandlungen ist erfolgt, weil die infamisierte Weigerung davon nicht spricht. Das steht gleich der geschlechtlich zugelassenen Ablehnung wegen Nichtzugehörigkeit zur Sache. Die unter Beweis gestellten Tatsachen hat die Strafkammer augenscheinlich als wahr anerkannt, und auch geprüft, ob dieser Nachweis nicht das Strafmaß zugunsten des Angeklagten vermindere. Daß sie diese Frage verneint hat, beruht auf festgestellten lediglich tatsächlicher Natur, die hier nicht nachzuprüfen sind. Die Verleumdung ist auch in Bezug auf den Verstoß erfolgt. Es gehört zu den Aufgaben des Soldaten, die im Militärstrafgesetzbuch §§ 127, 128, 129 umschrieben sind, sich der Handlungen zu enthalten, in deren Vorwurf eben die Verleumdung besteht. Für die Zulässigkeit des kriegsministeriellen Strafantrages war allerdings der Nachweis einer kontinuierlichen Zugehörigkeit der Verleumdigten zum Heere auch nach Auflösung des Expeditionskorps notwendig. Eine solche ergibt sich aber auch, denn nach der Auflösung dieses Korps sind seine Mitglieder entweder Angehörige der ostasiatischen Brigade geworden oder zu ihren Truppenkörpern zurückgeführt oder zur Reserve beurlaubt worden, aber jedenfalls nach wie vor dem Kriegsminister als Vorgesetzten unterstellt geblieben. So ist die dem Gesetz gewiesene notwendige ununterbrochene Fortsetzung der früheren Stellung, auf die sich die Verleumdung bezieht, gewahrt. Der angebliche Widerspruch in der Begründung der Höhe des Strafmaßes kann nicht als vorliegend anerkannt werden. Die Strafkammer hat offenbar sagen wollen: Wenn auch die Zahl der Mißhandlungen nicht unerheblich war, bleibt immer noch ein so beträchtlicher Teil von Verleumdigten übrig, daß das Strafmaß danach gerechtfertigt ist. Demnach war, wie gesehen, zu erkennen. —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eisenbahn-Angriff.

**Berlin, 8. Oktober.** Amtliche Meldung. Der heute, Montag, den 9. d. M., vormittags 10 Uhr 50 Minuten vom Götlicher Bahnhof in Berlin abgegangene Schnellzug 111 überfuhr vor Königswusterhausen auf dem Chaußeibergange bei Wude 19 das Weichbild des Götterwies Bälz von Remühle bei Königswusterhausen. Hierbei wurde der Aufsitzer vom Wagen geschleudert und so schwer verletzt, daß er nach einigen Stunden im Kreisbrennenhause zu Königswusterhausen starb. Der Schrankenwärter, welche die Weichstranke nicht rechtzeitig geschlossen hatte, erhielt leichte Verletzungen am Kopf durch die Wagenrümpfe und befindet sich außer Dienst in ärztlicher Behandlung. Die Pferde blieben unbeschädigt. Der Zug konnte seine Fahrt nach kurzem Aufenthalt fortsetzen.



Das summarische Verfahren.

X. Die Reform der Strafprozeßordnung.)

Aus dem Dilettantenstapfen und traurigsten Nachwerk, das je die Bureaucratie erfunden hat, dem vom Reichstag zurückgewiesenen Entwurf zur Strafprozeßordnung von 1894, entlehnt die Strafprozeßkommission die exorbitante Erweiterung des sogenannten abgekürzten oder summarischen Verfahrens. Was hier dem deutschen Volke zugehört wird, kann auch die kühnste Phantasie nicht für möglich halten. Die an Schnelligkeit und Rücksichtslosigkeit gegen den Verdächtigten alles nur Denkbare übersteigenden Vorschläge der Kommission gehen dahin: Bei Übertretungen ohne jede Ausnahme und bei allen Vergehen, sofern der Beschuldigte auf frischer Tat betroffen und vorläufig festgenommen ist oder sofern der Beschuldigte die ihm zur Last gelegte Tat eingesteht, — einige weitere, hier nicht interessierenden Fälle lassen wir unerwähnt — ist auf Verlangen der Staatsanwaltschaft der Angeklagte in einem abgekürzten Verfahren abzuurteilen. Dieses findet in allen Fällen, also auch für jede Art von Vergehen, vor dem Amtsrichter ohne Zuziehung von Schöffen statt. Die Staatsanwaltschaft führt den Beschuldigten ohne Einreichung einer Anklageschrift dem Amtsrichter mit dem Antrag auf sofortige Aburteilung vor. Dieser teilt dem Angeklagten mündlich mit, was ihm zur Last gelegt wird, und schreitet sodann sofort oder spätestens am zweiten Tage nach der Vorführung zur Hauptverhandlung, wobei er zugleich auch über die Verhaftung oder Freilassung des Angeklagten entscheidet. Ob dieser seine Zustimmung zu der mit ihm vorgenommenen Prozedur gibt oder nicht, ist ohne Bedeutung. Sie findet auch gegen seinen ausdrücklichen Widerspruch statt. Die zur Beratung der bezüglichen Angelegenheiten vom Reichstag zur Kommission machte nach reiflicher Beratung die Anwendung des summarischen Verfahrens von der Einwilligung des Angeklagten abhängig. Diese Voraussetzung sollte sich in einem Rechtsstaat von selbst verstehen. Man werde sich nur klar, wie das summarische Verfahren nach den Vorschlägen der Strafprozeßkommission in der Praxis vor sich gehen wird. Ein Redner in einer Versammlung tut einen Auspruch, in dem der überwachende Schuttmann eine Straftat, etwa eine Majestätsbeleidigung, Aufreizung, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Verleumdung oder dergl. findet. Der auf frischer Tat ergriffene Redner wird vorläufig festgenommen und sodann dem zuständigen Amtsgericht vom Staatsanwalt zur sofortigen Aburteilung vorgeführt. Als einzigen Tatzeugen ladet der Staatsanwalt zur Hauptverhandlung den Schuttmann, Namen von Zeugen oder sonstiges Verteidigungsmaterial kann sich der seiner Freiheit Beraubte nicht beschaffen. Auch einen Verteidiger sich anzunehmen ist er nicht in der Lage, denn innerhalb 24 Stunden findet die Hauptverhandlung statt. Ungefähr aber so viel Zeit dauert es bei unserem bürokratischen Geschäftsgang, bis die Bitte des Angeklagten um Briefpapier, auf dem er einen Rechtsanwalt um seinen Besuch ersuchen will, an die zuständige Stelle gelangt ist. So herrlich für den Angeklagten vorbereitet, gelangt die vielleicht in tatsächlicher und noch mehr in rechtlicher Beziehung äußerst kompliziert liegende Sache zur Hauptverhandlung. Hier kann dann der Einzelrichter, oft ein ganz junger Assessor, eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren verhängen.

Und aus welchem inneren Grunde soll diese ganze überhastete, alle sonst für notwendig erachteten Garantien eines geordneten Gerichtsverfahrens außer acht lassende Prozedur zur Anwendung gelangen? Allein aus dem unzulässigen und rein äußerlichen Grunde, weil der Angeklagte auf frischer Tat betroffen ist — übrigens ein Rechtsbegriff, der der schärfsten begrifflichen Präzision bedürfen würde, sofern seine Annahme nicht in das völlig subjektive Verleben der Anklagebehörde gelegt werden soll. Um solche Kleinigkeiten kümmert sich natürlich die Strafprozeßkommission nicht. Ihr wissenschaftlicher Sinn gestattet es ihr, nicht einmal den Versuch der Aufstellung einer Definition zu machen.

Noch viel bedenklicher ist es, an die Tatsache des Geständnisses ohne weiteres die Zulassung des summarischen Verfahrens zu knüpfen. Die Kommission ist so entzückt von ihrer eigenen Schnelligkeit, zu der sie sich hier endlich voll durchgerungen hat, daß sie selbst für ihre Arbeiten das summarische Verfahren anwendet, aber die von einzelnen Mitgliedern schätzbar vorgebrachten Einwendungen im Hastentempo hinwegjagt und in der Eile ganz vergißt, daß sie eine Rechtsordnung schaffen sollte. Sie hätte sich sonst wohl klar werden müssen, daß zu der Beurteilung einer Strafsache oft auch die Lösung sehr schwieriger rechtlicher Zweifelsfragen gehört, so daß damit, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Tatsachen zugibt, der Fall in keiner Weise entschieden und es daher wenig angebracht ist, nur wegen des Zugeständnisses der Tatsachen der Anklage jede Verteidigungsmöglichkeit mit Stumpf und Stiel auszurotten. Mag allensfalls bei den sogenannten gemeinen Verbrechen ein abgekürztes Verfahren im Falle des Geständnisses des Beschuldigten unter Umständen unschädlich sein, so liegt die Sache sofort anders bei allen in das politische oder gewerkschaftliche Gebiet hinübergreifenden Anklagen. Wir wissen, welche außerordentliche Ausdehnung die Auslegung der gesetzlichen Tatbestandsmerkmale gerade bei den hier einschlägigen Delikten erfahren hat, wir wissen, daß auch der schärfste Jurist oft nicht voraussuchen vermag, ob eine bestimmte Tat als eine durchaus gesetzmäßige von den Gerichten angesehen oder als das niedrigste und gemeinste Delikt gebrahndmarkt werden wird, welches das unverfälschte Rechtsbewußtsein des Volkes kennt, als Erpreßung. In jener berühmten Entscheidung des Reichsgerichts, welche den Anfang mit der Anwendung des Erpreßungsbegriffs auf die Ausübung des Koalitionsrechts gemacht hat, sind es in erster Linie die von den Arbeitern dem Arbeitgeber gegenüber angenommenen dreifachen und herausfordernden Klagen, welche die Grenzlinie zwischen vollkommenem Recht und schwerem Unrecht gezogen haben. Oder man denke an die ungeheure und ungeahnte Ausdehnung, die der § 163 der Gewerbeordnung im Laufe der Zeit allmählich erfahren hat, bis endlich sogar das Reichsgericht den letzten Schritt getan hat, ihn auf den von den Arbeitern den Arbeitgebern gegenüber geübten Willenszwang anzuwenden, worin eine Reihe höchster Landesgerichte mit Recht die Bestrafung der Ausübung der Koalitionsfreiheit als solcher erbliden zu müssen vermeinen. Was hat ferner nicht alles die Rechtsprechung als Majestätsbeleidigung, als Aufreizung zum Klassenhaß, als Verhöhnung religiöser Einrichtungen angesehen, oder welche der herrschenden Gewalt schärf gegenübergetretene politische oder gewerkschaftliche Betätigung ist nicht irgendwann und irgendwo einmal als grober Unfug bestraft worden?

In allen diesen Fällen stehen die den Angeklagten zur Last ge-

legten Tatsachen durchaus fest, die rechtliche und soziale Wertung, die ihnen die Anklagebehörde geben will, allein ist es, wogegen sich die Angeklagten mit Energie sträuben. Und wer will hier wirklich den Mut haben, den Prophezeien zu spielen und vorauszusagen, welche Rechtsauffassung schließlich zum Siege gelangen wird, die des Angeklagten oder die der Anklagebehörde? Denn in allen den vorgenannten und ihnen analogen Fällen sind die Grenzlinien zwischen Recht und Unrecht bis zur vollkommenen Unkenntlichkeit verwischt.

Die Strafprozeßkommission weiß von diesen tiefsten Erscheinungen nichts, sie ist so beneidenswert unschuldig, daß für sie eine Tat, die der Angeklagte zugibt, keinerlei Schwierigkeiten mehr bietet. Wozu braucht der Angeklagte dann noch Zeit und Mühseligkeit, seine Verteidigung vorzubereiten, er ist geständig! Nun kann der Einzelrichter ruhig zur Aburteilung schreiten.

Gegen die Flüchtigkeit dieser Auffassung und ihre Gefährlichkeit hat die von der schneidigen Strafprozeßkommission einer Beachtung nicht gewürdigte Wissenschaft in energischer Weise Front gemacht. Insbesondere hat Binding bereits im Jahre 1895 dagegen mit Entschiedenheit angekämpft und mit bitterem Hohn den Vorschlag gemacht, man möchte doch auch ja nicht die Errichtung gerichtlicher Kastrationen verbergen, denn wacht der Verbrecher, so muß auch das Gericht wachen, und, ehe der Tag graut, kann dann der Verbrecher seine Strafe zu verbüßen beginnen.

Vielleicht würde sich auch, worauf schon einmal Professor von Bar hingewiesen hat, die gesetzliche Einführung der Lynchjustiz empfehlen, sie nimmt noch kürzere Zeit in Anspruch und bietet keineswegs geringere Garantien, als das von der Kommission beabsichtigte summarische Verfahren, welches, da es alle zugunsten des Angeklagten und seiner Verteidigung im Laufe der Zeit erzwungenen Rechte vernichtet, dem Richter die Möglichkeit, ein sachgemäßes Urteil zu fällen, von Grund aus versperrt.

Die Kommission beruft sich für ihre Regelung auf das englische Recht. Allein wenn die Kommission einmal wissenschaftlich sein will, so passiert ihr stets das Mißgeschick, daß sie sich gründlich irrt. So wie sie die Fristen, die das österreichische Recht für die Dauer der Kollisionshaft kennt, ungenau angibt, so täuscht sie sich auch hier, — übrigens für eine Kommission von „Sachverständigen“ eine nicht sehr anerkennenswerte Leistung. In Wahrheit verlangt England für die Anwendung des summarischen Verfahrens ausdrücklich die Zustimmung des Angeklagten, womit natürlich der Bestimmung der Stachel genommen ist. Gerade diese entscheidende Voraussetzung aber will die Strafprozeßkommission nicht gelten lassen, im angebliehen Interesse der Würde und der Autorität des Gerichts, welche wirklich keinen Eindruck mehr machende Phrasen stets herhalten muß, wenn es sich darum handelt, den Angeklagten rechtlos zu stellen und ihm die Möglichkeit der Verteidigung zu nehmen.

Wird auch das summarische Verfahren bei Vergehen mit Rücksicht auf die Höhe der hier in Frage kommenden Strafen in seiner ganzen Ungerechtigkeit besonders sinnfällig und abstoßend, so ist es nicht minder gefährlich bei der Gattung der geringfügigsten Delikte, den Übertretungen. Gerade wir Sozialdemokraten haben alle Ursache, an dieser Stelle besonders auf der Hut zu sein. Hier ist das Gebiet, auf dem alle die kleinen polizeilichen Kadefische der aufstrebenden oppositionellen Arbeiterbewegung verlegt werden: Von der strengen Heranziehung des Vereinsgesetzes an bis hinunter zum Straßenpolizeireglement gegen die Streikposten, der Sonntagsbelegungs-Verordnung gegen die Flugblattverteiler u. s. f. bis ins Unendliche. So sehr wir auch über den besonders in Preußen verbreiteten Glauben subalterner Polizeigeister, auf diesem Wege die größte Kulturbewegung der Zeit ersticken zu können, lächeln, so energisch werden wir dennoch zu protestieren haben, daß auf diesem Gebiete, auf dem ganz besonders intensiv der Kampf gegen die Arbeiterbewegung geführt wird, und auf dem, insofern es sich um Polizeiverordnungen handelt, die Polizei sogar der einzige gesetzgebende Faktor ist, nicht irgend eine der sonst für notwendig erachteten Garantien forsfällt.

Aus diesem Grunde müssen wir uns mit Entschiedenheit gegen den Kommissionsvorschlag wenden, in allen Übertretungssachen die Aburteilung ausnahmslos dem Einzelrichter, ohne Zuziehung von Schöffen, zu übertragen und uneingeschränkt das summarische Verfahren zuzulassen. Wir werden vielmehr im Gegenteil verlangen müssen, daß nicht bloß diese beiden erheblichen Verschlechterungen des geltenden Rechtes unterbleiben, sondern auch daß das allein einer wirklichen Rechtspflege entsprechende Prinzip des Zwanges zur Vernehmung der sämtlichen vom Angeklagten geladenen Zeugen auch auf das Verfahren in Übertretungssachen uneingeschränkt Anwendung findet.

Die Strafprozeßkommission erhofft von der Einführung des summarischen Verfahrens eine Einschränkung der Dauer der Untersuchungshaft. Daß sich dieses gewiß erstrebenswerte Ziel auf andere und bessere Weise leicht erreichen läßt, haben wir im Anschluß an die von der Kommission völlig ignorierten Vorschläge der Wissenschaft bereits in den früheren Artikeln betont. Die Abkürzung der Untersuchungshaft mit einem tumultuarischen und daher sicherlich zumeist zuungunsten des Angeklagten ungerichten Urteil zu erlangen, ist ein zu teurer Einsatz. Selbstverständlich, wenn man nicht untersucht, sondern sofort verurteilt, kann es auch keine Untersuchungshaft geben. In Wahrheit wird diese übrigens trotz der Ueberhaltung des Verfahrens an Dauer kaum verlieren. Denn da sich das deutsche Volk das Recht, sich gegen eine ungerechte Anklage zu wehren, niemals rauben lassen wird, so wird eben die zweite Instanz zur ersten, hier das ganze Verteidigungsmaterial vorgebracht werden und daher das Verfahren in dieser Instanz umso länger währen. Endlich werden es auch gar nicht die einfachen Fälle sein, in denen das summarische Verfahren zur Anwendung gelangt. Der ganze schwerfällige und bürokratische arbeitende, auf Beschleunigung nicht zugeschnittene Geschäftsgang unserer Staatsanwaltschaften und Gerichte wird dahin führen, daß in normalen Zeiten und in normalen Fällen diese ganze Prozedur auf dem Papier stehen wird. Man kann dies schon aus dem geltenden Recht schließen, das bereits in beschränktem Maße ein solches Verfahren kennt, ohne daß es jemals in irgendeiner nennenswerten Umfang zur Anwendung gebracht ist. Um so läppiger aber wird es in politisch oder wirtschaftlich-erregten Zeiten empfinden und seine zersetzende, jede sorgfältige Erforschung der objektiven Wahrheit zerstörende Wirkung ausüben gegen einen Redner, der ein vorläufiges Wort spricht, einen Redakteur, der eine unvorsichtige Wendung braucht, einen Flugblattverteiler, einen Gewerkschaftsführer, der sich in einer Versammlung für die Proklamierung eines Streiks auspricht, einen Streikposten, der Arbeitswillige auf das Bestehen eines Streiks aufmerksam macht usw.

Für die Gewerkschaftsbewegung liegt hier eine eminente Gefahr vor und Aufgabe jedes dazu Verufenen ist es, unverzüglich die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit über den geplanten Angriff auf eine sachgemäße und geordnete Rechtspflege aufzuklären, damit verhütet wird, daß die Regierungen den volksfeindlichen Bestrebungen der Strafprozeßkommission in dem zu erwartenden Gesetzentwurf folgen.

In der „Deutschen Juristenzeitung“, deren bisherige einseitige Stellungnahme zugunsten der fast überall gegen den Angeklagten gerichteten Vorschläge der Strafprozeßkommission bei einem unabhängigen Fachblatt nicht scharf genug beurteilt werden kann, nennt der Oberlandesgerichtspräsident Hamm die Regelung, die von der Kommission vorgeschlagen ist, die „glücklichste“ Lösung, welche die abschreckende Wirkung der Strafe erhöhen werde. Stüchiger würde man wohl von der abschreckenden Wirkung des deutschen Strafverfahrens sprechen, das jede unbecommene politische oder gewerkschaftliche Betätigung zu verhindern geeignet ist. Man sieht, was die glückliche begabene Umsturz- und Justizhausvorlage nicht vermochte, läßt sich auch auf dem Umwege des Strafprozesses erreichen, sofern das deutsche Volk nicht rechtzeitig gegen die Bestrebungen seiner reaktionären Juristen auf der Wacht steht.

Aus der Partei.

Ueber den Jenaer Parteitag gab in der gutbesuchten Versammlung des Wahlvereins in Jena am 8. Oktober der Vorsitzende Leber einen ausführlichen Bericht, indem er die einzelnen Beratungsgegenstände durchging und daran kritische Bemerkungen knüpfte. Mit dem Verlauf des Parteitages kann die Jenaer Organisation zufrieden sein, ihre Darbietungen haben die Anerkennung der Gäste gefunden, den Komiteemitgliedern und den Mitwirkenden wird der besondere Dank des Parteivorstandes ausgesprochen. In der Diskussion wurde der Wunsch ausgesprochen, zur Frage der Frauenagitation eine besondere Frauenversammlung einzuberufen. Eine vom Vorstand eingereichte Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt, wurde zum Beschluß erhoben. Der vorläufige Massenabschluß vom Parteitag, den Kassierer Hirschelmann vortrug, läßt statt des mutmaßlichen Defizits einen beträchtlichen Ueberschuß erwarten. Einer voranschläglichen Ausgabe von 4300 M. steht eine voraussichtliche Einnahme von 5400 M. gegenüber. Dieser Abschluß erweckt lebhaften Beifall. Ueber die Verwendung des Ueberschusses wird in nächster Versammlung Beschluß gefaßt. In der Versammlung wurde auch mitgeteilt, daß es nicht gelungen ist, die Persönlichkeiten des Bundes festzustellen, der die Obelisk vor dem Volkshaus zu Beginn des Parteitages durch Begießen mit einer Säure beschädigt hat. — Der Wahlverein zählt jetzt 88 Mitglieder.

Das neue Organisationsstatut veranlaßt den Landesvorstand für Württemberg, zum 28. November eine außerordentliche Landesversammlung nach Stuttgart einzuberufen. Aufgabe derselben soll sein, das Statut der württembergischen Landesorganisation dem allgemeinen Organisationsstatut anzupassen. Im Zusammenhang damit findet am 26. November eine Konferenz aller sozialdemokratischen Gemeindevertreter Württembergs statt. — Die neu geschaffene Parteioffizianten macht auch eine Umgestaltung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei des Herzogtums Braunschweig notwendig. Der Vorstand des Arbeitervereins Braunschweig, dem auch die Regelung der Landesangelegenheiten obliegt, veröffentlicht einen diesbezüglichen Statuten-Entwurf, der auf dem demnächst stattfindenden Landesparteitage erörtert und beschlossen werden soll.

Das Agitationskomitee für den Niederrhein erstattet am den Ende Oktober in Essen stattfindenden Provinzialparteitag seinen Geschäftsbericht. Daraus ist zu entnehmen, daß das Geschäftsjahr in einer verhältnismäßig ruhigen Zeit begann, im Laufe desselben gab aber der Bergarbeiterstreik und die Reichstagsersatzwahl in Essen der Bewegung einen besonderen Impuls. Was die Organisation anbelangt, so ist im Agitationsbezirk eine Aufnahme von 2509 Mitgliedern zu verzeichnen. In den Kreisen Aachen, Geldern und Siegen war es auch in diesem Jahre nicht möglich, festen Fuß zu fassen. Am gründlicher die Agitation betreiben zu können, wurde für den niederrheinischen Agitationsbezirk ein besoldeter Parteisekretär in der Person des Genossen Haure angestellt, außerdem haben die Wahlkreise Essen und Rühlheim-Duisburg besoldete Parteisekretäre. Die mündliche und schriftliche Agitation war eine sehr rege. An Flugchriften wurden 600 000 im Berichtsjahre verbreitet, darunter 124 000 Kalender. Ueber die Agitationschrift „Vorwärts“ soll auf der Konferenz berichtet werden. Die Parteipresse ist durch die Gründung der „Rheinischer Arbeiterzeitung“, die ein Kopfbild der „Rheinischen Arbeiterstimme“ in Solingen ist, vermehrt worden. Diese Neugründung hat aber auf argen Widerspruch gestoßen und auf dem Parteitage werden sich an diese Gründung wohl weitere Erörterungen knüpfen.

Auch der Kommunalpolitik ist die nötige Aufmerksamkeit geschenkt worden. Am 1. Oktober hat eine in Warmen Innung gefundene Gemeindevertreter-Konferenz eine Programm-Vorlage für den Parteitag fertiggestellt. Zurzeit sind in 21 Orten des Agitationsbezirks 67 sozialdemokratische Gemeindevertreter vorhanden. Allgemein ist die Klage über die Abtreibung der Versammlungsolale. Wo die Schwarzen in Betracht kommen, versetzen diese im Verein mit der Polizei die Saalabtreiber erfolgreich durchzuführen, kommen aber die Freisinnigen in Frage, so sehen diese den Schwarzen darin nicht nach.

Die Agitationskommission für die Provinz Schleswig-Holstein veröffentlicht ihren Bericht für den Zeitraum vom 1. Juli 1904 bis 31. Juni 1905, der dem zum 15. und 18. Oktober in Elmshorn tagenden Provinzialparteitag als Grundlage für seine geschäftlichen Beratungen dienen soll. Dem Beschluß des vorjährigen Provinzialparteitages auf Anstellung eines besoldeten Agitationsleiters für die Provinz, das Fürstentum Lübeck und das Herzogtum Lauenburg ist durch Anstellung des Genossen E. Saalfeld aus Hamburg Rechnung getragen worden, der sein Amt als Vorsitzender der Agitationskommission Anfang Januar dieses Jahres antrat. Um den Arbeiten der Kommission eine sichere finanzielle Grundlage zu geben, wird ein Etat über die voraussichtlichen Ausgaben und die notwendigen Einnahmen aufgestellt, den der Provinzialparteitag zu prüfen hat. In den beiden letzten Quartalen des vergangenen Geschäftsjahres erhob die Kommission von den ihr unterstellten Wahlkreisen 20 Proz. der eingegangenen Mitgliederbeiträge; den Prozentfuß für das kommende Geschäftsjahr wird der Provinzialparteitag nach dem Etat festsetzen. Eine von der Kommission veranstaltete Agitation für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hatte nur teilweise Erfolg, die Auflage des Provinzialorgans ist jetzt 18 000. Die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ ist von 228 auf 1415 in die Höhe gestiegen. Für Agitation auf dem Landgebiet wurde eine Flugchrift in Zeitungsformat, der „Rote Landbote“, herausgegeben und bis jetzt in drei Nummern in dänischer und in deutscher Sprache verbreitet. Von der ersten Nummer wurden 155 000 Exemplare in deutscher Sprache, 12 000 Exemplare als dänischer „Röde Postbud“ verteilt. Die zweite Nummer wurde in kleinerer Auflage durch die Post verschickt, mit der dritten Nummer wird zurzeit wieder eine allgemeine Verbreitung vorgenommen. Außerdem wurde in der Mehrzahl der Kreise die Broschüre „Grundzüge und Forderungen“ verbreitet. Das wirkungsvollste Agitationsmaterial ist der „Kaddeutsche Volkskalender“, der in deutscher Sprache in 150 000 Exemplaren, als dänischer „Sozialdemokratisches norddeutsches Volks-Almanak“ in 10 000 Exemplaren seinen Weg bis in die entlegensten Dörfer und Gehöfte der Provinz fand. Ferner wurden noch 305 000 Flugblätter, 20 000 Flugzettel und sonstiges Schriftmaterial verbreitet. Der Waiseregedanke hat in der Provinz weitere Fortschritte gemacht. Von 65 Orten, in denen der Waiseregedanke der Arbeit festlich begangen wurde, demonstrierten 42 durch Arbeit. Sogar in so kleinen Orten wie Sonderburg auf der Insel Alsen und Hadersleben wurden 200 bzw. 300 Feiern durchgeführt.

\*) Vergleiche 179, 185, 191, 190, 200, 206, 208, 215, 219 des „Vorwärts“.



Der vorjährige Provinzialparteitag hatte sich prinzipiell für die Zentralisation der Wahlkreise erklärt. Infolgedessen haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahre der 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 10. Kreis eine Zentralorganisation geschaffen; der 8. und 10. Kreis (Altona und Lauenburg) besitzen einen gemeinsamen Verein. Die Zahl der sozialdemokratischen Ortsvereine in der Provinz ist von 62 auf 67 gestiegen, die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 17 444. Außerdem sind circa 2000 Genossen und Genossinnen, die regelmäßige Beiträge, teils als Einzelmitglieder, zahlend, vorhanden. Weibliche Beitragspersonen gibt es in der Provinz 16. Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt in einem Ortsverein 10 Pf., in acht 20 Pf., in dreißig 30 Pf. und in sieben 40 Pf. Die gesamte, durch Mitgliederbeiträge aufgebrachte Einnahme der Vereine betrug 63 688 M. An den Stadtverordnetenwahlen nahmen die Parteigenossen in 16 Orten teil und gewannen 7 Mandate. In den Landgemeinden beteiligte sich die Partei in 29 Orten an den Gemeinderatswahlen und brachte es auf 71 Mandate. Die Abrechnung der Kommission weist eine Einnahme von 20 166 M. eine Ausgabe von 18 713 M. auf. Unter den Einnahmen finden sich 5000 M., die die Hamburger Wahlkreise an die Kommission gezahlt haben.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Versammlungsrecht in Sachsen-Weimar wird wieder einmal durch folgenden Vorgang grell beleuchtet: In Waltersdorf bei Neumühle a. d. Elster, dem Wohnsitz des nationalliberalen Abgeordneten Lehmann, sollte eine Versammlung stattfinden, in der Genosse Oswald Fischer aus Greiz über „Die Fleischnot und die Arbeiterklasse“ und „Warum stellen die Arbeiter Lohnforderungen?“ sprechen sollte.

Die Themata schienen dem Gemeindevorsteher in Waltersdorf nicht staatsgefährlich zu sein, wohl aber die Person des Referenten. Dem Einberufer der Versammlung ging folgendes Schriftstück zu: Die von Ihnen angemeldete öffentliche Volksversammlung wird, wie hiermit geschieht, unterjagt, da der als Redner auftretende sozialdemokratische Agitator Oswald Fischer aus Greiz als aufreizender Redner bekannt ist und die Behandlung der gewählten Themata in der Hand eines solchen Mannes eine dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung in sich zu schließen geeignet ist.

Waltersdorf, den 20. September 1905.

Der Gemeindevorstand.  
Räster.

Mit dieser Begründung haben sich schon eine Anzahl Behörden in Sachsen-Weimar unsterblich gemacht; sie ist die bequemste und immer brauchbar. Entweder ist das Thema staatsgefährlich — und welches wäre es nicht — oder die Person des Referenten gibt zu Bedenken Anlass. Ist auch das Versammlungsrecht in verschiedenen deutschen Bundesstaaten noch recht reaktionärer Natur, so dürfte doch keines so willkürlich gehandhabt werden wie das von Sachsen-Weimar.

## Haus Industrie und Handel.

Die Fleischpreise sind in den wichtigsten Städten Preußens nach der statistischen Korrespondenz im Monat September wiederum ganz beträchtlich gestiegen — trotz der bekannten sachverständigen Verheißung des preussischen Landwirtschaftsministers und genialen Schweinezüchters, des Herrn von Podbielski, daß mit Beginn des Septembers die Vieh- und Fleischpreise bestimmt fallen würden. Eine Uebersicht der Preisbewegung seit Januar d. J. zeigt, daß im Durchschnitt der 23 Markttorte 1 Kilogramm in Pfennigen kostete:

	im Januar	April	Juli	August	September
Rindfleisch v. d. Keule	142	144	150	155	159
vom Bauche	121	123	127	133	137
Schweinefleisch	135	146	157	167	172
Kalbsteck	143	144	152	158	164
Lammfleisch	138	140	150	154	158
Inland, geräuch. Speck	153	160	170	179	185
Jul. Schweineschmalz	158	164	168	175	178

Es ist demnach im Durchschnitt seit Januar dieses Jahres der Preis für Schweinefleisch um 37 Pf., für Kalbfleisch um 23 Pf., für Speck um 32 Pf. und für Schmalz um 20 Pf. pro Kilogramm gestiegen.

Die Dortmunder Union, die wasserstoffige Schweregeburt der Distanzgesellschaft, kränkt trotz aller im Laufe der Jahre mit ihr vorgenommenen Sanierungsstufen noch immer recht bedenklich. Nach dem Lieben von ihr veröffentlichten Geschäftsbericht hat sie im letzten Geschäftsjahre nur einen Bruttogewinn von 3 330 565 M. erzielt gegen 3 682 252 M. im vorigen Jahre, also ungefähr 852 000 M. weniger. Von diesem Rohgewinn sind zu Abschreibungen insgesamt 2 153 911 M. (im vorigen Jahre 2 522 267 M.) verwendet, so daß ein Reingewinn von 1 176 654 M. (im Vorjahre 1 552 984 M.) bleibt, der nach dem Vorschlag der Verwaltung folgende Verwendung finden soll: Reservefonds 58 833 M. (im Vorjahre 77 949 M.), 5 Proz. Dividende auf die Aktien Lit. D 540 000 M. (wie im Vorjahre), 2 Proz. Dividende auf die Aktien Lit. C 504 000 M. (wie im Vorjahre) und Vortrag 78 922 M.

Trotz geringerer Rückstellungen ist also der Reinertrag weit niedriger als im vorletzten Geschäftsjahre. Die Verwaltung führt für diesen Rückgang in ihrem Rechenschaftsbericht als Gründe den großen Vergarbeiterausstand und die verspätete Lieferung von Hochofengasmaschinen für ihre Hüttenbetriebe an. Wie sie meint, wäre das Ergebnis ein besseres gewesen, wenn nicht durch den allgemeinen Ausstand der Vergarbeiter in den Monaten Januar und Februar 1905 ein Verlust eingetreten wäre, der sich in den verbleibenden vier Monaten des Geschäftsjahres nicht mehr ausgleichen ließ.

Der Ausstand traf die Union als Hüttenwerk mit Kohlengruben insofern doppelt schwer, als nicht nur auf den drei Jahren einbarer Ausfall in den Betriebsergebnissen von rund 380 000 Mark entstand, sondern auch in den Eisen- und Stahlwerken zu Dortmund und Horst der Hochofenbetrieb sehr verunsichernde Störungen erfuhr und andere Betriebe aus Mangel an Kohlen eingeschränkt und zum Teil stillgelegt werden mußten. Maßnahmen, die der Union einen weiteren unmittelbaren Schaden von etwa 450 000 M. brachten. Zu diesen durch den Streik zugefügten Verlusten wirkte auf das Jahresergebnis noch ungünstig der Umstand zurück, daß die Lieferantinnen der rechtzeitig bestellten Hochofengasmaschinen, die vertraglich am 2. Januar bzw. 15. März 1905 betriebsfertig übergeben werden sollten, ihren Verpflichtungen bis heute erst teilweise nachgekommen sind. Mangels genügender Gaslieferant ist daher die Hochofenenerzeugung in Dortmund außerordentlich zurückgeblieben, und eine neue Schneidstraße mit elektrischem Antrieb, die seit Monaten fertig steht, war überhaupt nicht in Betrieb zu nehmen. Auch mußte das neue Walzwerk in Horst eingestellt werden, weil die Beteiligung an Stahlwerks-Verbande nicht ausreichte, um einen lohnenden Weiterbetrieb desselbst auszuüben zu erhalten.

Die Gründung eines deutschen Röhrenindustrie-Kartells beschäftigte eine in Leipzig abgehaltene Versammlung deutscher Röhrenbesitzer. Ein Ausschuss wurde beauftragt, geeignete Vorschläge darüber auszuarbeiten, welche Form des wirtschaftlichen Zusammenschlusses für die deutschen Röhrenbesitzer die beste sei. — Also nach den Junkern der Röhren! Warum auch nicht? Wenn uns die Junker überreden, warum sollen uns die Röhren nicht barbarieren? Das tägliche Brot kann ja dem deutschen Volke nicht teuer genug gemacht werden.

Die Unruhen in Baku und die Kaphtha-Industrie. Die durch das Verhalten der russischen Regierung provozierten Kämpfe zwischen Armeniern und Tataren im Bakuer Bezirk haben eine schwere Schädigung der dortigen Kaphtha-Industrie zur Folge gehabt. Wie die vom russischen Finanzministerium nach Baku entsandte Kommission berichtet, sind von den 1435 vor den Unruhen in Betrieb befindlichen Bohrertürmen nicht weniger als 910 verbrannt, und außerdem verbrannt 396 noch nicht fertige oder in Reparatur befind-

liche sowie 400 außer Betrieb gesetzte Bohrertürme. Fast zwei Drittel sämtlicher Bohrertürme sind vernichtet, ganz unversehrt geblieben sind nur in Balaclava 32 Proz., in Sabuntsch 33 Proz., in Romany 55 Proz. und in Bibi-Eibat 40 Proz. Folglich hat am wenigsten gelitten das Delsch in Romany, sodann das von Bibi-Eibat. Allerdings können die in Betrieb befindlichen, durch das Feuer vernichteten Bohrertürme wieder ziemlich leicht produktiv gemacht werden, da nur die abgebrannten Türme wiederhergestellt und die Schöpfapparate repariert zu werden brauchen, während die Tiefe der Bohrflöcher genügt, so daß neue Bohrungen nicht erforderlich sind.

Nach der Angabe der Kommission betrug die durchschnittliche monatliche Kaphtha-Ausbeute im vorigen Jahre: Balaclava 6 800 000 Kub. Sabuntsch 18 100 000 Kub., Romany 11 100 000 Kub. und Bibi-Eibat 15 000 000 Kub. Berücksichtigt man für die jetzt folgende Ausbeuteperiode nur die produktiven, unversehrt gebliebenen Bohrflöcher, so würde die Ausbeute pro Monat ungefähr betragen: in Balaclava 2 200 000 Kub., in Sabuntsch 6 000 000 Kub., in Romany 6 100 000 Kub. und in Bibi-Eibat 6 000 000 Kub., im ganzen also 20 300 000 Kub.

### Russisch-französischer Handelsvertrag.

Nach Mitteilung des Handelsvertragsvereins sind einige russische Organe in der Lage, bereits nähere Angaben über den neuen französisch-russischen Handelsvertrag zu machen, dessen Vereinbarungen auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes, das wir in Rußland wie in Frankreich genießen, natürlich auch den gleichen Voren deutschen Herkunft zugute kommen würden. Danach würden künftig an Stelle der (eingelagerten) Sätze des neuen Generaltarifs die russischen Zollsätze betragen für:

	Rubel
Mandel . . . . . pro Pud	3.— (4,50)
Trüffel und Champignons . . . . .	10,80 (16,20)
Senf sowie Fleischkonserven . . . . .	4.— (10.—)
Konjakk . . . . .	12,24 (15.—)
Kognak, Rum, in Fässern . . . . .	13,50 (25.—)
in Flaschen . . . . .	10,40 (30.—)
Wein a) in Fässern bis 18 Grad Alkoholstärke . . . . .	5.— (9.—)
13—16 . . . . .	9.— (9.—)
b) in Flaschen, moussierender . . . . .	14.— (25.—)
nicht moussierender . . . . .	6.— (12.—)
Käse . . . . .	7,20 (9.—)
Sardinen . . . . .	5.— (7,50)
Heilmittel . . . . .	24.— (40.—)
Kosmetische Artikel . . . . .	16,80 (24.—)
Parfümerien . . . . .	36,75 (52,50)
Tolltiefen . . . . .	10,80 (12,60)
Lederne Schuhwaren . . . . . Pfund	2,55 (3,90)
Lederne Handschuhe . . . . .	3,80 (4,50)
Seidenwaren . . . . .	10.— (12,40)
Wollwaren . . . . .	4.— (4,50)
Seidene Spitzen . . . . .	10.— (10.—)
Automobile, vierfüßig . . . . . Stück	230.— (288.—)
mit weniger Sitzen . . . . .	140.— (192.—)
Motorfahräder, zweiräderig . . . . .	20.— (36.—)
dreiräderig . . . . .	70.— (72.—)
vierräderig . . . . .	140.— (192.—)
Hilfskräfte ohne Garnitur . . . . .	1,35 (1,80)

Der Weltkonsum von Kaffee und Tee. Die letzte Veröffentlichung der statistischen Abteilung des Handelsdepartements der nordamerikanischen Union bietet eine interessante Uebersicht über die Zunahme des Kaffee- und Teeverbrauchs. Nach diesen Mitteilungen wird nahezu die Hälfte von allem auf den Weltmarkt gelangenden Kaffee in den Vereinigten Staaten und nahezu die Hälfte allen Tees in Großbritannien konsumiert. Die Produktion wie der Verbrauch dieser beiden Stimulanzien weist stetige Zunahme auf, und zwar hat sich der Totalkonsum von Kaffee in den Vereinigten Staaten, Deutschland, Großbritannien, Holland, Belgien, Frankreich und Oesterreich von 1 140 740 000 Pfund (10 englische Pfund = 9 deutsche) in 1884 auf 1 816 447 000 Pfund in 1904, somit nahezu um 60 Proz. gesteigert, während die Bevölkerung genannter Länder in der gleichen Periode sich nur um 30 Proz. vermehrt hat. Der Kaffeeverbrauch in den Vereinigten Staaten hat sich nahezu verdoppelt; er ist pro Kopf der Bevölkerung in der bezeichneten Periode von 9,25 auf 11,75 Pfund oder um 27 Proz. gestiegen.

Der Konsum von Tee hat sich in der gleichen Periode in Großbritannien, Rußland, den Vereinigten Staaten, Deutschland, Holland und Frankreich von 317 982 000 in 1884 auf 505 233 000 Pfund in 1904, somit um 58,9 Proz. gesteigert, während die Bevölkerung dieser Länder sich um 27 Proz. vermehrt hat. In Großbritannien ist der Teeverbrauch in den zwanzig Jahren pro Kopf der Bevölkerung von 4,9 auf 6 Pfund, oder um 22,5 Proz. gestiegen. Während der Jahre 1885 und 1903 hat sich die Teeproduktion Indiens verdreifacht, die von Ceylon um 59 Proz., und die von Java um 160 Proz. vermehrt. Der Durchschnittspreis des in die Vereinigten Staaten importierten Tees ist pro Pfund von 37,7 Cent in 1873 auf 12,3 Cent in 1904 gefallen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Gips- und Zementarbeiter. In der am Sonntag in der Neuen Welt abgehaltenen Generalversammlung der Gips- und Zementarbeiter erstattete der Branchenleiter Frisch den Situationsbericht. Der seitherige Verlauf der Bewegung habe bewiesen, daß die beschlossene Taktik: zunächst nur in der Kaphtha-Industrie die Arbeit niederzulegen, einen guten Erfolg gebracht habe. Die Arbeitsniederlegung der in Frage kommenden Kollegen sei einmütig erfolgt. Von 2000 Arbeitern der Kaphtha-Industrie seien nur 40—50 dem Beschluß nicht nachgekommen. Unter dem Druck der Arbeitsniederlegung haben bis jetzt 77 Firmen mit 1331 Arbeitern die Forderungen bewilligt. Diese Firmen gehören mit wenigen Ausnahmen dem Berliner Betonverein nicht an. — Auf Anfrage des Vorstandes der Baugeschäfte habe sich die Sektionsleitung zu Verhandlungen mit den Vertretern des Betonvereins bereit erklärt. Infolgedessen fanden die Verhandlungen am Freitag statt. Zu einem befriedigenden Einvernehmen ist es jedoch nicht gekommen. Die Unternehmer boten — mit schwerem Herzen, wie sie sagten — eine Lohnzulage von 2/3 Pf. pro Stunde, ferner wünschten sie, daß die Hilfsarbeiter aus dem Verträge ausgeschlossen werden. Dieses Anerbieten lehnten die Vertreter der Arbeiter ohne weiteres ab und machten dagegen folgende Vorschläge: Der Stundenlohn soll betragen für: Puffer 95 bzw. 88 Pf., Spanner 72 Pf., Zementierern und Flechtler 70 Pf., Einrichter 60 Pf., Pufferträger 70 Pf., Hilfsarbeiter, die Beton bereiten und tragen 53 Pf., für die übrigen Hilfsarbeiter 50 Pf. — Seitens der Unternehmer wurde hierauf der Vermittlungsvorschlag gemacht, einen Vertrag auf zwei Jahre abzuschließen und die Hälfte der geforderten Lohnverhöhung im ersten, die andere Hälfte im zweiten Jahre eintreten zu lassen. Die Streikleitung erklärte hierauf, sie könne von ihren Vorschlägen nichts ablassen, die Unternehmer blieben dann auf ihrem ersten Angebot bestehen. — Die Streikleitung übernahm es, den Vermittlungsvorschlag der Unternehmer der Versammlung zu unterbreiten, ihre eigenen Vorschläge jedoch zur Annahme zu empfehlen, auch an der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden soll festgehalten werden. Wenn die Unternehmer diese Vorschläge nicht annehmen und infolge dessen die Arbeitsniederlegung auf der ganzen Linie erfolgt, dann werden die ursprünglichen Forderungen der Arbeiter das Ziel des Kampfes sein. — Der Redner erkannte mit großer Befriedigung an, daß die Solidarität der übrigen Bauarbeiter, besonders der Maurer und der Stukkateure den Lohnkampf wesentlich gefördert habe.

Nach längerer Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Vorschlägen, welche die Streikleitung den Unternehmern machte, ein-

verstanden. Dazu ist noch zu bemerken, daß die auf Grund dieser Vorschläge zu zahlenden Löhne sofort in Kraft treten, während vom 1. April nächsten Jahres an die ursprünglich geforderten Löhne Geltung erhalten. Die Streikleitung ist ermächtigt, auf dieser Grundlage einen Vertrag mit dem Betonverein abzuschließen.

Ueber die Lohnbewegung der Röhrer wurde in der am Montagvormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden berichtet, daß die Situation im allgemeinen unversändert ist. Der Streik währt jetzt in der zweiten Woche. Im Laufe des Streiks sind 40 Arbeiter zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten, so daß zusammen mit denen, die schon vordem bei den Firmen arbeiteten, die bereitwillig haben, 125—130 Röhrer zu den neuen Bedingungen arbeiten. 14 Unternehmer haben sich vereinigt, um den Forderungen der Arbeiter mit allen Mitteln entgegenzutreten. Eine gewisse Abmilderung ist infolge eingetreten, als verschiedene Bauunternehmer sich direkt an die Streikleitung wandten und um Zulassung von Arbeitskräften ersuchten, weil sie die Röhrearbeiten infolge des Streiks unter Aufschaltung der Röhredensfabrikanten fertig stellen lassen wollten. Die Streikleitung vermittelte an solche Unternehmer nur in dem Falle Arbeitskräfte, daß der Unternehmer nachweist, daß das Rohmaterial nicht von bestreiten Röhredensfabrikanten bezogen wird. — Im Kampfe gegen die Streikenden greifen die Röhredensfabrikanten zu den eigentümlichsten Mitteln. So hat ihre Vereinigung an die Berliner Gewerkschaftskommission ein Schreiben gerichtet, worin die Kommission ersucht wird, den streikenden Röhren keine Unterstützung zu gewähren, da der Streik nur aus Uebermut geführt werde und die Röhrer bei den bisherigen Lohnsätzen 60—60 Mark verdienen. An anderer Stelle haben die Unternehmer sogar behauptet, die Röhrer verdienen bis 90 Mark in der Woche. — Da die Röhrer nicht der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, so hat dieselbe das Schreiben dem zuständigen Gewerkschaftsamt überwiehen, und von dieser Seite werden die Unternehmer aufgefordert werden, den von ihnen angebotenen Nachweis zu führen, daß die angegebenen hohen Löhne verdient wurden. Die Streikenden bezeichnen diese Behauptungen der Unternehmer als schamlose Unwahrheiten, was schon daraus hervorgeht, daß ja die Streikenden einen Stundenlohn von 85 Pf., also wöchentlich (bei achtschändiger Arbeitszeit) 40,80 Mark fordern. Gerade gegen diese Forderung sträuben sich die Unternehmer mit der größten Hartnäckigkeit. Wenn der Affordordienst so hoch wäre, wie die Unternehmer behaupten, dann könnten sie doch ohne weiteres den geforderten Stundenlohn bewilligen und würden sich dabei besser stellen wie vordem. — Die Situation des Streiks wurde als durchaus günstig bezeichnet. Von den Streikenden ist auch nicht einer abtrünnig geworden, und die wenigen Streikbrecher, welche die Unternehmer gefunden haben, können der Bewegung nicht schaden. Die Versammelten trennten sich in der Zuversicht, daß festes Zusammenhalten ihnen in kurzer Zeit den Sieg bringen müsse.

Die Firma Juliusberg teilt uns mit, daß sie in Steintin nicht Arbeitswillige gesucht habe, sondern den Mann, der aus Steintin nach hier kam, auf seine Anfrage hin eingestellt hat.

Die Tarifbewegung in der Wäsche-Industrie nimmt einen durchaus günstigen Verlauf. Die Firmen, welche sich zu den Forderungen der Arbeiter nicht geäußert hatten, gehören der Fabrikantenvereinigung nicht an. Nachdem bei diesen Firmen am Sonnabend die Arbeit niedergelegt wurde, wandten sie sich an die Lohnkommission, um Verhandlungen in die Wege zu leiten. Die Verhandlungen, die mit jeder Firma besonders geführt werden, sind gegenwärtig im Gange. Sie lassen mit ziemlicher Sicherheit erwarten, daß eine Einigung zustande kommt und demzufolge am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. Bei den 47 dem Fabrikantenverbände angehörenden Geschäften ist die Arbeit nicht niedergelegt worden, weil sie sich schon am Sonnabend zu Verhandlungen bereit erklärten. Die Verhandlungen mit dem Fabrikantenverbände, die für alle demselben angeschlossenen Geschäfte maßgebend sind, nehmen am Donnerstag ihren Anfang.

Wagung, Steindrucker! Am Dienstag, den 10. Oktober treten sämtliche Steindrucker der Firma A. S. a. (a) (Schägenstraße) in den Ausstand. Es ist jede Streikarbeit zurückzuweisen und von solchen unterzöglich der Verwaltung Mitteilung zu machen.

Die Verwaltung der Filiale I.

### Deutsches Reich.

Die Buchbinder Königsbergs sind in den Streik getreten. Es konnte keine Einigung erzielt werden, da die Arbeitgeber keine annehmbaren Zugeständnisse machten, obwohl ihnen die Geschäfte schon entgegengelassen waren. Diese hatten bekanntlich recht bestehende Forderungen aufgestellt. Die Arbeitgeber boten ihnen aber viel weniger und stellten an die Gehältern das Ansuchen, auf fünf Jahre einen Vertrag zu schließen und falls dieser nicht gekündigt werden sollte, sollte er auf weitere fünf Jahre Geltung haben. Darauf gingen die Gehältern selbstverständlich nicht ein, wohl aber legten sie von ihren Forderungen einiges herab, doch an der Schließung des Vertrages auf zwei Jahre hielten sie fest. Doch davon wollten die Arbeitgeber nichts wissen, worauf die Gehältern am Sonnabend beschloßen, überall da, wo die Forderungen nicht bewilligt sind, am Montag in den Streik zu treten. Einige Geschäfte haben bewilligt.

Die in den Ausstand getretenen Leipziger Posamentiere können mit dem bisherigen Stande des Streiks zufrieden sein. Die Arbeit drängt und bis jetzt hat sich nur ein Arbeitswilliger gefunden. Geldmittel sind genügend vorhanden. Die Streikenden sind entschlossen, mit Entschiedenheit bei ihren Forderungen zu beharren, denn vom Ausgange des Streiks in Leipzig, wo der Verband selbständiger Posamentiere Deutschlands seinen Sitz hat, hängt das Schicksal der Lohnbewegungen ab, die gegenwärtig an vielen anderen Orten Deutschlands im Gange sind.

Lohnbewegung in Hamburg. Die Räucherer von Hamburg-Altona haben den Prinzipalen einen Lohn- und Arbeitstarif eingereicht, der einen Minimallohn von 28 M. pro Woche, die Regelung der bisher ziemlich unbegrenzten Arbeitszeit und Nebenforderungen verlangt. Die Arbeitgeber haben noch nicht geantwortet.

### Ausland.

Die Ausperrung im Baugewerbe Amsterdam hat dazu geführt, daß die tatsächlichen Differenzen in der niederländischen Arbeiterbewegung wieder einmal äußerst scharf hervortreten. Der Amsterdamer Vorstandsband, der die auf Seite der Sozialdemokratie stehenden Organisationen umfaßt, hat es abgelehnt, die Ausgesperrten zu unterstützen, weil er der Taktik, die von den Streikenden und Ausgesperrten befolgt wurde, mißbilligt. Auch von „Het Volk“ wird diese als anarcho-syndikalistisch bezeichnete Taktik der am Kampf beteiligten Organisationen mißbilligt, doch meint unser Bruderorgan, daß, besonders mit Rücksicht auf das brutale Vorgehen der Unternehmer, die ihre Arbeiter wie ein Stück Ware untereinander ausleihen und sie so zu zwingen suchen, auf den Streikschlägen zu arbeiten, allgemeine Unterstützung durch die Arbeiterschaft notwendig sei. Die Ausperrung ist bekanntlich dadurch entstanden, daß zunächst die „Feier“, die mit dem Einrammen von Pfählen an den Baugrundstücken beschäftigten Arbeiter verlangten, daß in einer Kolonne, an einer Rammmaschine sechs statt fünf Mann tätig sein sollten, und als das abgelehnt wurde, die Arbeit niederlegten. — Es besaßen außerdem auch in dieser Berufsgruppe Differenzen über Arbeitszeit und Lohn; das letzte Angebot der Arbeitgeber ist im wesentlichen: Neunstündige Arbeitszeit im Sommer, neunstündige im Winterhalbjahr, 30 Cent Stundenlohn für die Vorarbeiter und 25 für die Arbeiter; die Streikenden fordern im Sommerhalbjahr die neunstündige, im Winterhalbjahr die achtsündige Arbeitszeit, 40 und 35 Cent Lohn. — Dort wo die Feier streikten und Streikbrecher die Pfähle einrammten, legten die Maurer und die Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder. Die Unternehmer aber entschieden in ihrer Organisation durch Los, wer von ihnen Arbeiter nach den vom Streik betroffenen Bauplätzen schicken sollte. Weigerten sich die Arbeiter, sich in dieser Weise als Streikbrecher verhalten zu lassen, so wurden sie gemahregelt. Versuche, den Kampf durch Verhandlungen zu beenden, haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt.



Neuerdings verlangten die Arbeitgeber, daß das Verhandlungskomitee statt aus 10 aus nicht weniger als 40 Vertretern, 10 von jeder Partei, zusammengesetzt werde, was die Streikenden ablehnten. Auf ein Angebot der Arbeitskammer, einen unabhängigen Vorsitzenden zur Leitung der Verhandlungen zu befragen, haben die Unternehmer erwidert, daß es unmöglich sei, einen unparteiischen Vorsitzenden zu finden. Offenbar befrachten sie, und wohl mit Recht, daß jeder ehrlich denkende Mann ihre Aussprachspraktiken verurteilen wird.

#### Amerikanische Gewerkschaftskämpfe.

„Laffans Bureau“ meldet aus Chicago: Der Nationalverband der Angestellten amerikanischer Straßenbahnen bewilligte 20 000 Dollars für den Ankauf von Automobilen, um damit die Ausfahrten Fahrgäste zu befördern. Der Ueberseh aus dem Betriebe soll dem Streikfonds zuzuführen. Der Verband hat bereits bei verschiedenen Ausständen einen Automobildienst mit gemieteten Wagen eingerichtet und damit sehr gute Erfolge erzielt.

Für unsere Verhältnisse sind natürlich solche Mittel nicht anwendbar, da es zur Personenbeförderung einer behördlichen Konzeption bedarf und die erste polizeiliche Handlung bei Transportarbeiterstreiks die Entziehung der Fahrkarte zu sein pflegt.

Ein Hafnarbeiterstreik ist in Buenos Aires angedroht. Infolgedessen wurde für neunzig Tage der Belagerungszustand erklärt.

## Soziales.

### Raufmannsgericht.

Sitzung vom 9. Oktober.

Der Herr „Registrator“, hinter diesem Titel vermutet mancher Arbeiter vielleicht ganz etwas Besonderes. Wenn es sich aber um einen Registrator bei der bekannten Versicherungsgesellschaft „Victoria“ handelt, dann kann man wirklich getrost sagen: Ein Titel und nichts dahinter. Ein solcher Registrator klagte gegen die genannte Gesellschaft auf Zahlung einer Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Das Gehalt des jungen Mannes betrug 60 Mark pro Monat nebst einem geringen Wohnungszuschuß, sowie ein Wohnungslokal zu ordnen und in Alstendekel eingebauten hatte. Von dem Vertreter der Firma wurde behauptet, die Entlassung sei wegen Trägheit des Klägers erfolgt. Dabei kam auch zur Sprache, daß es bei der „Victoria“ Mißbrauch ist, die Anstellungsbedingungen von den Leuten zwar gleich unterschreiben zu lassen, sie ihnen jedoch nicht auszubändigen. So ist in den Bedingungen nämlich ein Passus enthalten, wonach die Angestellten verpflichtet sind, nach Bedarf Ueberstunden zu machen. Ist nun der Abteilungsleiter der Meinung, der Angestellte habe nicht fleißig genug gearbeitet, so „ordnet“ er für diesen die unentgeltliche Abarbeitung von Ueberstunden an. Nur bei anerkannt fleißiger Tätigkeit werden die Ueberstunden bezahlt. Der Kläger hatte sich nun, da er bei der schleimigen Unterzeichnung der Anstellungsbedingungen den Ueberstundenpassus übersehen hatte, geweigert, die von ihm verlangten Ueberstunden unentgeltlich zu machen. Zum Beweise für die Trägheit und Nachlässigkeit des Klägers hatte die Gesellschaft eine Anzahl noch bei ihr beschäftigter Zeugen beigebracht, und diese sagten auch alle aus, daß der Kläger bei Fleiß und gutem Willen mit dem ihm übertragenen Arbeitspensum hätte fertig werden können, während der Kläger das Gegenteil behauptete. Ein Zeuge, der den „Registrator“ gegenüber eine Art Vorgesetztenstellung einnimmt, wußte zu behaupten, daß diese Herren sehr häufig Ueberstunden machen müßten und sie das auch alle bis auf den Kläger sehr gern getan hätten! Da die Rechtslage des Prozesses auf Grund der Zeugenansagen zweifelhaft war, so nahm der Kläger auf Anraten des Vorsitzenden die Klage zurück.

Große Verträge gegen Anstand und gute Sitte berechtigen den Chef zur sofortigen Entlassung. Dahn wurde auch ein Kommissar eines Warenhauses befehligt, der wegen angeblich unberechtigter Entlassung auf Entschädigung klagte. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Kläger in bezug auf eine der weiblichen Angestellten Unflätigkeiten an die Wände des Klosterraumes geschmiert hatte, wodurch sich auch das übrige weibliche Personal geniert fühlte. Er war deshalb sofort entlassen worden. Die Entlassung wurde als vollkommen berechtigt anerkannt und der Kläger mit seiner Klage abgewiesen.

Um 39 Mark. Eine 16-jährige Verkäuferin, die von einem Funktionär des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen vertreten wurde, klagte gegen den Röhrenhändler Unglaube, Brunnenstraße 90, auf Zahlung von 39 Mark. Sie ist aus der Stellung gegangen, weil sie angeblich wiederholt unflätlichen Äußerungen und handgreiflichen Zudringlichkeiten ihres Chefs sowie seiner Fremde ausgelegt gewesen sein will. Es fand eine sehr umfassende und gründliche Beweisaufnahme statt, bei der die Öffentlichkeit unter Vertretung der Anwesenheit der Preisversteigerer ausgeschlossen wurde. Vier Zeugen wurden vereidigt, darunter zwei Fremde des Chefs, und dessen früherer Handdiener. Der Beklagte sowohl wie auch dessen Freunde bestritten unter ihrem Eide auf das Entschuldigende, dem Zeugen niemals unflätige Äußerungen gestellt oder dazwischen je mit unerlaubten Zudringlichkeiten belästigt zu haben. Die Aussagen des Handdieners, der einen speziellen Vorfall gesehen haben sollte, waren dagegen höchst unvoretheilhaft. Sämtliche Zeugen wurden vom Vorsitzenden Assessor Lieberich wiederholt sehr ernst auf die etwaigen Folgen ihrer Aussagen aufmerksam gemacht. Dennoch erbot sich auch der Beklagte, den ihm von der Klägerin zugeschobenen Eid zu leisten. Ebenso fest erklärte sich die Klägerin zur eidlichen Erhärtung ihrer Behauptungen bereit. Das Gericht beschloß noch weitere Zeugen über die Sache zu vernehmen und einen neuen Termin anzuberaumen.

### Ein Mangel des Invalidenbegriffes.

Eine Petition des Deutschen Brenneisenbundes an den Reichstag will die Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers, der durch veräußertes Marktleben einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer um die ihm zustehende Invalidenrente bringt, gesetzlich außer Zweifel stellen. Sie lautet:

„Der hohe Reichstag wolle in das Invalidenversicherungs-Gesetz einen Paragraphen einfügen, wonach jene Arbeitgeber, welche vorläufig oder schließlich es unterlassen haben, für ihre Arbeitnehmer Marken beizubringen, auf zivilrechtlichem Wege zur Zahlung der Rente, deren Gewährung durch ihre Schuld unterbleibt, herangezogen werden können.“

In der Begründung wird auf die durch neuerliche Reichsgerichtsentscheidungen geschaffene unheilbare Rechtslage hingewiesen, wodurch der Zweck der Invalidenversicherung, dem Arbeiter in seiner Notlage eine gesetzliche Rente zu verschaffen, geradezu vereitelt wird. Das Reichsgericht hat bekanntlich die Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers verneint und die Veräußerung des Marktlebens als eine Verschuldung des Versicherenden dargestellt, welcher verpflichtet sei, sich um das rechtzeitige Leben der Marken zu kümmern und den aus der Unterlassung des letzteren möglicherweise entstehenden Schaden abzumenden. Als besonders bemerkenswert wird ein Fall bezeichnet, wonach der preussische Fiskus, vertreten durch ein königliches Polizeipräsidium, verklagt war, weil es pflichtwidrig unterlassen hatte, für einen seiner Angestellten Marken zu verwenden. Der Schaden war also durch eine Behörde verursacht, welche selbst bei der Durchführung des Invalidenversicherungs-Gesetzes mitzuwirken hat, insbesondere durch Ausstellung der Leistungsarten. Wenn eine solche Unterlassung schon bei einer großstädtischen Behörde vorkommen kann, um wieviel mehr kann sich diese Geschehnisse bei einem privaten Arbeitgeber ereignen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß mancher Arbeiter schon aus Mangel an Geld, seine Stelle zu verlieren, nicht mag, seinen Arbeitgeber zur Verbringung der Marken anzuhalten, oder erst verspätet erfährt, daß Marken für ihn nicht gestellt sind. So kann er die

Verantwortung auf eine ihm zustehende Rente verlieren, ohne daß ihm nach der Entscheidung des höchsten Gerichts das Recht zusteht, seinen Arbeitgeber für den ihm zugefügten Schaden ersatzpflichtig zu machen. Ein solcher Zustand sei unvertretbar mit dem Prinzip der Zwangsversicherung und stehe nicht im Einklang mit den Bestimmungen der deutschen Arbeiterversicherungs-Gesetze. Bei der Unfallversicherung sei die Rente völlig unabhängig von der Beitragspflicht und bei der Krankenversicherung hänge die Krankentafel auch bei unterlassener Meldung die statutenmäßigen Unterhaltungen zu leisten und sei berechtigt, den Arbeitgeber ersatzpflichtig zu machen. Nur bei der Invalidenversicherung hänge die Rentenzahlung von dem Nachweis der Marktenwendung ab.

Die Petition des Deutschen Brenneisenbundes ist sicherlich von anerkanntem Wert. Trotzdem können wir der von ihr angelegten Form der Gesetzesänderung nicht zustimmen. So zureichend die Kritik des unheilbaren, durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts zum schrecklichen Unrecht verschärften Zustandes ist, so wenig darf man den invaliden Arbeiter von neuem auf den zweifelhaften Weg des Zivilprozesses vertreiben. Günstigstenfalls erreicht er damit nach langwierigem Streit, daß der Arbeitgeber zur Zahlung einer Rente verurteilt wird; ob er sie erhält, hängt von Zahlungsbereitschaft des Arbeitgebers ab. Angesichts der Tatsache, daß besonders häufig Kleinrentenbetreibende das Marktleben für ihre Arbeiter unterlassen, ist dem geschädigten invaliden Arbeiter damit sehr wenig geholfen. Notwendig ist es dagegen, dem Versicherten die Rente unter allen Umständen zu sichern, sobald der Nachweis einer gewissen Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung erbracht ist. Das ist auch die Konsequenz des gesetzlichen Versicherungsvertrages und entspricht dem Verfahren bei den übrigen Arbeiterversicherungen. Es kann dann nur noch die Aufgabe der Versicherungsanstalt sein, den jähmigen Arbeitgeber regerechnlich zu machen. Eine Lösung dieser Rechtsfrage im Sinne der Petition des Brenneisenbundes würde die Versicherten dauernd auf den bürgerlichen Rechtsweg verweisen, während der Zweck der Arbeiterversicherungs-Gesetze den Arbeitnehmern für alle Fälle eine sachgemäße wie vertrauenswürdige Sonderrechtssprechung sichern will.

Die Petition des Deutschen Brenneisenbundes hat bereits in Arbeiterkreisen Eingang und Unterstützung gefunden. Wir fühlen uns verpflichtet, auf deren Ungültigkeit hinzuweisen und die Lösung zu geben, die dem Interesse der Versicherten besser dient: Mit Halbheiten wird in diesem Falle nichts erreicht. Versicherungszwang erfordert die volle Sicherung der Rente!

### Arbeitslohn und Unternehmergewinn.

In der „Keramischen Rundschau“, einem Unternehmerfachblatt, finden wir eine interessante Aufstellung über die Rentabilität einer gut eingerichteten keramischen Fabrik. Die Aufstellung ist zwar schematisch und stellt kein wirkliches Beispiel dar, ist aber doch aus der Erfahrung abgeleitet und, als Meinungsäußerung aus Unternehmerkreisen, durch ihre Voraussetzungen interessant. Sie setzt eine Bauanlage von rund 500 000 M., einschließlich der gesamten Ausstattung, Maschinen etc. und ein Betriebskapital von 250 000 M., insgesamt also 750 000 M. Kapital fest. Bei etwa 280 Arbeitern wird eine Jahresproduktion im Werte von 580 000 M. angenommen. Sämtliche Kosten einschließlich Löhnen, Gehältern und Abschreibungen werden auf 430 000 M. veranschlagt, so daß ein Reinertrag von 150 000 M. (bei 500 000 M. Wert der Anlage) verbleibt. Dem werden 25 000 M. für besondere Zwecke zurückgestellt, so daß noch immer 125 000 M. als zehnjährige Dividende auf 750 000 Gesamtkapital verbleiben. Der wahre Gewinn des Unternehmers ist also erheblich höher als 10 Proz.; er beträgt 18 1/2 Proz. des Gesamtkapitals, 20 Proz. des Wertes der Anlage.

Die Lohnsumme ist auf 184 000 M. berechnet bei etwa 280 Arbeitern und 48 Arbeitswochen, so daß im Durchschnitt auf den einzelnen Arbeiter ganze 657 M. kommen, wöchentlich zwischen 14 und 15 M. In einzelnen sind die Löhne so kalkuliert, daß für Dreher 20 bis 25 M., für Schlämmer 10 M., für Maler (Männer und Mädchen im Durchschnitt) 17,50 M., für Arbeitsburden und Mädchen 9 bis 10 M. Wochenlohn angenommen sind. Die Arbeit der Brenner ist im Afford gedacht.

Die Löhne sind jämmerlich, sie sind aber anscheinend auf Grund der in der keramischen Industrie üblichen Löhne kalkuliert, dagegen ist der Profit selbst unter der Voraussetzung, daß das Betriebskapital nicht zu hoch angelegt ist, so hoch, daß er eine sehr erhebliche Kürzung vertragen könnte und doch immer noch hoch genug wäre. Denkt man sich aber den Privatunternehmer aus dem Betriebe weg, den arbeitslosen Gewinn, und rechnet dabei von den 100 000 M. etliche Tausend ab zum Zwecke der Erweiterung der Produktion, so könnten die Löhne im Durchschnitt immer noch um zirka 50 Proz. erhöht werden, denn alle technische, kaufmännische und sonstige geistige Arbeit, die in dem Betriebe nötig ist, ist schon in Form von Gehältern bezahlt. Und das in einem verhältnismäßig kleinen Betriebe, der noch keine ganze Million Mark Kapital repräsentiert, der nicht viel mehr als ein Viertelstündiger Arbeiter beschäftigt. Größere Betriebe arbeiten noch viel vortheilhafter. Während es die Rechnung auf Saisonarbeit gemacht, da nur 48 Arbeitswochen angelegt sind, also bereits einige Wochen Ferien eingerechnet.

## Aus der Frauenbewegung.

Tegele-Vorsitzende. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält seine regelmäßige Mitgliederversammlung am 11. Oktober, abends 8 Uhr, in Tegele im Lokale von Schmidt, Schleierstr. 64, ab. Vortrag des Herrn Dr. Busch über „Krebsleben“. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Recht zahlreicher Besuch, besonders der Tegeleer Mitglieder, wird erwartet. Der Vorstand.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr beginnt der Auszug in der 1. Abteilung Dresdenstr. 45. Vortrag über Anatomie, Eingeweide 25 M. Monatsbeitrag 25 M. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Den Anzustellern steht die Bibliothek zur Verfügung.

## Vermischtes.

Professor Behring's Heilmittel. Aus Paris wird vom 7. Oktober berichtet:

In der heute nachmittag abgehaltenen Schlußsitzung des Tuberkulosekongresses gab Professor v. Behring eine Erklärung ab, in der er sagte, er sei im Laufe der letzten zwei Jahre dahin gekommen, mit Sicherheit die Existenz eines Heilprinzips zu erkennen, das vollständig verschieden sei von dem vor 15 Jahren von ihm beschriebenen antitoxischen Prinzip. Dieses neue Heilprinzip spiele eine wesentliche Rolle in der immunisatorischen Tätigkeit des Vaccines Behring, das seit vier Jahren sich bei der Bekämpfung der Kinder-Tuberkulose erprobt habe. Das Prinzip beruhe auf der Durchdringung der lebenden Zellen des Organismus mit einer Substanz, die aus dem Virus der Tuberkulose herkomme und die von ihm TC genannt werde. Wenn das TC integrierender Bestandteil der Zellen des Organismus der damit behandelten Tiere geworden sei und durch diese Zellen eine Metamorphose erfahren habe, dann bezeichne er es mit der Formel TX. Im Tuberkulosebazillus bestehe das TC vorher als mit zahlreichen außerordentlichen Eigenschaften ausgestattetes Agens. Im Tuberkulosebazillus verleihe dieses Agens die Funktion der lebenden Substanz und es könne andere Substanzen fixieren. Ferner besitze dieses Agens unter gewissen Bedingungen assimilatorische Eigenschaften, kurz es stelle quasi das Lebensprinzip der Bazillen dar. Das TC übe im Innern der organischen Zellen eine symbiotische Aktion aus und sei die Ursache der gegen die Tuberkulose schützenden Reaktion. Professor Behring legte dann dar, wie viele Schwierigkeiten er habe überwinden müssen, ehe er zu dieser Auffassung der zellulären Immunität gelangt sei, und fuhr fort, er glaube, daß die neue Methode beruhen sei, die von der Schwindsucht bedrohten Menschen gegen die schädlichen Folgen der Tuberkulose-Injektion zu schützen. Seine Erfahrung habe ihm

bestimmt, definitiv darauf zu verzichten, zu einem therapeutischen Zwecke Tuberkulosebazillen in den menschlichen Körper einzuführen. Professor v. Behring führte dann weiter aus: Es sei ihm durch Versuche in vitro gelungen, dem Organismus die immer lange und gefährliche Arbeit der Erzeugung des TC zu ersparen. Er habe die aktive Immunisierung in passiver Immunisierung umgewandelt. Medner schilderte die große Freude, die er empfand, als der lausliche Zusammenhang zwischen Impfung und Immunität ihm dank unzähliger Versuche an Tieren immer klarer wurde. Er zeigte dann an demselben, wie er das TC von den Substanzen befreit habe, die seine therapeutische Wirkung verhindern. Die TC-Substanz, obwohl nicht vermehrungsfähig, besitze indessen die Fähigkeit, einen Tuberkel hervorzubringen, der nicht verläßt und niemals weich wird, sie entspreche genau der tuberkulösen Granulation Laennec's. Er, Behring, habe sich durch Versuche an verschiedenen Säugtieren überzeugen können, daß TC ein Heilmittel bilden könne, das ohne Gefahr auch in der menschlichen Therapie angewendet werden könnte. Er werde den therapeutischen Teil seines Buches, der im nächsten Jahr erscheinen sollte, erst veröffentlichen, wenn die therapeutische Wirkung und Unschädlichkeit seines neuen Heilmittels durch erprobte Kliniker erwiesen sei.

Professor v. Behring schloß seine Darlegungen, indem er an die Gelehrten appellierte, die therapeutische Wirkung seines Heilmittels an Tieren auszuprobieren. Er erinnerte daran, daß er schon im Jahre 1890 von seinem neuen Heilmittel gegen die Diphtheritis Mitteilung gemacht habe, daß es aber trotz der Mitarbeit Dr. Roux vier Jahre gedauert habe, bis die Wirkungskraft dieses Heilmittels erkannt wurde. Er wisse nicht, wieviel Zeit nötig sein werde, bis der praktische Wert seines Tuberkuloseheilmittels festgestellt sei, aber er hoffe, daß der nächste Tuberkulosekongress beträchtliche Fortschritte in dem Kampfe gegen die Schwindsucht verzeichnen werde.

Drei Schifferlinder ertrinken. Beim Ausbohren von Steinen schlug, wie die „Stettiner Abendpost“ meldet, der mit Segeln versehene Kahn des Schiffers Karl Holz in Paalsdorf bei Wolin um. Der Schiffer und seine drei Kinder fielen ins Wasser. Während der Schiffer mit vieler Mühe gerettet werden konnte, ertranken die drei Kinder.

Ein Lehrer, der Kinder auf die Anklagebank bringt. Arge Zwistigkeiten bestehen zurzeit in dem Dorfe Nieplow bei Storkow (Mark) zwischen dem größten Teile der Einwohner und dem Lehrer Scholz. Es haben dieserhalb schon mehrere Prozesse stattgefunden und jetzt standen wiederum neun Einwohner vor dem Storkower Schöffengericht, weil sie hinter dem Lehrer das Lied: „Geben Sie nicht den kleinen Cohn gesch'n“ gesungen und ihn dadurch beleidigt haben sollen. Außerdem führte er sich durch die Anse dreier Schulfrauen, Lehrer pomphöser“ und „Kister pomphöser“ beleidigt. Alle Angeklagten bestritten die Thaten, so daß die Termine vertagt werden mußten.

Die Voruntersuchung wegen des Spremberger Eisenbahnunglücks, das dem Stationsassistenten Stalligs von dort zur Last gelegt wird, wird schon in nächster Zeit zum Abschluß gelangen. Seit der Verhaftung des mutmaßlichen Urhebers der Katastrophe haben zahlreiche Berechnungen von Zeugen und Sachverständigen durch den Untersuchungsrichter in Spremberg und Notarius stattgefunden. Die kürzliche Meldung über eine angebliche Ausdehnung der Voruntersuchung auf einige andere Eisenbahnbeamte scheint sich jedoch nicht zu bestätigen; es sollen zwar dienstliche Verfehlungen seitens mehrerer auf der Strecke Spremberg-Schleife und auf der Station beschäftigten Eisenbahnangestellten vorliegen, doch ist gegen keinen von ihnen bis jetzt ein ordentliches Gerichtsverfahren eingeleitet worden. Die Hauptverhandlung gegen Stalligs wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Als Verteidiger wird dem Angeklagten der Rechtsanwalt Neufcher-Kottbus zur Seite stehen. Stalligs selbst soll unter der Last der schweren Schuld körperlich und geistig stark deprimiert sein.

Ein gesunkenes Schiff. Der vorgestern vormittag in Hamburg eingetroffene englische Dampfer „Cito“ hat, wie von dort gemeldet wird, am Sonnabendmittag in der Nordsee auf den Höhen von Rostum ein entmagnetes, sinkendes Boot mit Notsignalen gesichtet; es war die norwegische Bark „Candow“ aus Krageros. Ein von dem Dampfer entwandenes Boot fand nur noch einen Mann an Bord des Boats, der nebst einer Kanne von dem Boot geborgen wurde. Die Kanne sprang aber von dem Boote auf das Boot zurück, der gerettete Mann sprang ihr nach, worauf das Boot mit dem darauf befindlichen Mann alsbald unterging.

Zu dem Grubenbrand in der Seche „Vorussia“ wird gemeldet: Die Verwaltung der Seche „Vorussia“ teilt mit, daß auf Anordnung der Bergbehörde die Grube geschlossen worden ist. Bei der kürzlich vorgenommenen Untersuchung stellte sich heraus, daß die Grubenwasser den Brand noch nicht gelöscht hätten, und deshalb die Bergung der 33 Leichen nicht möglich ist.

Grubenunglück. Bochum, 9. Oktober. Auf dem Schacht „Dannenbaum II“ der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft wurden heute mittag zurzeit des Schichtwechsels 5 Bergleute, die entgegen der Vorschrift auf dem Korbe in den Bremschacht fuhren, getötet.

Die Internationale Tuberkulose-Konferenz hat in ihrer Schlußsitzung die neugegründete Tuberkulose-Medaille den Professoren Robert Koch und Paul Brauer in Gold, sowie Bang-Sørensen, Biggs, New York, Broadbent-London und v. Schroetter-Wien in Silber zuerkannt.

Szenen bei einer Primärwahl in New York. Am Dienstag, den 7. November, findet die große Stadtwahl in New York statt. Dieser Hauptwahl ging die Primärwahl voraus, die am 10. September stattfand. Durch die Primärwahlen werden die Delegaten für die Konventionen der Parteien gewählt, wo die Kandidaten für die Hauptwahl aufgestellt werden. Da gilt es für die verschiedenen Cliquen, die Führerschaft in der Partei zu erringen. Wie während und Blutig in einer Primärwahl gekämpft wird, zeigen folgende kleine Streiflichter aus der „New Yorker Volkszeitung“ vom 20. September: ... Es ging heiß her im 15. Assembly District, eine Prügelei folgte der anderen. Die Polizisten schlugen mit ihren Knütteln unbarbarisch jeden nieder, der ihnen entgegenkam, und ihre Wagen, beladen mit Gefangenen, rasteten durch die Straßen. ... Der Whisky floß in Strömen. ... An der 45. Straße ging es um 3 Uhr los. Mit Stöcken, Revolvern, Steinen und Knütteln fielen die Demokraten über einander her; keiner gab Parolen, bis die Polizei mit zwei Wagen angefaßt kam. Mehrere Schüsse fielen und die Kämpfer stoben nach allen Richtungen auseinander. ... Im Polizeiquartier hatte sich die Aufregung kaum gelegt, als ein Aufruhr-Signal von der 40. Straße eintraf. Die Reservisten wurden nach dem Kampfplatz geschickt; dort hielten über hundert Männer mit Knütteln auf einander ein, als die Polizisten von den Wagen sprangen. „Big Stick“, ein gigantischer Dursche, führte eine Schar an und schlug so wild um sich, daß sechs Polizisten ihn nicht zu Fall bringen konnten; es gelang ihm zu entfliehen. ... An der Wasserfront tobte auch ein Kampf.“ Mit ähnlichen Szenen geht es weiter. Ueberall gab es Schwerverwundete, wie bei einer Schlacht.

### Witterungsüberblick vom 9. Oktober 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	9. Okt.			10. Okt.			Temp. u. C.
	Baromet.	Wind.	Wolke.	Baromet.	Wind.	Wolke.	
Stettin	762	SW	3 bedekt	7	N	2 wollig	-2
Danzig	763	SW	6 Regen	7	N	1 bedekt	0
Berlin	765	SW	2 wollig	7	SW	1 wollig	12
Königsberg	770	S	1 bedekt	4	N	4 wollig	12
München	772	SW	4 bedekt	3	N	1 wollig	4
Wien	770	SW	4 Regen	6	N		

Wetter-Prognose für Dienstag, den 10. Oktober 1905. Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei kalten westlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur. Berliner Wetterbureau.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 10. Oktober.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyberhaus.** Die Kalküre. Anfang 7 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Der Schwur der Treue.  
**Neues.** Ein Sommernachtstraum. Westen. Die Regimentstochter. Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Der Traum ein Leben.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Flachsmann als Erzieher.  
**Zentral.** Zur indischen Witwe. Lessing. Benignus Erlebnis. — Ganneles Himmelfahrt.  
**Reißens.** Die Höhle des Löwen. Walhalla. Eine tolle Nacht. Kletten. Sibilla.  
**Trianon.** Madame Torera. Lustspielhaus. Der Familientag. Thalia. Bis früh um fünf! Carl Weiß. Der Weltumsegler wider Willen.  
**Luisen.** Wilhelm Tell.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Über, Herr Herzog!  
**Kajino.** Der Adelsnarr.  
**Apollo.** Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. — Am Hochzeitabend. — Spezialitäten.  
**Metropol.** Auf — ins Metropol! Herrnsfeld. Die Reperhains.  
**Wintergarten.** Rosario Guerrero. Spezialitäten.  
**Belle-Alliance.** Spezialitäten.  
**Folies Caprices.** Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben. — Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Passage.** Robert Koppel. Marshall.  
**Metropol-Theater.** Präzise 8 Uhr  
zum 22. Male:  
**!Auf — in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

**Berliner Theater.**  
Donnerstag, den 12. Oktober:  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
**Andalosa.**  
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Gubli.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Freitag u. folgende Tage: Andalosa. Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Andalosa.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ein Sommernachtstraum.**  
Morgen u. folgende Tage:  
**Ein Sommernachtstraum.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Hidalla.**  
Mittwoch, Donnerstag, Freitag:  
**Hidalla.**

**Theater des Westens.**  
Station Zoolog Garten. Kantstr. 12.  
Dienstag: 4. Vorstellung im Dienstags-Abonnement: Die Regimentstochter.  
Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor.  
Donnerstag: Der Zigeunerbaron.  
Freitag: 4. Vorstellung im Freitags-Abonnement: Der Operndoll.  
Sonabend nachm. 8 Uhr, 11 Preise:  
Nathan der Weise.  
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:  
Die Handhüte.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
Mittwoch: Schauspiel Kalkowsky: Sean.  
Donnerstag: Das Erbe.  
Freitag: Sean.  
Sonabend: Der jüngste Leutnant.  
Sonntag nachm.: Wilhelm Tell.  
Montag: Das Erbe.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Madame Torera**  
(Madame L'ordonnance).  
Schwank in 3 Akten v. Jules Chancel. Deutsch von Max Schömann. Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Das Ende der Liebe.

**Fröbels Allerlei-Theater.**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Walden a. D. × MIB Clifford a. D.**  
Bender × Giampietro  
Josephi × Massary × Frid-Frid  
Steldl × Lilly Walter.  
Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage:  
Anfang 8 Uhr:  
**Die Höhle des Löwen.**  
Schwank in 3 Akten v. R. Fennequin und P. Vilhain.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Der Weltumsegler wider Willen.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Sonabend nachm.: Kinder-Vorstellung: Kothkappchen. Abends: Der Widerpenstigen Zähmung.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16.  
**Der Bettelstudent v. Berlin.**  
Vollständ. mit Ges. in 5 Akten v. Kuffe. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Mittwoch: Mutterlegen.  
Donnerstag: Extravergeltung.

**Kasino-Theater**  
Lottisringstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Glänzender Erfolg!**  
**„Der Adelsnarr.“**  
Neu! Rheingold-Trio.  
Missa mit dreifachem Pian. u. c. Sonntag nachmittags 4 Uhr:  
„Ein Sohn des Volkes.“

**Theater Folies Caprice**  
Budapester Posen-Theater  
132 Lindenstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
**Nach dem Zapfenstreich.**  
Militär-Humoreske von Satyr. Vorher:  
**Soll und Haben**  
und der ausgezeichnete  
Spezialitäten teil.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Vorstellung zu halben Preisen.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Urania** Taubenstr. 45/49.  
8 Uhr:  
**Im Lande der Mitternachtssonne.**  
Hörssaal 8 Uhr:  
Dr. v. Unruh: Schwefel, Schwefelsäure und Salpetersäure.

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

**P. GASTAN'S PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Joëls Traum.**  
**!! Pompeji !!**  
Die Ehre des Vaters!  
Restaurant:  
Dresdener Sänger.

**Apollo-Theater.**  
9 1/2 Uhr der Liebling Americas!  
**Daisy Jerome**  
Americas bester weiblicher Komiker!  
10 Uhr:  
**Gebr. Willé**  
Die besten Akrobaten der Welt!  
10 1/2 Uhr: 10 1/2 Uhr:  
**Letzte Woche!**  
Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.  
Nur noch bis 15. Oktober!

**Metropol-Theater**  
Präzise 8 Uhr  
zum 22. Male:  
**!Auf — in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

**Walhalla-Theater**  
Weinbergsweg 19/20.  
Direktion: Richard Schultz.  
Heute und folgende Tage:  
**Eine tolle Nacht.**  
Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Der Weltumsegler wider Willen.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Sonabend nachm.: Kinder-Vorstellung: Kothkappchen. Abends: Der Widerpenstigen Zähmung.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16.  
**Der Bettelstudent v. Berlin.**  
Vollständ. mit Ges. in 5 Akten v. Kuffe. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Mittwoch: Mutterlegen.  
Donnerstag: Extravergeltung.

**Kasino-Theater**  
Lottisringstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Glänzender Erfolg!**  
**„Der Adelsnarr.“**  
Neu! Rheingold-Trio.  
Missa mit dreifachem Pian. u. c. Sonntag nachmittags 4 Uhr:  
„Ein Sohn des Volkes.“

**Theater Folies Caprice**  
Budapester Posen-Theater  
132 Lindenstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
**Nach dem Zapfenstreich.**  
Militär-Humoreske von Satyr. Vorher:  
**Soll und Haben**  
und der ausgezeichnete  
Spezialitäten teil.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Vorstellung zu halben Preisen.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schaubühnenstr. Nr. 148.  
Heute:  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Die Blinde von Paris.**  
Drama in 5 Akten v. J. Ferrissant. Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (Abonnement 40 Pf.).  
In Vorbereitung: Berliner Kinder. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Sonder-Abend.**  
Konzert, Theater u. Spezialitäten. Ehren- und Vorkaufkarten gültig.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Der Traum ein Leben.**  
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Traum ein Leben.**

**Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.)**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Komödie in drei Aufzügen von Otto Ernst.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Augen rechts.**  
Hierauf: Zum Einsiedler.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**

**Zirkus Buseh.**  
XI. Berliner Saison.  
**Zum 20. Male:**  
**Mexiko.**  
Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzlerleben.  
Inszeniert vom Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Faestich. Tänze vom italienischen Hofballettmstr. Ottavi. Musik vom Kapellmstr. Tanbert.  
**Die Helden vom Yalu u. Port Arthur** in ihren milit. Infanterie-Exerzition.  
**Japanische Infanterie.** Ausgewählte Repräsentanten der Armee des Mikado.  
**Vier Securs Athleten.**

**Zirkus Buseh.**  
XI. Berliner Saison.  
**Zum 20. Male:**  
**Mexiko.**  
Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzlerleben.  
Inszeniert vom Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Faestich. Tänze vom italienischen Hofballettmstr. Ottavi. Musik vom Kapellmstr. Tanbert.  
**Die Helden vom Yalu u. Port Arthur** in ihren milit. Infanterie-Exerzition.  
**Japanische Infanterie.** Ausgewählte Repräsentanten der Armee des Mikado.  
**Vier Securs Athleten.**

**Englischen Derby.**  
Das Leben und Treiben nach dem Original auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.  
I. Bild: Im Reinstall des Lord Bentforden. II. Bild: a) Der Favorit. b) Das Rennen. c) Die Bildung des Siegers. III. Bild: Auf dem Heimweg.  
Die phänomenalen  
**John und Louis Keller** mit ihren noch nie gesehenen  
**Vor- und Rückwärts-Saltomortalen** auf dem Jmeirad.  
Die höchst originellen  
**Damen-Luft-Ringkämpfe,**  
12 Amerikanerinnen u. Engländerinnen  
Direktor Alb. Schumanns neueste Konfessionen etc.

**Passage-Theater.**  
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr.  
**Kolossaler Erfolg!**  
**Robert Koppel**  
in seinem neuen Repertoire.  
**Marshall**  
der Mann mit den Hüten.  
**Georg u. Gusti Edler**  
Lyrer.  
14 erstklassige Nummern.

**Deutsch-Amerikan. Theater.**  
Heute Jeden Abend 8 Uhr!  
zum Gastspiel Ad. Philipp  
**39. ABER!**  
Male: Herr Herzog  
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
Halbe Preise!  
„Ueber'n großen Teich.“

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. Hof v. St. B. Hofe.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Das sensationelle Oktoberprogramm**  
**Serra Compagnie**  
Berlins bester Jassions-Akt und elf erstklassige Nummern.  
Dazu: **Ein Kater.**  
Schwank in 1 Akt.  
Familienkarten sind in allen Gardier-, Feiseur- u. Zigarren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.  
Vorverkauf ohne Anschlag bei A. Wertheim und an der Theaterkasse v. 10—2 u. 6 Uhr.  
Sonntags 2 Vorstellungen  
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.  
Jeder Besucher 1 Kind frei.

**Gebrüder Herrnfeld-Theater.**  
Zum 170. Male:  
**Die Meyerhains.**  
Komödie in drei Akten mit den Autoren  
Anton und Donat Herrnfeld  
in den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr. Vorbereit. 11-2 Uhr.  
In Vorbereitung:  
**Der Familientag.**  
Eine Schicksalskomödie von Anton und Donat Herrnfeld.

**Colosseum**  
Theater u. Konzert-Etablissement.  
Dresdenerstr. 97  
an der Prinzenstraße.  
Die sensationellen Attraktionen des Eröffnungs-Programms!  
Im Konzertsaal:  
„Schrammeln“ u. ungar. Kapelle.  
Anfang 8 Uhr.  
Ende des Konzerts 1 Uhr.  
Sonntag 2 Vorstellungen.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntags 9 Uhr.

**Cigarrenhandlungen**  
liefern zu Originalpreisen  
**alle gangbaren Cigaretten**  
(Garbáty, Phänomen, Josetti, Manoli, Bolero, Kapitän etc.)  
46642  
Die seit Jahren hier eingeführte Firma  
**Carl Röcker, Grüner Weg 112.**  
(Fernsprecher: Amt VII, 3861.)  
Spezialität:  
**Dänischer Kapitän-Kautabak,** geschliffen  
**Nordhäuser Kautabak,** stets frisch.  
**Rauch- und Schnupftabake,** billigst.

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin.  
Am 8. Oktober verstarb unser Mitglied  
**August Schwuchow**  
im Alter von 46 Jahren an Herzleiden.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs-Gemeinde, Nieder-Schönhausen, aus statt.  
Um recht rege Beteiligung ersucht  
148/17 Die Verbandsleitung.

**Lustspielhaus.**  
Nachm. 3 Uhr: Das Lumpengesindel.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Sanssouci, Kottbuserstr. 4a  
Dir. W. Reimer.  
Dienstag und Mittwoch:  
Im glänzenden und elektr. beleucht. Stablfestem.  
Gastspiel des  
**Loewe-Ensemble:**  
Dienstag:  
'sLorie oder: Dorf u. Stadt.  
Mittwoch:  
Preziosa.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater  
Frankfurter-Allee 85.  
Der ganze Osten laßt Tränen über  
**Die Berliner Ränge.**  
Hoffe mit Gehang.  
Reu! Der kleine Mann und die große Frau  
sowie 20 Spezialitäten-Nummern.

**Otto Pritzkows**  
Berliner  
**Abnormitäten-Theater**  
Hünstr. 16.  
**Skelett-Mensch**  
der einzig existierende, ohne Kon-turrenz, 22 Jahre alt, 55 Pf. schwer.  
**Mne-Mno-Mni ???**  
Entree 20 Pf.

**ELYSIUM.**  
Kommandantenstr. 3-4.  
Vollständig neu renoviert.  
Auftritt v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.  
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich  
**Gottschalk-Konzert.**  
Regelbahn noch fest.

**Nathan Wand**  
129 Stalitzerstr. 129.  
Die Schönsten 46142  
**Herren-Winter-Paletots**  
in neu sowie spezial  
**Monats-Garderobe**  
von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Rauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu namment-billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Stalitzerstr. 129.  
Nachbahnhofsstrasse 129.  
Bitte auf Nummern zu achten.

**Das älteste**  
**Rester-Geschäft**  
des S.-O. von 44162  
**Wilh. Mühlbach**  
empfiehlt Rester von Wäschchen, Krimmer, Göttemos zu Damen- und Kinder-Jackets  
zu den billigsten Preisen.  
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.  
**10 Oppelnerstr. 10**

**Bruch-Pollmann**  
entdeckt sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensors sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
**Eigene Werkstatt.**  
Elekt. f. Dets. u. Hüls-Krankenkassen  
Berlin C.,  
**30. Finien-Strasse 30.**  
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm und leicht am Körper.  
44622

**Armin-Hallen.**  
Kommandantenstraße 20.  
Telephon: Amt I, 8865.  
Besitz, große u. kleine, noch bis März 1906 Sonabende u. Sonntage fest.  
46622

**Das größte Brot für 50 Pf.**  
Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in  
**Albrechts Bäckereien:**  
Erdengelstr. 135, Krautstraße 19, Waldenstraße 28, Paulstraße 23, Marktstraße 23, Stand 222/23, Marktstraße 23, Stand 10/18, Zentrale: Vogelsangerstr. 13.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Bewerben zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Putzer  
**Hermann Kielblock**  
am Sonnabend, den 7. Oktober, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs (Parkstraße) aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Bewerben zur Nachricht, daß am 7. d. M. unser lang-jähriges Mitglied, der Buchdrucker  
**Bernhard Kradel**  
(7. Bezirk)  
am der Proletarierkassette verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute (Dienstag) nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs in der Moritzstraße aus statt.  
15/16 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Bewerben zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maurer  
**Hermann Kloß**  
(15. Bezirk)  
verstorben ist. 285/14  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofs (Mariendorfer Weg) aus statt.  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
(Zahlstelle Rixdorf.)  
Den Bewerben zur Nachricht, daß der Kollege  
**Hermann Kloß**  
am Sonnabend, den 7. Oktober, nach langem Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 10. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs (Mariendorfer Weg).  
Zahlreiche Beteiligung erbetet  
148/18 Der Vorstand.

Am 7. Oktober, abends 8 Uhr, verstarb nach langen schweren Leiden mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegerohn und Schwager, der Schriftfeger  
**Arthur Schellart**  
im 80. Lebensjahre.  
Dies geht mit der Bitte um stille Teilnahme im Rahmen der trauernden Hinterbliebenen an  
**Anna Schellart**  
geb. Sebastian.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs-Gemeinde am Behlener Weg aus statt.

**Gesang-Verein**  
**Seegerscher Männerchor.**  
Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser treues Mitglied und Schriftfeger unseres Vereins  
**Arthur Schellart**  
am 7. Oktober 1906 verstorben ist.  
Wir werden sein Angehen mit tiefem Schmerz empfinden.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs-Gemeinde am Behlener Weg aus statt.  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin.  
Am 8. Oktober verstarb unser Mitglied  
**August Schwuchow**  
im Alter von 46 Jahren an Herzleiden.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs-Gemeinde, Nieder-Schönhausen, aus statt.  
Um recht rege Beteiligung ersucht  
148/17 Die Verbandsleitung.

**Lustspielhaus.**  
Nachm. 3 Uhr: Das Lumpengesindel.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Sanssouci, Kottbuserstr. 4a  
Dir. W. Reimer.  
Dienstag und Mittwoch:  
Im glänzenden und elektr. beleucht. Stablfestem.  
Gastspiel des  
**Loewe-Ensemble:**  
Dienstag:  
'sLorie oder: Dorf u. Stadt.  
Mittwoch:  
Preziosa.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater  
Frankfurter-Allee 85.  
Der ganze Osten laßt Tränen über  
**Die Berliner Ränge.**  
Hoffe mit Gehang.  
Reu! Der kleine Mann und die große Frau  
sowie 20 Spezialitäten-Nummern.



Sozialistische Presse Deutschlands.

IV. Quartal 1905.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 62. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit“, Zeitschrift des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Kirchbachstr. 12. Redaktion: Berlin-Friedenau, Saarstr. 19.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Mitteilungen über verschiedene Tageszeitungen wie 'Allenburg', 'Breslau', 'Dresden', 'Halle', 'Leipzig' etc.

- Mitteilungen über Tageszeitungen wie 'Magdeburg', 'Mannheim', 'München', 'Nürnberg', 'Offenbach' etc.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Deinshorn', 'Langenbieten' etc.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Cassel', 'Dresden', 'Gießen' etc.

Aller 14 Tage erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Stuttgart', 'Königsberg' etc.

Monatlich zweimal erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Königsberg' etc.

Monatlich einmal erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Berlin', 'Ebersfeld' etc.

Wochenblätter (Erscheinen aller 14 Tage).

- Mitteilungen über Blätter wie 'München', 'Stuttgart' etc.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Berlin', 'Hamburg' etc.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

IV. Quartal 1905.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Leipzig', 'München' etc.

Wöchentlich erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Allenburg', 'Berlin', 'Breslau' etc.

Wöchentlich zweimal erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Bremen', 'Göteborg' etc.

Wöchentlich einmal erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Göteborg', 'Hamburg', 'Leipzig' etc.

Aller 14 Tage erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Königsberg' etc.

Monatlich zweimal erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Königsberg' etc.

Monatlich einmal erscheinend.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Berlin', 'Ebersfeld' etc.

Wochenblätter (Erscheinen aller 14 Tage).

- Mitteilungen über Blätter wie 'München', 'Stuttgart' etc.

Illustrierte Unterhaltungsblätter.

- Mitteilungen über Blätter wie 'Berlin', 'Hamburg' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Correspondenzblatt des Verbandes der Bergarbeiter' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Die Gewerkschaft', 'Lebender Arbeiter' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Der Arbeiter', 'Der Arbeiter' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Hamburg', 'Hamburg' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Hannover', 'Hannover' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Berlin', 'Berlin' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Hamburg', 'Hamburg' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Hamburg', 'Hamburg' etc.

Mitteilungen über Blätter wie 'Berlin', 'Berlin' etc.

Agitations-Kalender.

August.

Vom herrlichen Kriegsheer. Juli.

- Agitations-Kalender für den Juli mit 25 Nummern über militärische Verurteilungen.

- Agitations-Kalender für den August mit 10 Nummern über militärische Verurteilungen.

September.

- Agitations-Kalender für den September mit 10 Nummern über militärische Verurteilungen.

worden, begeht er Selbstmordversuch. Er soll auf seinen Geistes-

zustand untersucht werden. 20. Hauptmann Heller vom Schützenregiment 108 in Dresden wegen 'minderer Verbrechen' 6 Wochen Eubenanrest.

22. Gänge-Peters begnadigt. Peters hatte einen Regenerungen, den er für den Liebhaber seiner schwarzen Konkubine hielt, und ein Regenermädchen widerrechtlich aufhängen lassen und war wegen dieser und ähnlicher Schandthaten vom Dienste entlassen worden. Jetzt darf er wieder den Titel 'Reichskommissar' führen.

Koloniales.

Juli.

- Agitations-Kalender für den Juli mit 12 Nummern über koloniale Ereignisse.

September.

- Agitations-Kalender für den September mit 10 Nummern über koloniale Ereignisse.



24. Die „Zukunft“ veröffentlicht geheime Aktenstücke über die südwestafrikanische Kriegsführung, darunter einen Brief v. Throth an den Reichskanzler, darin es heißt: „Euer Geizhals haben, glaube ich, keine Veranlassung, von mir eine schwächliche Kriegsführung oder solche Politik voranzuführen. Ich muß aber mit den Engländern rechnen und mit den Schwierigkeiten, die ich übersehe. Deshalb erlaube ich mir die Absicht, mit dem einzigen anständigen Krieg führenden Vorengländer nur erwidern, sondern geboten. Die Lage ist durchaus nicht so, daß eine Beendigung des Aufstandes vor der Tür steht.“

### Unsere Richter und Staatsanwälte.

#### Juli.

5. Zwei Danziger Genossen waren in Putzig wegen Kalenderverbreitung „zur Warnung und Abstreifung“ zu je 4 Wochen Haft verurteilt worden. In zweiter Instanz wird der eine freigesprochen, der andere zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

7. Ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie, ausgebracht in geschlossener Versammlung, kostet in Berlin als „grober Unfug“ 30 M.

11. Der Postbote Karl H. in Berlin, der mit 70 M. Monatsgehalt sich und seine sterbenskrante Frau nicht erhalten konnte und in der Verzweiflung Briefe entwarf, 5 Monate Gefängnis.

13. Genosse Reyle in Berlin für ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie 8 Tage Haft.

18. Kellner Meyer, der als Zeuge erklärt hatte, der oldenburgische Minister Rathstrat habe die lustige Stube gespielt und der infolge dieser Aussage wegen angeblichen Meineidsverdachts eingesperrt worden war, von den Geschworenen in Wüdeburg freigesprochen.

19. Der Gutbesitzer Hoffmann in Halle, der eine Arbeiterfrau und ihren Sohn mit einem Knüttel mißhandelt und verlegt, 50 M. Geldstrafe.

21. Zeugniszwangsverfahren gegen den Redakteur Genossen Bräse vom „Courier“ in Berlin.

27. Genosse Jvers von der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ in Kiel 8 Monate wegen Verleumdung des Köller-Kurses.

28. Der Antrag des in Wüdeburg freigesprochenen Kellners Meyer auf Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft abgelehnt.

#### August.

10. Die Strafkammer des Landgerichts Bochum verurteilt den sozialdemokratischen Redakteur Agnes wegen öffentlicher Verleumdung der staatlichen Untersuchungskommission und der Direktion der Gewerkschaft Hibernia zu 200 M. Geldstrafe. Der Angeklagte behauptete, auf Schamrock III-IV seien Vergleiche wegen ihrer Aussagen vor der Untersuchungskommission entlassen worden. Die Beweisaufnahme ergab, daß zwei Arbeiter wegen „großbeleidigender Angaben vor der Kommission entlassen worden sind.“

18. Wegen Verleumdung durch die Presse muß der Redakteur der Magdeburgerischen „Volksstimme“, Genosse Ritsch, 5 Monate Gefängnis verbüßen. Der Oberstaatsanwalt verweigerte ihm sowohl die Selbstbeschäftigung wie die Selbstbefreiung.

20. Im Frühjahr ist die angebl. Verfasserin anonymen Schmähbriefe, Frau Kracht, in Vengo auf Grund der Aussagen der Schreibfachverständigen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Da nach ihrer Verhaftung neue Schmähbriefe versendet werden, wird das Verfahren wieder aufgenommen.

31. Der Gauleiter des Bauarbeitervereins in Nürnberg, Rothmund, hatte mit dem organisierten Steinbauer Roth eine Unterredung, worin er diesen und dessen Kollegen zur sofortigen Niederlegung der Arbeit veranlassen wollte, während diese erst die Anweisung des Hauptvorstandes abwarten wollten. Ein vorbeigehender Gendarm erstattet Anzeige wegen „Bedrohung“. Obwohl die Arbeiter erklären, daß sie sich durchaus nicht bedroht gefühlt hätten, wird Rothmund zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt.

#### September.

5. In hohem Grade geistig minderwertig, erblich stark belastet und durch Alkohol entartet ist der Schlächter Schirrmann in Berlin, der seine Geliebte in die Spree gestochen hat. 6 Monate Gefängnis.

6. Unschuldig wegen Meineids verurteilt wurde im Juni v. J. der Schlosser Mag. Adolf Schuster in Dresden, der bereits reichlich drei Monate von der ihm zuerkannten dreijährigen Zuchthausstrafe im Zuchthaus zu Waldheim verbüßt hatte, als sich seine Unschuld herausstellte. Er beantragte nun für die unschuldig erlittene Strafe und die vorausgegangene Untersuchungshaft eine Entschädigung in der Höhe des ihm entgangenen Arbeitsverdienstes, der auf 700 M. angebracht wurde. Statt dessen wurden ihm aber vom Landgericht nur 50 M. Entschädigung zugebilligt, außerdem erhielt er aber eine Anklage wegen versuchten Betruges, weil ihm nachgewiesen wurde, daß er vor seiner Verhaftung keine Arbeit gehabt hatte. 8 Monate Gefängnis.

7. Eine Frau in Berlin, die ein zweijähriges Kind mit dem Rohrstock unheimlich gequält, 60 M. Geldstrafe.

8. Zwei Streikende in Plauen sollen Arbeitswillige geschlagen haben. 4 und 6 Monate Gefängnis, obwohl keinerlei Verletzung entstand.

9. Drei Streikende in Schleuditz, die einen Arbeitswilligen geschlagen haben, je 4 Monate Gefängnis.

15. Genosse Reus wegen Verleumdung des Aflener Magistrats 600 M. Geldstrafe. Reus hatte den Beschluß des Aflener Magistrats (dem der frühere nationalliberale Abgeordnete Plade angehört) kritisiert, worin die Behauptung aufgestellt war, „der Bau einer gewerkschaftlichen Seifenfabrik verlege das Staatswohl und das Gemeinwohl.“ Die Fabrik bedrohe einen großen Teil des sogenannten Mittelstandes mit Untergang und verlege somit das Staatswohl und das Bestreben der Regierung, den Mittelstand, insbesondere den Handwerkerstand zu schützen.“

16. Genosse Reyle wegen eines Hochs auf die revolutionäre Sozialdemokratie in der Verurteilung Instanz freigesprochen.

20. Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteur Gen. Zielowski in Frankfurt a. M.

21. Redakteur Gen. Jvers in Kiel wegen Kritik an dem Altonaer Schörringergerichtsurteil, wodurch vier junge Bourgeois trotz erwiesener Notzucht freigesprochen worden waren, 400 M. Geldstrafe.

21. Redakteur Gen. Tomasofer in Hannover wegen Verleumdung der königlichen Bergverwaltung in Verdinghausen 400 M. Geldstrafe. Zur Anklage eines Vergammels, er habe an manchen Tagen schon 4 Mark verdient, meint der Vorsitzende: „Das ist ja ein kolossaler Verdienst!“

22. Ein 21-jähriges Mädchen in München, wegen Diebstahls wiederholt verurteilt, als geisteskrank erkannt und freigesprochen.

22. Gen. Redakteur Ritsch in Magdeburg erhält nach vierwöchigem Schubhohle endlich die Erlaubnis zur Selbstbeschäftigung.

### Aus dem Zuchthausstaat.

#### Juli.

5. Am der deutsch-französischen Konfliktbeziehung wegen Marokkos entgegenzuarbeiten, haben die Berliner Arbeiter Jaurès eingeladen, einen Vortrag in Berlin über den Weltkrieg zu halten. Nun teilt die „Post“ mit, daß das Auftreten von Jaurès in Berlin verboten werden wird.

7. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht nun tatsächlich ein Schreiben des Fürsten v. Bülow an den Vorkämpfer Madolin in Paris, wodurch das Auftreten des Genossen Jaurès in Berlin verboten wird.

9. Jaurèsversammlung ohne Jaurès. Protest gegen Kriegshege und Volkzeitung.

11. Auf einer internationalen sozialdemokratischen Friedensversammlung in Konstanz wird das Auftreten der Genossen Adler (Österreich), Grenich (Schweiz) und Todeschini (Italien) verboten. Die gestörte Versammlung wird auf schweizerischen Boden verlegt und nimmt dort ungestört Verlauf.

13. Die sächsische Eisenbahndirektion erläßt einen Ukas, wonach jeder Arbeiter, der dem Eisenbahnerverbande beiträgt, entlassen werden soll.

15. Nach Mannheimer bürgerlichen Blättern ist das Konstanzer Redeverbot durch einen besonderen Schreibbrief des Fürsten Bülow an den badischen Staatsminister Dürk veranlaßt worden.

15. Neue Ausweisungungen in den Vororten Berlins.

#### August.

4. Das Kammergericht entscheidet in letzter Instanz, daß der Vorsitzende des 60 000 Mitglieder umfassenden Fabrik- und Landarbeiterverbandes zur Einreichung und Zustandhaltung der Mitgliederliste bei der Behörde verpflichtet sei.

5. Öffentliche Geldsammlung für ausgesperrte Fabrikarbeiter in Gera verboten.

9. In Verga (S.-Weimar) wird eine Versammlung über die Aussperrung verboten. Es liegt gegenwärtig dazu keine Veranlassung vor, da die Aussperrung zur Zeit noch nicht erfolgt ist.

29. Der Berliner Korrespondent des „Amsterdamer Handelsblatt“ Gay von Valen aus Preußen ausgewiesen. Ihm ist schon selber einmal die Ausweisung angedroht worden, wenn er künftig „antideutsche Artikel“ schreibe. Sein Hauptverbrechen besteht in der Behauptung, daß in Deutschland nur die sozialdemokratische Presse anständig sei.

#### September.

1. Der russische Gendarmen-Divisionär Baron Gräbner tritt in Berlin als agent provocateur in der Rolle eines „meuternden“ Garde-Offiziers auf.

1. Dem polnischen St. Barbaraberein in Bochum wird polizeilich verboten, die Vereinsfahne mit weißen Schleifen zu schmücken, weil das eine polnische Demonstration sei.

5. Antideutsche Stimmung des Reichsbürgertums des Genossen Harber wegen Aergernis erregenden roten Kranzschleifen.

14. Der Regierungsrat Martin, der in einem Aufsehen erregenden Buche den wirtschaftlichen Zusammenbruch Rußlands prophezeit hat, wird in Disziplinarmateriale Untersuchung gezogen.

16. Die Elberfelder „Freie Presse“ veröffentlicht Geheimakten betreffend die Vespigelung der sozialdemokratischen Bewegung.

19. Der Karlsruher „Volksfreund“ veröffentlicht einen Geheimvermerk, aus dem hervorgeht, daß auch die badische Regierung Geheimvermerkungen über die militärischen Verhältnisse treibt.

21. Domela Nieuwenhuis in Köln verhaftet.

21. Die Frau des Justmanns A. in Paschwitz (Kreis Labiau) wird von einem gewalttätigen Mitarbeiter mit Totschlag bedroht. Der Mann, der zum Schutze der Frau zu Hause bleibt, erhält wegen Verlassens des Dienstes 60 M. Geldstrafe, eine Kostenrechnung von 28,20 M. und 28 Tage Haft. A. wird völlig ausgeplündert und eingesperrt, die Familie völlig ruiniert.

24. Domela Nieuwenhuis seit zwölf Tagen in Haft, ohne dem Richter vorgeführt worden zu sein.

27. Aus den Schulvorstands-Wählerlisten in Eghendorf bei Garburg werden die Sozialdemokraten gestrichen. Auf ihre Beschwerde wird ihnen geantwortet, sie hätten „durch ihren politischen Lebenswandel öffentlich Aergernis erregt.“

28. Nieuwenhuis wegen Baumruch zu 5 Tagen Haft verurteilt, die für verächtlich erachtet werden.

28. Ein russischer Spion namens Sanders, Pinburg oder Simion, vor dem der „Vorwärts“ gewarnt hat, nimmt an dem vermeintlichen Ueber der Warnung, einem russischen Schriftsteller, Nahe, indem er ihm androht, er werde dafür sorgen, daß er binnen 3 Tagen ausgewiesen werde.

29. Nieuwenhuis, der im Arrestwagen in Gemeinschaft mit Dirnen und anderen Häftlingen nach dem Schöffengericht gebracht worden war, wird nicht entlassen, sondern soll zwangsweise nach Holland abgeschoben werden. Eine Volksversammlung in Amsterdam protestiert gegen die polizeiliche Mißhandlung des greisen niederländischen Freiheitskämpfers.

### Soziale Streiflichter.

#### Juli.

2. Die Münchener Bauherren versuchen ihre Kollegen zur allgemeinen Aussperrung zu zwingen, indem sie die Lieferanten von Baumaterialien veranlassen, die Lieferungen nach München einzustellen.

4. Fortgesetzte Steigerung der Fleischpreise, die schon am 20. 30 Pf. pro Pfund höher sind als zur selben Zeit des Vorjahres.

6. Die Gesamtzahl der Betriebsunfälle im Landespolizeibezirk Berlin betrug 1904 23 400 Fälle, mehr gegen das Vorjahr 2863, davon 77 tödlich.

12. Die Baumunternehmer Essens, die ihre Arbeiter unter Tarifbruch ausgesperrt hatten, sind vom Oberbürgermeister Zweigert als „lächerliche Kontraktbrecher“ bezeichnet worden. Ferner ist ihnen vom Oberbürgermeister angedroht worden, sie würden ergriffen werden, wenn sie sich auf eine Einigung nicht einließen. Nun beschließen sie, Zweigert wegen Verleumdung und Nötigung zu verklagen.

14. Brandkatastrophe auf der Zeche „Vorussia“ im Ruhrrevier. 39 Tote.

14. Der Reingewinn von 16 Bergbau-Aktiengesellschaften im Ruhrrevier beträgt für 1904 28,8 Millionen, der Rohgewinn 58,8 Millionen, die Dividende durchschnittlich „nur“ 11,5 Proz. gegen 13,3 Proz. im Vorjahr.

21. Zahlreiche Fleischer der Berliner Vororte haben, da ihnen wegen der Steigerung der Fleischpreise die Arbeiterkundschaft ausblieb, das Geschäft schließen müssen. Eine Versammlung der Berliner Fleischer fordert die Aufhebung der Grenzsperrung.

23. Eine Broschüre „Deutsch-Sibirien“ von Elmbeck erregt Aufsehen durch die Schilderung der schauerlichen Verwahrlosung des medienburgischen Schulwesens.

#### August.

4. Färbereiarbeiter in Glauchau und Meerane streiken. Sie verlangen — 15 M. Wochenlohn!

8. Weitere Steigerung der Berliner Schlachtviehpreise. Ochsen und Schweine steigen pro Zentner um 2 M.

9. Eisenbahnkatastrophe bei Spremberg. 18 Tote, 6 Schwerverletzte. Die vielbefahrene Strecke wird eingeleigt betrieben.

9. 26 sozialdemokratische Versammlungen in Berlin protestieren gegen die Fleischnot und fordern Öffnung der Grenze.

12. Die Vorsitzenden der preussischen Landwirtschaftskammern versammeln sich anlässlich einer Fleischnotkonferenz in Berliner Kaiserhof, wobei Boddelski ein Füllen der Schweinepreise bannen 4-5 Wochen ankündigt. Der Vorschlag, daß die Stadt Berlin selbst Schweine züchten solle, sei ihm sehr sympathisch. Er werde Herrn Singer die nötigen Ferkel besorgen.

16. In Berlin sind in den Monaten April bis Juni 3556 Personen wegen Bettelns aufgegriffen, im Juni haben 54 667 Personen die Asyls für Obdachlose aufgesucht.

17. Bülow weigert sich, eine Deputation der Fleischhauer in Sachen der Fleischnot zu empfangen.

19. Die Grundherren des Ruhrreviers haben infolge des Streiks erhöhten Gewinn. So beträgt der Ueberfluß von „Harpen“ im zweiten Quartal 1905 über vier Millionen gegen drei Millionen im Vorjahr. Auch sonst vielfache Steigerung der Ueberflüsse um 30 Prozent und darüber.

31. Der berg- und hüttenmännische Verein in Rattowitz, der sich wegen der Fleischnot an den Reichskanzler wendet, wird von diesem an den Schweinezüchter und Landwirtschaftsminister v. Boddelski gewiesen.

#### September.

5. Der Ausschuß der Berliner Gastwirtsvereinerung spricht beim Handelsminister Müller vor, der ihnen rät, die Preise der Fleischpreisen um 10 Pf. zu erhöhen. Boddelski erklärt: Mit der Einführung des neuen Zolltarifs würde alles noch um etwas teurer werden, also sei das jegliche Geheiß ganz unnötig.

8. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschließt Einberufung eines deutschen Städtetages, der sich mit der Frage der Fleischnot beschäftigen soll.

10. Boddelski erklärt, die Öffnung der holländischen Grenze und die Erhöhung des russischen Schweinekontingents erwägen „u

wollen. Gegen ihn schreibt jetzt sogar schon die „Köln. Zeitung“: „Bei einer solchen volkswirtschaftlich und staatspolitisch höchst gefährlichen Lage drängt sich vor selbst die Frage auf, ob es eines modernen hochkultivierten Staatsgebildes würdig und angemessen ist, daß ein einzelner Mann, der leitende Ressortminister, in der Lage ist, allein eine solche Lage zu schaffen und sie trotz des überwältigenden Protestes des Volkes zum offensichtlichsten Schaden des Staatsganges aufrecht zu erhalten.“

19. Zweck der Untersuchungen über die Fleischnot, die die Landwirtschaftskammern zu führen haben, ist nach ministerieller Anweisung, „der maßlosen Inflation in den großen Städten sowie in den Händler- und Schlächterkreisen“ entgegenzutreten.

20. Eine Klage des preussischen Kronprinzen auf Freistellung von den Kreisabgaben in Dels (5000 M.) abgewiesen, da nur der König Steuerfrei.

22. Bei der A. E. G. und in den Siemenswerken streiken 300 Lagerarbeiter und 170 Schraubendreher. Man erklärt die vereinigten Direktoren ihre Arbeiter auszusperrten, wenn sich die Streikenden nicht bedingungslos unterwerfen.

23. 8500 Arbeiter der Elektro-Industrie ausgesperrt.

30. 33 000 Arbeiter der Berliner Elektro-Industrie ausgesperrt.

### Unsere Gegner.

#### Juli.

1. Der Gemeindevorstand in Dresden ist vorläufig mißglückt.

5. Der Rentnersführer Gröber hält im württembergischen Landtage eine Rede gegen das allgemeine Wahlrecht. Das Wachstum der Sozialdemokratie rechtfertige die veränderte Haltung des Zentrums.

9. Nur die französischen Sozialdemokraten sind vaterlandslose Gesellen, schreibt die Pariser „Patrie“ gegen Jaurès, „es wäre kindisch, es zu leugnen: die deutschen Sozialisten sind alle sehr vaterlandsliebend. Dies ist es, was unsere Sozialisten stets verschweigen, unsere Sozialisten, welche die einzigen sind, die das Gefühl der Vaterlandsliebe nähren.“

12. Generalleutnant v. Liebert schreibt im „Tag“: „Es bleibt wohl zu beachten, daß wir es im Kriegsfalle nicht mit der aktiven Friedensarmee, sondern mit einer Masse von 3 bis 4 Millionen Soldaten zu tun haben, die, aus allen Bevölkerungsschichten zusammengewürfelt, zumeist vom Gifte des Sozialismus durchtränkt sind. Deshalb sollte jeder Patriot beizeiten mitwirken an der Arbeit, unser Volk von jener schon allzumeist um sich greifenden Seuche zu befreien.“

#### August.

2. Nach der amtlichen Statistik waren in Preußen im Jahre 1903 7 101 963 Urwähler vorhanden, das sind nur 206,02 auf 1000 Einwohner. Von dieser Verhältniszahl entfielen 6,93 auf die erste, 24,93 auf die zweite und 174,23 auf die dritte Klasse. In absoluten Zahlen entfielen auf die erste Klasse 238 845 Wähler, auf die zweite 556 914 und auf die dritte Klasse 6 006 204 Wähler. Für die beiden konservativen Fraktionen, die den Landtag beherrschten, wurden 22,26 Proz. der Stimmen abgegeben, für die Sozialdemokratie, die kein einziges Mandat hat 18,79 Proz.

3. Der Vorstand der Freisinnigen in Pärth richtet an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ein Danfschreiben, worin dem Verbands bester Erfolg gewünscht wird.

4. Die „Freisinnige Zeitung“ findet die zwangsweise Auflösung der Allgemeinen Krankenkasse in Brandenburg a. H. „bezeichnend für die sozialdemokratische Wirtschaft“. In Wirklichkeit war die Kasse freisinnig geleitet.

9. Annahme der Wahlrechtsreform-Vorlage im Länd. Das Wahlalter beträgt statt 21 jetzt 25 Jahre. Die Wähler unter 1000 Mark Einkommen wählen 15 Abgeordnete, die besser Situierten 105.

#### September.

1. Das Organ der „Christlichen“, der „Holzarbeiter“, fordert tüchtige Schreiner und Maschinenarbeiter nach Köln zur Streikbrucharbeit.

15. Die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit in Breslau stimmt einen sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der städtischen Schlachtsteuer nieder.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 2. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Jona, Nannheim, Wiesbaden. — Die Legende vom neuen Mittelstand. Von F. van der Goot. (Schluß). — Die erste Epoche der russischen Revolution. Von L. Maroff. (Schluß). — Die Eiskunstläuferin. Von B. Dimell. — Übersichtsliche Schulverhältnisse. Von Ludwig Radol. — Literarische Rundschau: Alexander War. Die russische Revolution. Von Leo Deutsch. Dr. jur. Richard Freund. Die Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Von G. H. H. — Kollegen: Die Wahrheit über die „Wahrheit“ („Pravda“). Von Vorus. Die Unfallgefahr bei Gärtnerei, Landwirtschaft und Forstwirtschaft. Von rts.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Zentralen Politikon“ erschien die Nr. 21, deren farbenreiches Titelblatt und nach Österreich führt. Ein Heft von Bildern mit köstlichem Text zeigt den herrlichen liberalen Wahlerfolg in Bayern. Das Friedenswerkzeuge sind auf nächster Seite im schönen Dimmelsblau zu bewundern. Im beängstigender Schwüle malt auf letzter Seite der Künstler die gelbe Gefahr, wie sie in Wahrheit aussieht. Aus den Ueberen und Erzählungen des unermüdeten Politikon heben wir hervor: Deutsche Kultur in Afrika. — Die Rar von der Fleischnot. — Das unterirdische Berlin. — Die Strafe des Himmels. — Die betrübten Zentrumsleute. — Die neue Friedenskonferenz in Haag. — Robertes Strahlenbild. Noch andere Höhe und Zeichnungen mehr erfreuen den Leser. Die Nummer kostet 10 Pf. und ist durch jede Parteibuchhandlung oder direkt vom Verlag R. Ernst, München zu beziehen.

Jul. 6. West. Technische Angelegenheiten und ihre Erfindungen. Berlin 1905. Druck: Deutsches Druck- und Verlagshaus, G. m. b. H., SW. 68, Lindenthal 26.

Jul. 6. West. Richtige Selbstkostenberechnung in Fabrikbetrieben. Berlin 1905. Druck: Deutscher Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Königgräberstr. 41/42.

„Jung Deutschland zur See“ vom Deutschen Flotten-Verein herausgegeben. 10 in Kunstdruck ausgeführte Bilder unserer Kriegsschiffe. Preis 50 Pf. Verlag, Berlin SW. 11, Königgräberstr. 41/42.

Entziehung und Verhütung der körperlichen Mißgestalt (Entziehung des runden Rückens, der Wirbelsäulenverkrümmung, der hohen Hüfte, der hohen Schulter, der X- und O-Beine, des Plattfußes etc.) Prof. Dr. F. Lange und Dr. J. Trumpp (Universität München). 120 Seiten Text mit 126 Abbildungen, darunter 3 Tafeln. Preis 1,50 M. In Leinwand geb. 2.— M. (Bibliothek der Gesundheitspflege Bd. 14.)

Jul. 6. West. Technische Angelegenheiten und ihre Erfindungen. Berlin 1905. Druck: Deutsches Druck- und Verlagshaus, G. m. b. H., SW. 68, Lindenthal 26.

Jul. 6. West. Richtige Selbstkostenberechnung in Fabrikbetrieben. Berlin 1905. Druck: Deutscher Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Königgräberstr. 41/42.

„Jung Deutschland zur See“ vom Deutschen Flotten-Verein herausgegeben. 10 in Kunstdruck ausgeführte Bilder unserer Kriegsschiffe. Preis 50 Pf. Verlag, Berlin SW. 11, Königgräberstr. 41/42.

Entziehung und Verhütung der körperlichen Mißgestalt (Entziehung des runden Rückens, der Wirbelsäulenverkrümmung, der hohen Hüfte, der hohen Schulter, der X- und O-Beine, des Plattfußes etc.) Prof. Dr. F. Lange und Dr. J. Trumpp (Universität München). 120 Seiten Text mit 126 Abbildungen, darunter 3 Tafeln. Preis 1,50 M. In Leinwand geb. 2.— M. (Bibliothek der Gesundheitspflege Bd. 14.)

Jul. 6. West. Technische Angelegenheiten und ihre Erfindungen. Berlin 1905. Druck: Deutsches Druck- und Verlagshaus, G. m. b. H., SW. 68, Lindenthal 26.

Jul. 6. West. Richtige Selbstkostenberechnung in Fabrikbetrieben. Berlin 1905. Druck: Deutscher Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Königgräberstr. 41/42.

„Jung Deutschland zur See“ vom Deutschen Flotten-Verein herausgegeben. 10 in Kunstdruck ausgeführte Bilder unserer Kriegsschiffe. Preis 50 Pf. Verlag, Berlin SW. 11, Königgräberstr. 41/42.

Entziehung und Verhütung der körperlichen Mißgestalt (Entziehung des runden Rückens, der Wirbelsäulenverkrümmung, der hohen Hüfte, der hohen Schulter, der X- und O-Beine, des Plattfußes etc.) Prof. Dr. F. Lange und Dr. J. Trumpp (Universität München). 120 Seiten Text mit 126 Abbildungen, darunter 3 Tafeln. Preis 1,50 M. In Leinwand geb. 2.— M. (Bibliothek der Gesundheitspflege Bd. 14.)

Jul. 6. West. Technische Angelegenheiten und ihre Erfindungen. Berlin 1905. Druck: Deutsches Druck- und Verlagshaus, G. m. b. H., SW. 68, Lindenthal 26.

Jul. 6. West. Richtige Selbstkostenberechnung in Fabrikbetrieben. Berlin 1905. Druck: Deutscher Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Königgräberstr. 41/42.

„Jung Deutschland zur See“ vom Deutschen Flotten-Verein herausgegeben. 10 in Kunstdruck ausgeführte Bilder unserer Kriegsschiffe. Preis 50 Pf. Verlag, Berlin SW. 11, Königgräberstr. 41/42.

Entziehung und Verhütung der körperlichen Mißgestalt (Entziehung des runden Rückens, der Wirbelsäulenverkrümmung, der hohen Hüfte, der hohen Schulter, der X- und O-Beine, des Plattfußes etc.) Prof. Dr. F. Lange und Dr. J. Trumpp (Universität München). 120 Seiten Text mit 126 Abbildungen, darunter 3 Tafeln. Preis 1,50 M. In Leinwand geb. 2.— M. (Bibliothek der Gesundheitspflege Bd. 14.)

Jul. 6. West. Technische Angelegenheiten und ihre Erfindungen. Berlin 1905. Druck: Deutsches Druck- und Verlagshaus, G. m. b. H., SW. 68, Lindenthal 26.

Jul. 6. West. Richtige Selbstkostenberechnung in Fabrikbetrieben. Berlin 1905. Druck: Deutscher Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Königgräberstr. 41/42.

„Jung Deutschland zur See“ vom Deutschen Flotten-Verein herausgegeben. 10 in Kunstdruck ausgeführte Bilder unserer Kriegsschiffe. Preis 50 Pf. Verlag, Berlin SW. 11, Königgräberstr. 41/42.

Entziehung und Verhütung der körperlichen Mißgestalt (Entziehung des runden Rückens, der Wirbelsäulenverkrümmung, der hohen Hüfte, der hohen Schulter, der X- und O-Beine, des Plattfußes etc.) Prof. Dr. F. Lange und Dr. J. Trumpp (Universität München). 120 Seiten Text mit 126 Abbildungen, darunter 3 Tafeln. Preis 1,50 M. In Leinwand geb. 2.— M. (Bibliothek der Gesundheitspflege Bd. 14.)

Jul. 6. West. Technische Angelegenheiten und ihre Erfindungen. Berlin 1905. Druck: Deutsches Druck- und Verlagshaus, G. m. b. H., SW. 68, Lindenthal 26.

Jul. 6. West. Richtige Selbstkostenberechnung in Fabrikbetrieben. Berlin 1905. Druck: Deutscher Verlag, G. m. b. H., Berlin SW., Königgräberstr. 41/42.



# 2. Wahlkreis.

## Außerordentliche General-Versammlung

am Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,  
in **Kabels Brauerei-Ausschank**, Bergmannstraße 5/7.

Tagesordnung: 1. Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen (für den zweiten Kreis stehen zur Wahl der 3., 6., 7. Kommunalbezirk). Referent: **Dr. Alfr. Bernstein.**  
2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den **Germania-Festjalen**,  
Chausseestraße 103.

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Die bevorstehenden Kommunalwahlen.  
Referent: Stadtd. Genosse **Leo Arons.** 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten für die Stadtbezirke 33, 38, 40 und 46. — Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

## Zur Beachtung für die Berliner Arbeiterschaft!

Seit fünf Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der **Dieguiser Gutfabrik** vormals **Alca u. Co.**, G. m. b. H., im Streit, um eine Lohnminderung bis zu 50 Prozent abzuwehren. Die Firma verkauft ihre Produkte in eigenen Verkaufsstellen und befindet sich ihre Läden in Berlin:

- Wilnackerstraße 63,**
- Ritterstraße 19a,**
- Friedrichstraße 250,**
- Große Frankfurterstraße 94.**

Die Firma rechnet besonders mit der Arbeiterschaft. Die Streitenden appellieren an das Solidarbürogefühl der Berliner Arbeiterschaft und erwarten, daß sie nicht eine Firma unterstützen, die wöchentliche Durchschnittslohn von 9 Mark für Arbeiterinnen und 12-10 Mark für Arbeiter bis zu 50 Prozent herabdrücken will.

**Der Zentralverein für Hutarbeiter und Arbeiterinnen.**  
Filiale Berlin.

## Spar- und Produktiv-Genossenschaft Berlin-Rixdorf. E. G. m. b. H. in Liq.

Freitag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, in Berlin, **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Vorlegung und Genehmigung der Schlussbilanz.  
**Der Aufsichtsrat. Die Liquidatoren.**  
Fr. Scholze. L. Breslau. H. Kunze. C. Gehrman.

\*) Die Schlussbilanz liegt im Kontor, Rixdorf, Bienenstraße 54, zur Einsicht.  
Nur Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

## Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15:

## Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:  
Fortsetzung der Diskussion vom 7. September d. J., eventuell Beschlußfassung über das Weiterbestehen des Vereins und Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. **Der Vorstand.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlung der **Möbelbranche für Wedding, Gesundbrunnen und Moabit**

am Donnerstag, den 12. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des **Herrn Mildbrodt, Müllerstr. 7.**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute.  
2. Verhandlungs- und Berichtangelegenheiten.  
3. Verschiedenes. **Die Ortsverwaltung.**

## Achtung! Etuisarbeiter u. -Arbeiterinnen!

Mittwoch, den 11. Oktober, abends 8 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung** im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal I).

Tages-Ordnung:  
1. Die Antworten der Fabrikanten auf unsere Forderungen.  
2. Diskussion.  
Wir erwarten, daß sämtliche Kollegen und Kolleginnen zu dieser Versammlung erscheinen. **Niemand darf fehlen!**  
**Die Lohnkommission.**

Die **Möbel-Fabrik** von **A. Schulz**, 44352\*  
5 Reichenbergerstr. 5  
empfehlend Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M.  
in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Metall- sowie auch Volkswaren eigener Fabrikation zu außerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulanteste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

**Arbeitergenossenschaft „PARADIES“ zu Berlin.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Nachtrags-Bekanntmachung zur Bilanz per 31. März 1905.  
Das Geschäftsguthaben der Genossen vermehrte sich im Laufe des Geschäftsjahres um 3522,00 Mark.  
**Der Vorstand.**  
H. Schlegler, Vorsitzender.  
G. Dornier, P. Stempel.

**Möbel-Halle Harry Goldschmidt**  
Moritzplatz 59.  
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 4396L\*  
**Extra-Abteilung**  
verliehen gewesener **Möbel**  
wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!  
Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur Spezial-Möbel-Geschäft.

**Bardes Vereins-Säle.**  
Neue Königstraße 7.  
Fahrverbindungen nach allen Stadtteilen. Empfehle meine Säle für Versammlungen, Gewerkschafts-Sitzungen und für Vereinsfestlichkeiten. Kulante Bedienung. **Adolf Barde.**

**Steppdecken**  
**Gelegenheitskauf!**  
Bunt Kattun Ersatz f. Deckbett 2 85  
Similliseide in den Farben rot, blau, oliv 4 85 6 75  
Wollatlas 5 25 7 50  
Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 2 50 3 50  
Wolldecken ganz dick fehlerhaft 3 00 4 00  
Spezial-Haus **Emil Lafèvre**,  
Oranienstraße 158. Berlin S.

# 1. Wahlkreis!

## Erster Kommunalwahlbezirk.

Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei **Wiegels**, Straßauerstraße 57:

## Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtverordneter **H. Borgmann.**  
2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten. Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Vertrauensleute.**

## Vierter Wahlkreis Süd-Ost.

15. Kommunalbezirk.

Am Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75:

## Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Stadtverordneten **Bernhard Bruns.** 2. Aufstellung eines Kandidaten. 3. Wahl eines Wahlkomitees. Recht zahlreichen Besuch erwarten. **Die Vertrauensleute.**

## 4. Wahlkreis (Ost).

Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:

## Zwei Kommunalwähler-Versammlungen

in der **Brauerei Friedrichshain**, Referent: Stadtd. **Heimann** und in der **Alhambra**, Wallnertheaterstr. 15, Referent: Stadtd. **Fritz Wilke.**

Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. 2. Diskussion. 3. Aufstellung von Kandidaten. 4. Wahl eines Komitees.  
Da die Kommunalverwaltung in Berlin von tief einschneidender Bedeutung ist, erwarten zahlreichen Besuch. **Die Vertrauensleute.**

## Kommunalwähler des 16. und 19. Wahlbezirks!

Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Kasino“, Dresdenerstraße 96:

## Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Dr. Jabel:** „Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.“ 2. Diskussion. 3. Vorschläge event. Aufstellung von Kandidaten. Um zahlreichen Besuch ersucht. **Das Komitee.**

## 30. Kommunal-Wahlbezirk. (5. und 6. Wahlkreis.)

Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, bei **Lehdecker**,  
Sophienstraße 34:

## Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Berliner Kommune und die Sozialdemokratie. Referent: Stadtverordneter Genosse **Dr. Karl Liebknecht.**  
2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten für den 30. Bezirk. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet. **Das Komitee.**

## Sechs populäre Volks-Vorträge

## Die Abstammung des Menschen

mit 40 künstlerischen **Lichtbildern** gehalten von **Herrn August Kahl-Jena.**

Diese sechs Vorträge werden im Interesse der Volkserziehung von der Berliner Freireligiösen Gemeinde arrangiert. Der Vortrag des Herrn Kahl sowie die dazu gehörigen Lichtbilder sind von Herrn **Professor Ernst Häckel** geprüft und die Lichtbilder sowie die Anordnung des Vortrages von ihm mit dem Prädikat **vortrefflich** belegt worden.

**Zutritt für jedermann. Entree nur 20 Pf.**  
Die Vorträge finden statt abends Punkt 9 Uhr und zwar:

- Donnerstag, den 19. Oktober**, bei **Keller** (Großer Saal), Koppenstr. 29.
- Freitag, den 20. Oktober**, bei **Ballschmieder**, Gesundbrunnen.
- Sonntag, den 21. Oktober** } Lokale werden noch bekannt gegeben. Saalbesitzer, welche diese Tage noch frei haben, mögen sich bei den Unterzeichneten melden.
- Montag, den 22. Oktober**
- Montag, den 23. Oktober**, im **Volkshaus**, Charlottenburg.
- Dienstag, den 24. Oktober**, im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15.

**Es finden nur diese sechs Vorträge statt.**  
Vereinsvorstände werden ganz besonders auf diese Vorträge aufmerksam gemacht. Billetts im Vorverkauf an den Billettschleusen der Freireligiösen Gemeinde und bei **A. Hoffmann**, Bismarckstr. 141, **W. Mohr**, Rixd. 70 II und **B. Schröder**, Passauerstr. 3, Raden. Gegen Einlegung des Betrages nebst Porto auch brieflich.

**Raucher**  
**Rist-Isis** beste 2-Pfennig-Zigarette  
aus der Fabrik **Rist & Co., München.**  
4409L\*



# Arbeiter - Bildungs - Schule.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

## Zehrplan für das 4. Quartal 1905.

**Montag:** Max Grunwald, Nationalökonomie. Tatsachen der Weltwirtschaft. 1. Produktion der wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel und der wichtigsten Rohstoffe der Industrie: Getreide, Vieh, Fleisch, Zucker, Kaffee, Tabak, Bier; Kohle, Eisen, Baumwolle, Wolle. — 2. Handel und Verkehr: internationale Handelsbeziehungen, Geldverkehr, Post, Eisenbahnen, Schifffahrt. — 3. Konsumtion der wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel.

**Dienstag:** M. H. Bunge, Naturerkenntnis. Urgeschichte der Menschheit. Die Stellung des Menschen in der Natur und seine Abhängigkeit von derselben — Alter und Urzustand des Menschengeschlechts — die Grundlagen der Kultur — Naturvölker und Kulturvölker — Anfänge der Gesellschaft — Anfänge des Staates — Die Entstehung des Sittengesetzes — Anfänge und erste Formen der menschlichen Wirtschaft — Die Anfänge der Technik (Waffen, Werkzeuge, Geräte, Schmuck usw.) — Die Anfänge der geistigen Kultur oder die Entstehung der Sprache, Kunst, Religion, Wissenschaft usw.

**Mittwoch:** Max Maurenbrecher, Geschichte. Deutsche Politik im neunzehnten Jahrhundert. 1. Der Ertrag der Napoleonischen Zeit. (1815). — 2. Keimender Liberalismus und blühende Reaktion. (1815—1840). — 3. Ein demokratischer Versuch. (1840—1850). — 4. Reaktion und Konflikt. (1850—1864). — 5. Die dynastische Revolution. (1864—1871). — 6. Kulturkampf und Sozialistengesetz. (1871—1890). — 7. Sozialreform und Kolonialpolitik. (1890—1899). — 8. Ein Versuch mit dem Liberalismus (Caprivi). (1890—1894). — 9. Anläufe der Reaktion (Hohenlohe). (1894—1899). — 10. Grundsätzliche Grundsatzlosigkeit (Bilow). (1899—1905.)

**Donnerstag:** Simon Katzenstein, Gesetzeskunde. Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik (I. Teil). 1. Sozialer und rechtlicher Charakter der Gemeinde, Staatsgewalt und Selbstverwaltung. — 2. Die Entwicklung der Gemeinde. Die alte Markgenossenschaft. Entstehung der Stadt. Städtewesen im Mittelalter. Niedergang des Städtewesens. Neuer Aufschwung. Moderne Großstadtentwicklung. — 3. Die Rechtsstellung der heutigen Gemeinde. Abhängigkeit vom Staate. Klassenherrschaft im Innern. 4. Die Organisation der Gemeindeverwaltung. Behörden und Bürgervertretung. 5. Die Gemeinde als Staatsorgan. Selbstverwaltung. Soziale Aufgaben. 6. Der Boden als Träger des Gemeindelebens. Grundrente. Dezentralisationsbestrebungen. 7. Wohnungsnot und Wohnungsreform. 8. Gesundheitswesen. Körperpflege. 9. Kinderfürsorge.

**Donnerstag:** Max Maurenbrecher, Redeführung für Fortgeschrittene. Übungen im Disponieren und Halten von Vorträgen. Teilnehmerzahl beschränkt. Bevorzugt werden Funktionäre von Organisationen.

**Freitag:** Max Maurenbrecher, Rednerschule. Übungen im Halten von Vorträgen und in der Diskussionsrede.

**Freitag:** Max Grunwald, Fortschritts-Kursus in Nationalökonomie. Finanzwissenschaftliche Übungen. Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten. Die indirekten Steuern. Die Reichsfinanzreform.

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie Montag, den 16. Oktober; Natur-Erkenntnis Dienstag, den 17. Oktober; Geschichte Mittwoch, den 18. Oktober; Gesetzeskunde und Rede-Übung für Fortgeschrittene Donnerstag, den 19. Oktober; Rednerschule und Fortschrittskursus in Nationalökonomie Freitag, den 20. Oktober.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr.

Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei.

Für die beiden Fortschrittskurse wird ein Schulgeld von 2 M. pro Kursus erhoben.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a; Reul, Barnimstraße 42; Vogel, Demminerstraße 32; Krause, Müllerstraße 7a Horsch, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin S. 52, Freiligrathstraße 3, 1. Querg. IV, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 52, Hasenheide 52, zu senden.

Der Vorstand.  
\*) Im 1. und 2. Quartal 1906 werden behandelt werden: Die Geschichte der bürgerlichen Parteien und die Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland. Dieser erste Kursus soll dazu die Grundlage legen. Was in ihm gelehrt wird, wird in den beiden nächsten Kursen als bekannt vorausgesetzt werden.

Die zur W. Davidowitzschen Konkursmasse gehörigen Läger in: 4000L\*

## Konkursmassen-Ausverkauf

Uhren-, Gold- und Silberwaren

werden täglich von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 8 Uhr zu billigen Taxipreisen ausverkauft. Wir verkaufen:

- Goldene Ringe . von 50 Pf. an
- Nickel-Ketten . von 50 Pf. an
- Broschen, Nadeln von 50 Pf. an
- Damen-Uhrketten von 75 Pf. an (Fächerketten)
- Wecker . . . von 1,25 M. an
- Herren-Taschenuhren v. 3 M. an (Stahl)
- Damen-Uhren . von 4,50 M. an
- Wand- u. Standuhren v. 3 M. an
- Gold. Damenuhren v. 10,50 M. an
- Gold. Herrenuhren von 26 M. an

usw., alle Waren zur Hälfte der früher ausgezeichneten Preise.

Verkauf nur Gertraudenstr. 24 im Laden.

## Damen-Paletots.

Edlen günstige Gelegenheit zu billigem Einkauf! Schlechte Paletots, neueste Fasens in schwarz, rot und u. Covercoat, auf Seidenfutter 7, 8, 9, 12—45 M. Neueste Havelocks und Capes 7, 9, 11—25 M. Herbst-Kostüme, jetzt 9, 11, 15—38 M. Kinder- und Backisch-Paletots 5, 6, 8, 12—16 M.

Ein großer Vorrat Pelz-Stolzen enorm billig! Täglich bis abends 9 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Heinrich Rackwitz, Engros-Lager, Rieberswallstr. 30 A, part., Ecke Kreuzstraße (Nähe Spittelmarkt). — Abonnement d. „Bism.“ erhält. 5% Rabatt.

## Beste: Kostüme, Mäntelstoffe, Astrachan

## Konfektion: Jacketts ♦ Röcke ♦ Blusen

C. PELZ, Kottbuserstraße 4.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.

## M. Schulmeister

Schneidermeister  
Berlin SO., Dresdener-straße 94,  
am Kottbuser Cor.



Spezial-Haus  
feiner  
Herren- und Knaben-  
Garderobe  
fertig und nach Maß.

Elegante Winter-Paletots von Mk. an 18 50  
Jackett-Anzüge . . . 17 50  
Rock-Anzüge . . . 26 —  
Gehrock-Anzüge . . . 32 50  
Loden-Joppen . . . 6 —  
Berufskleidung für alle Gewerke.  
Nur eigene Konfektion.

## Eine Mark wöchentl. Teilzahlung liefert elegante, fertige Herren-Moden.

Ein Versuch — dauernde Kundenschaft

Arbeits für Mann. Anfertigung nach Mass. Feinste Verarbeitung. Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg,  
An der Jannowitz-Brücke 1, L.  
Bahnhof Jannowitz-Brücke.



Kenner rauchen

Zigaretten.

**Zenith**

Bestes deutsches Fabrikat

Überall erhältlich.

**Astrides**  
Cigaretten

Beste deutsche Fabrikate

Überall zu haben.

**PROBLEM**  
Cigaretten

überbieten Importen

Die sozialen Verhältnisse, nicht die Unfähigkeit der Mütter zu stillen, sind sehr oft der Grund, wenn die Kinder nicht mit Muttermilch ernährt werden. Ein sehr guter Ersatz derselben ist Kufeskes Kindermehl mit oder ohne Kuhmilch, da es die in der Muttermilch vorhandenen Nährstoffe im richtigen Verhältnis enthält, von den Kindern seines Wohlgeschmacks wegen gern genommen wird, leicht zuzubereiten, im Gebrauch sehr ausgiebig und daher billig ist, sich gleichförmig hergestellt wird und nicht verdirbt.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4463L\*  
Amt 4, 3014.

Beste BETTENFÜLLUNG sind GUSTAV LUSTIG'S MONOPOLDAUNEN

(gesetzlich geschützt)  
das Pfund 2.85 Mark.

Die **Bettfedernfabrik**  
mit elektrischem Betriebe

## Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 45 u. 46,  
fährt nur

Bettfedern | Daunen  
in 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 5,00 Mtl. per Pfd.  
in 2,55, 3,50, 4,50, 5,50, 6,50 bis 8,00 Mtl.

Fertige Betten,  
bestehend aus Oberbett, Unterbett 2 Rippen,  
in 12, 15, 19, 22, 25, 28, 36, 43, 51, 60, 75,  
90 bis 105 Mtl.

Bettinlets und andere Bettartikel.  
Grösstes Spezial-Geschäft  
Deutschlands.

Umsatz im Jahre 1904:  
**Ueber 2000 Ctr.**  
Bettfedern und Daunen — etwa  
200 Ctr. mehr als im Jahre 1903 —  
von keinem anderen Bett- und Bettfedern-  
Geschäft annähernd erreicht.

Es kann Niemand Betten u. Bettfedern  
billiger oder besser liefern als die Firma

## Gustav Lustig,

- weil die Firma sich nur mit dem Artikel Betten und Bettfedern befasst,
- weil kein zweites Geschäft, das Betten und Bettfedern führt, in 1 Jahre 2000 Centner Bettfedern und Daunen umsetzt,
- weil die Firma Gustav Lustig von ersten Importeuren, von ersten russischen, österreichischen und inländischen Sammlern und von Geflügelmästern kauft und
- Rohwaren in eigener Bettfedernfabrik verarbeitet

## EISEN- UND MESSING-BETTSTELLEN

eine grosse Partie  
zu  
aussergewöhnlich billigen Preisen.  
So lange der Vorrat reicht.

Verantwortl. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.



Zwölfte Generalversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes.

Donnerstagsvormittags-Sitzung.

Die Verhandlungen schreiten weiter zu Punkt 4: „Die Heimarbeit in der deutschen Tabakindustrie“. Referent B. Bräuer: Berlin: Die Heimarbeit in der Tabakindustrie hat schon die meisten Verbandstage beschäftigt. Das zeigt die Regierung nicht um die Frage kümmern, zeigt das Fehlen jedes amtlichen statistischen Materials. Das beweist, daß die Tabakarbeiter sich auch politisch betätigen müssen. Die Tabakarbeiter müssen daher auch für das nötige Material sorgen. Schon der Erfurter Kongress habe eine entsprechende Resolution angenommen, die ein völliges gesetzliches Verbot der Heimarbeit verlangen eben, die Unterstellung der Heimarbeit unter die Bundesratsverordnungen und die Fabrikinspektoren. Die Regierung hat daraufhin nichts getan. Die Tabakarbeiter müssen trotzdem weiter fordern. Auch die Schutzmarke war ein Mittel, da sie den Fabrikanten, die mit Hausindustrie arbeiten, nicht verliessen wurde. Aber die Arbeiterschaft war für die Schutzmarke nicht hinreichend zu interessieren, es fehlte die Solidarität. 1893 auf dem Berliner Kongress wurde ebenfalls eine Resolution angenommen, die auf die Schäden der Hausarbeit hinwies und völliges gesetzliches Verbot forderte. Auch diese Resolution fand nicht das Ohr der Regierung. Die Bundesratsverordnung von 1893 war durchaus wirkungslos. Die Fabrikanten übertrugen die ihnen zufallenden Lasten einfach auf andere Schultern. Zum Heimarbeiterschutz-Kongress von 1904 haben die Hamburger und Berliner Kollegen ein Material beigebracht, das trotz der Mangelhaftigkeit — die Heimarbeiter selbst hatten mit ihrem Geld aus Furcht hinter dem Verge — ein erschreckendes Bild ergab. Verdienste von 6 M. für Einzelarbeiter, 10, 12 M. für Ehepaare; dabei eine Arbeitszeit bis zu 67 1/2 Stunden pro Woche und höher; dazu die schlimmsten Wohnungsverhältnisse. Noch schlimmer sieht es in der Zigarettenbranche aus. Hier waren die Auskünfte noch zurückhaltender. Fälle wurden verzeichnet, wo in einer Stube gearbeitet, geschlafen und gelocht wurde. Treffliches Material tragen auch gegenwärtig die Bremer Kollegen im „Tabakarbeiter“ zusammen, die auch die Kinderarbeit berücksichtigen. Danach werden 195 Kinder bis herab zu sechs Jahren von den eigenen Eltern mit beschäftigt, trotz aller Verbote. Bei solchen Verhältnissen müssen die organisierten Tabakarbeiter eingreifen, schon wegen der Schmutzkonkurrenz der Heimarbeit in bezug auf die Löhne. Der Heimarbeiterschutz-Kongress zeigte, daß auch die Wissenschaft die Heimarbeit, vor allem vom hygienischen Standpunkte aus, verurteilt. Die Sozialreformer werden sich bei ihrem Kampfe vor allem an die Konsumenten, die durch die Produkte der Heimarbeit geschädigt werden, besonders bei Tabakfabrikanten. Der Vorwurf, daß die Arbeiter im Kampfe gegen die Heimarbeit sich mit den Bürgerlichen zusammengetan haben, ist ungerechtfertigt, man muß das Gute nehmen, woher es immer kommt. Auf dem Heimarbeiterschutz-Kongress wurde eine Resolution angenommen, die aber leider das völlige Verbot der Heimarbeit nicht enthält. Daher haben die auf dem Kongress vertretenen Tabakarbeiter eine dahingehende ergänzende Erklärung abgegeben. Eine weitere Resolution erwartet von den Konsumvereinen eine Bekämpfung der Heimarbeit dadurch, daß sie keine Tabakfabrikate aus der Hausarbeit beziehen. Hier haben die Tabakarbeiter noch viel Aufklärungsarbeit zu tun. Auf dem internationalen Arbeiterkongress von 1904 in Amsterdam hat die deutsche Delegation eine Resolution eingebracht, die das gesetzliche Verbot der Heimarbeit fordert; sie wurde angenommen. Redner empfiehlt die Generalversammlung, der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses und den Resolutionen von Erfurt, Berlin und Amsterdam zuzustimmen. Von der Regierung und den herrschenden Klassen sei nicht viel zu erwarten, trotzdem müsse es immer wieder versucht werden, aber ebenso sehr müsse die Aufklärung in die Reihen der eigenen Kampf- und Klassen Genossen getragen werden.

Uhlig - Dresden: Dieser Punkt sei der wichtigste der Tagesordnung, denn die Hausarbeit sei der Ruin der Tabakindustrie. Es müssen bestimmte Vorschläge gemacht werden, um von der Regierung zu fordern, daß durch gesetzliche Maßnahmen die Produkte der Hausarbeit auferlich, vielleicht durch Enquetten, als solche gekennzeichnet werden. In der Zigarettenbranche ist die Hausarbeit eine ungeheuer gefährliche Konkurrentin der Fabrikarbeit. Ein wichtiges Kampfmittel wäre eine gut angelegte Statistik, auch die Preise könnte viel Einfluß ausüben.

Lehmann - Bernigerode: Vor allem müssen die Heimarbeiter selbst über die Schäden der Heimarbeit aufgeklärt werden. Redner schildert dann die Verhältnisse in der Leipziger Heimarbeit. Von den 1000—1200 für Leipziger Firmen tätigen Tabakarbeitern sind nicht viel mehr als 100 in Fabriken tätig. Löhne bis herab zu 8 M. pro Woche für männliche Arbeiter kommen vor, die größere Hälfte verdient unter 12 M., die weiblichen verdienen bis herab zu 4—5 M., Höchstlöhne waren 12—14 M., Durchschnittslohn 7 M., alles in der Heimarbeit, während bei den Fabrikarbeitern in Leipzig ein Durchschnittslohn von 18 M. gezahlt wird. Der größte Teil der Heimarbeiter sind über 18 Stunden tätig. Die Kinderarbeit, 8—7 Stunden pro Tag, ist sehr ausgebreitet. Auch das Prämienystem schädigt die Löhne. Von jedem Tausend werden 60 Pf. einbehalten und nur ausgezahlt, wenn der Arbeiter mit seinem Tabak auskommt; auf diese Weise blüht eine Frau für ein sechsendes Pfund Tabak 75 M. ein.

Frau Behner: Beim Dresdener Kampfe konnte man Beobachtungen machen, welche Zustände bei den zu Hause arbeitenden Zigarettenarbeiterinnen herrschen. Wenn das die Konsumenten wüßten, sie würden sich hüten, noch jemals ein solches Fabrikat in den Mund zu nehmen.

Schmidt - Schwedt: Zuerst haben die Kollegen in den Großstädten die Heimarbeit zu bekämpfen. Der Kölner Gewerkschaftskongress hat mit seiner Resolution nur halbe Arbeit getan. Alle Kollegen, die ihre Fabrikarbeit heimlich niedertreten, um Hausarbeit zu verrichten, müssen aus dem Verbande gestrichen werden.

Gräbner - Danau: Die Regierungen sind ohnmächtig gegen den Kapitalismus, wir müssen unsere Geschicke selbst in die Hand nehmen, das haben ihm seine Erfahrungen bei den Beratungen im Reichsamt des Innern im Jahre 1901 bewiesen. Sogar Zigarettenarbeiter haben dort erklärt, unter der Einwirkung ihrer Fabrikanten, daß die Heimarbeit unschädlich sei. (Witruß.)

Riendorff - Kiel: Wenn es besser werden soll, dann muß man die Heimarbeiter ihre Lage mehr empfinden lassen. Das Bedürfnis, ihre Lage zu verbessern, muß bei den Tabakarbeitern mehr geweckt werden. Die Resolution des Heimarbeiterschutz-Kongresses

wird praktische Erfolge nicht zeitigen, sie sei ein lahmender Kompromiß. Ein vorzügliches Mittel der Selbsthilfe sei die Genossenschaftsbewegung. Vielleicht könnte diese Frage einmal auf die Tagesordnung einer der nächsten General-Versammlungen gesetzt werden.

Geyer vertritt, daß der „Tabakarbeiter“ sein Augenmerk auf die Heimarbeit richten werde. Aber die Kollegen müssen die Bedaktion dabei unterstützen. Ueberhaupt muß in diesem Kampfe mehr gesehen als bisher. Die Regierung wird von den Unternehmern beeinflusst, nichts in der Heimarbeitfrage zu unternehmen, deshalb ist von den für 1906 von der Regierung versprochenen Erfolgen der von Gräbner erwähnten Reichsenquete von 1901 nichts zu spüren. Angeblich beabsichtigt die Regierung eine Beschränkung der Heimarbeit; die Tabakarbeiter sind damit nicht zufrieden, weil sie wissen, daß diese Beschränkungen doch durchbrochen werden. Deshalb sei die völlige Beseitigung nötig. Die Erklärung der Tabakarbeiter-Delegierten zu der Resolution des Heimarbeiterschutz-Kongresses war der einzige Ausweg, dort den entschiedenen Willen der Tabakarbeiter zur Beseitigung der Heimarbeit zum Ausdruck zu bringen. Wenn ein Entwurf auf Beschränkung der Heimarbeit dem Reichstag vorgelegt werden sollte, werde es seiner Ansicht nach die sozialdemokratische Fraktion ebenso machen; sie wird ihren prinzipiellen Standpunkt zum Ausdruck bringen, aber, wenn nichts anderes zu erreichen ist, für den Entwurf stimmen.

Rüller - Berlin geht auf die Verhältnisse in der Berliner Zigarettenindustrie ein, wo die in der Fabrik arbeitenden Kollegen vom Unternehmer selbst Hausarbeit für den Abend verlangen. Auf dem Wege der Selbsthilfe ist hier allerdings vom Verbands, zum Teil gegen den Willen der Mitglieder, eine Besserung erreicht worden.

Mittagspause.

Donnerstagnachmittags-Sitzung.

Burgold - Braunschweig: Das wenigste, was wir heute schon von der Regierung verlangen können, ist die Unterstellung unter die Gewerbe-Inspektion; das wäre besonders nötig für die Darger und die Gegend des Eichsfeldes.

Clasen - Bielefeld: Auch in Westfalen herrschen in der Hausindustrie erschreckende Zustände; leider war es bis jetzt nicht möglich, statistisches Material zu beschaffen. Die Heimarbeiter aus dem Verbands auszuscheiden, gehe nicht, da viele Kollegen gern in den Fabriken arbeiten würden, wenn die Fabrikanten nur wollten. Auf die Konsumvereine müsse mehr eingewirkt werden. Der Vorstand müsse sich an den Verbandstag der Konsumvereine wenden.

Behr - Berden: Die Heimarbeiter gestatten einen Einblick in ihre Verhältnisse nicht, weil sie sich ihrer tiefen sozialen Lage schämen. In der Berdener Gegend sind die Kollegen, selbst die organisierten, Anhänger der Heimarbeit, weil sie meinen, sie könnten dabei ihre Arbeitskraft besser ausnützen. Sie vergessen dabei, daß sie sich aber auch viel schneller völlig ausgeben.

Hartmann - Delitzsch: In Delitzsch hat sich die Heimarbeit immer mehr ausgebreitet. Wer einmal in die Heimarbeit hineingekommen ist, der ist für die Fabrik verloren, weil er sich bei der Heimarbeit freier fühlt. Am schlimmsten sind bei der Heimarbeit die Wohnungsverhältnisse. Als der Generalinspektor von Halle einmal die Wohnungen der Delitzscher Heimarbeiter besuchte, erklärte er, nur noch Importen, nicht mehr deutsche Zigaretten rauchen zu wollen, weil er sich fürchte, Zigaretten aus solchen Hausverhältnissen zu bekommen. Die Kinderarbeit habe in Delitzsch große Ausdehnung, trotz der anerkanntwertigen Tätigkeit der Behörden. Die Kollegen seien oft stolz auf die Mitarbeit ihrer Kinder.

Frau Jähnichen: Auch bürgerliche Frauen, von Gendarmen, Unteroffizieren usw., sind als Heimarbeiterinnen in der Zigarettenindustrie tätig zu halben Löhnen, nur um ein Taschengeld zu verdienen. Beim Dresdener Streik habe man bürgerliche Frauen angeleert und dann habe man ihnen Arbeit nach Hause gegeben.

Hofmann - Leipzig: Bei Aufnahme von Statistiken finde man bei den Hausarbeitern meist verschlossene Türen, weil sie sich vor den Fabrikanten fürchten und glauben aus der Arbeit zu kommen, wenn sie die Wahrheit sagen. Die Heimarbeiter sind nicht in die Fabrik zu bringen, weil sie sich als Kleinfabrikanten betrachten.

Von Clasen ist ein Antrag eingegangen, den Verbandstag der Konsumvereine zu ersuchen, dem Vorstande der Tabakarbeiter die Teilnahme zu ermöglichen, um über die Mithilfe der Konsumvereine bei Bekämpfung der Heimarbeit eine Vereinbarung anzubahnen.

Spindler - Halberstadt: Bei Bekämpfung der Heimarbeit würde die Aufklärung des rauchenden Publikums von größtem Vorteil sein.

Diele - Frankenberg: In der Heimarbeit sind nicht die Arbeiter, sondern die Fabrikanten schuld. Diesen muß immer wieder auf die Finger geklopft werden.

Effer - Rindeln schildert die traurigen Verhältnisse in der westfälischen Hausindustrie. In gewissem Sinne ist es richtig, daß die Arbeiter selbst an der Hausarbeit schuld seien. Von seinem Verdienste als Tabakarbeiter allein kann keiner seine Familie ernähren; so wird er Heimarbeiter, da seine Familie dann mitarbeiten kann. Viele Tabakarbeiter heiraten hauptsächlich deshalb, um eine Widelmadlerin zu haben.

Riendorff - Kiel: Es ist fraglich, ob es den Tabakarbeitern möglich sein werde, unter den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen allein im Kampfe gegen die Unternehmer die Heimarbeit zu beseitigen. Da habe ihn Geyer falsch verstanden. Er verlange auch nach der Beseitigung, aber die Selbsthilfe müsse der Befreiung den Weg bahnen.

Börner verzieht auf das Schlusswort. Einstimmig werden die von ihm heute morgen erwähnten Kongressresolutionen angenommen, ebenso der Antrag Clasen.

Dann erstattet Krohn den Bericht der Revisionskommission. Danach sind die Massenverhältnisse nicht besonders günstig; es steht aber zu hoffen, daß bald bessere Verhältnisse eintreten werden. Dem Hauptkassierer soll ein Manuskript von 50 M. jährlich bewilligt werden mit rückwirkender Kraft auf zwei Jahre.

Einstimmig wird dem Vorstand Decharge erteilt. Das Manuskript wird genehmigt.

Dann erstattet den Bericht vom Kölner Gewerkschaftskongress

Wildemann - Stuttgart: Auf dem Wege der Neutralität komme die Gewerkschaftsbewegung nicht vorwärts, das habe der Gewerkschaftskongress anerkannt, indem er dem Ausspruch Bismarcks bestimmend, daß Partei und Gewerkschaften zusammengehören. In Stuttgart waren die Tabakarbeiter Gegner des

Zentral-Arbeitersekretariats. Auf dem Kölner Kongress habe man sich aber von der Wichtigkeit dieser Institution überzeugt. Was die Raiffeiser betreffe, so sehe Redner persönlich auf dem Standpunkt, daß durch die Raiffeiser nicht viel erzielt worden sei. In Köln war die Stimmung geteilt, und so kam man zu dem Entschlus, daß der Kongress nicht in der Lage sei, einschneidende Maßnahmen zu treffen. Der Punkt: „Die Gewerkschaften und die Genossenschaften“ interessiere die Tabakarbeiter besonders. Wenn der Kongress die Gewerkschaften verpflichte, sich um die Genossenschaften zu kümmern, so müsse man auch das Umgekehrte von den Genossenschaften verlangen. Und das könnten vor allem die Tabakarbeiter von den Konsumvereinen verlangen; diese dürften nicht Fabrikanten unterstützen, bei denen die traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen. Auch an dem Beschluß des Kongresses, daß die Gewerkschaften die Mittel für Streiks selbst aufzubringen haben und daß die überschüssigen Mittel aus Sammlungen nur Streikbedürfnissen dienen dürfen, sei für die Tabakarbeiter wichtig. Hätte der Beschluß schon früher bestanden, dann wären für den Dresdener Kampf vielleicht Mittel vorhanden gewesen. Die Heimarbeitfrage, mit der sich die Generalversammlung eben beschäftigt habe, sei sehr eingehend behandelt worden; es war dafür das größte Interesse vorhanden. Ueber die Frage des Generalstreiks finde sich der Redner mit Bismarcks Auffassung einig. Je mehr der Generalstreik besprochen werde, um so weniger werde von seiner Kraft übrig bleiben. Die Arbeiterschaft Deutschlands sei gestählt genug, um auch ohne vorübergehende Diskussionen im gegebenen Falle das zu tun, was nötig sei. Der Antrag, daß die organisierten Männer verpflichtet werden, ihre Frauen gegebenenfalls ihren Organisationen zuzuführen, fand selbstverständlich den Beifall der Tabakarbeiter. Im allgemeinen hat der Kongress wenig Positives geleistet.

Geyer: Er sehe zum Teil auf einem anderen Standpunkt wie Wildemann. Nicht die Gewerkschaften stehen der Raiffeiser ablehnend gegenüber, nur einige ihrer Führer. (Zustimmung.) Ueber die Finanzfrage und ihre Einwirkung auf die Raiffeiser können die Tabakarbeiter sehr objektiv urteilen; sie haben nichts zu verlieren. Aber wenn andere Gewerkschaften die Finanzfrage in den Vordergrund rücken, so ist zu sagen, daß die Finanzen der Gewerkschaften dem Kampfe dienen, und die Raiffeiser sei ein Kampfmittel. (Zustimmung.) Was bis jetzt erreicht worden sei, das sei durch die Raiffeiser mit erreicht worden. Die Vergeisterung über den Pariser Beschluß habe den Anstoß zu neuem Leben in der Arbeiterbewegung gegeben. Was durch die Raiffeiser erreicht ist, kann allerdings nicht statistisch belegt werden. Die Arbeiterruhe als Demonstration darf nicht ausgeschaltet werden, weil auch die teilweise Arbeitruhe eine Agitation für die völlige Arbeitruhe ist, sie gibt Anlaß zur Diskussion über den Wert und die Grundlage der Raiffeiser. (Zustimmung.) Mit alledem wolle er durchaus nicht die Kompetenz der Gewerkschaften bestreiten, zur Raiffeiser Stellung zu nehmen, aber sie sollen sich mit der politischen Arbeiterbewegung ins Einvernehmen setzen. Gegenwärtig ist die Frage durch den Jenaer Beschluß zum Abschluß gekommen. Auch die Frage des Generalstreiks, die in Köln noch in großer Unklarheit geblieben ist, ist durch die Jenaer Beschlüsse zum Teil erledigt. Die politische Arbeiterbewegung hat durch Anerkennung des politischen Massenstreiks für sich Klarheit geschaffen, an den Gewerkschaften wird es liegen, ihrerseits Klarheit über die Anwendung des General- bezw. Massenstreiks in wirtschaftlichen Kämpfen zu schaffen. Wirtschaftliche Massenstreiks haben wir schon, aber sie haben die Massenausperrungen zur Folge. Die Unternehmer gehen selbst zur Offensive über, und nach dieser Richtung werden die Gewerkschaften einmal ihre Taktik überdenken müssen.

Rüller - Berlin tritt für die bisherige Raiffeiser ein. Wo eine Erläuterung eingetreten sei, dort durch die Gewerkschaftsführer. Er begründet den Antrag Berlin, daß die Wahlen der Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen in den Mitgliederversammlungen, nicht von der Generalversammlung vorgenommen werden.

Uhlig - Dresden ist der Ansicht, daß man heute den Genossenschaften zu viel Bedeutung beimesse. Die Genossenschaften seien noch zu rückständig, um den gewerkschaftlichen Interessen förderlich zu sein. Da wird noch viel Aufklärung nötig sein. Den wirtschaftlichen Generalstreik lehne er ab, zu Massenausperrungen treibe die Unternehmerschaft.

Burgold - Braunschweig: Die Braunschweiger sind für Arbeiterkammern gewesen. Redner legt die Gründe hierfür dar.

Krause - Hirschroda tritt für den Berliner Antrag ein.

Es ist ein Antrag eingegangen: Der Vorstand hat, da auf je 3000 Mitglieder ein Delegierter zur Vertretung zum Gewerkschaftskongress zugelassen wird, im Verhältnis zur Mitgliederzahl des Verbandes, nach der neuen Einteilung, diese durch die Mitgliedschaften wählen zu lassen.

Kraus - Lippstadt: So sehr er sich über die Stellung des Verbandes in der Raiffeiser gefreut habe, so sehr habe er sich über die Auslassungen Wildemanns geirrt.

Wiesen - Erfurt begründet einen dem Berliner Antrag gleichlautenden Antrag Erfurt. Werden die Delegierten in den Mitgliederversammlungen gewählt, dann werde der Gewerkschaftskongress nicht ein bloßer Kongress von Beamten sein. Die Konsumvereine sollten weniger auf hohe Dividenden sehen, dann könnten sie auch die gewerkschaftlichen Forderungen fördern.

Es ist eine Resolution eingegangen: „Die XII. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes hält unter allen Umständen an den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse sowie des deutschen sozialdemokratischen Parteitagess fest. Sie hält die Arbeitruhe am 1. Mai für das wirksamste Mittel der Demonstration zur Erreichung günstiger Arbeitsverhältnisse und zur Förderung des Zusammenhalts der Arbeiter aller Länder in dem Gedanken des Massenbewusstseins. Hinsichtlich des politischen Massenstreiks stelle sich die Generalversammlung klipp und klar auf den Standpunkt des Jenaer Parteitagess und erkenne dessen Beschlüsse als für das Verhalten der organisierten Tabakarbeiter verbindlich an.“

Rakuraw - Dresden ist gegen die Arbeitruhe am 1. Mai, weil dadurch die Einheitslichkeit der Raiffeiser durchbrochen werde. (Lebhafter Widerspruch.) Die Massen, die zur Raiffeiser kommen, aber sonst der Organisation fernbleiben, die seien auch bei allen Kuratveranstaltungen vertreten.

Riendorff - Kiel: Bei allem, was wir in der Arbeiterbewegung beschließen, haben wir nie darauf Rücksicht genommen, ob es so realisiert werden wird, wie wir es wünschen. Das gilt auch für die Raiffeiser. Die hohen Ideale der Raiffeiser dürfen sich die Arbeiter nicht schmälern lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Raiffeiser wurzelt tief im Volke, sie läßt sich durch Beschlüsse nicht aus der Welt betreten. (Zustimmung.) Diese Generalversammlung, als erste nach Jena, möge erklären, daß sie sich wohl fühlt bei den Beschlüssen des Parteitagess. (Zustimmung.)

Es tritt Verlesung auf Freitag vormittag ein.

Advertisement for Sunlight Soap. Text: Wunderbarer Duftentstrome der Rose von Shiraz — von köstlichem Aroma durchdrungen ist auch die Wäsche, zu der Sunlight Seife ausschließlich verwendet wird. Dieselbe wird nur aus den besten und reinsten Rohmaterialien auf Grund eines eigenartigen vollkommensten Fabrikationsprozesses, durch den der höchste Grad der Verseifung der Fette und Öle erzielt wird, hergestellt und verleiht deshalb dem Linnen jenen wunderbaren Duft und die glänzende Reinheit, welche Haus und Heim anmutig machen. Weil ihre Reinigungskraft eine konzentrierte ist, besitzt Sunlight Seife bei richtiger Verwendung die größte Ausgiebigkeit. Sie ist deshalb eine billige, preiswerte Haushaltsseife für alle Zwecke.







# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1923.

Nr. 237. Dienstag, den 10. Oktober 1905.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Parteigenossen! Mittwoch ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

### Partei-Angelegenheiten.

**Charlottenburg.** Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, ist Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Hirsch. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. 4. Vereinsangelegenheiten. Sämtliche Mitglieder wollen pünktlich erscheinen.

**Schöneberg.** Heute Dienstag abend Flugblattverbreitung. Treffpunkt abends 7 Uhr in den Bezirkslokalen.

**Neuenhagen (Ostbahn).** Sonntag nachmittags 4 Uhr findet im Wänsches Lokal in Neuenhagen die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Bericht von der Kreisversammlung. Bericht der Vereinsfunktionäre und Neuwahl. Das Organisationsstatut für Groß-Berlin. Vereinsangelegenheiten. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

**Nieder-Schöneweide.** Dienstag abends 8 1/2 Uhr ist bei Fischer, Berlinerstr. 17b, die Generalversammlung.

**Ober-Schöneweide.** Mittwoch abends 8 1/2 Uhr findet im Restaurant Kaufhold, Wilhelmstr. 18, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, der Funktionäre und Neuwahl. Anträge, Verschiedenes.

**Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz.** Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Reichen, Chausseestr. 104: Ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag in Jena. Diskussion. Bericht der Vereinsfunktionäre und Neuwahl. Vereinsangelegenheiten. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen erforderlich.  
Der Vorstand.

### Vorort-Nachrichten.

#### Charlottenburg.

**Charlottenburg als Hafensiadl.** Bekanntlich macht der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin neue, dem zu erwartenden Schiffsahrtverkehr entsprechende große Hafenanlagen in Groß-Berlin notwendig. Gelegentlich der Beschlußfassung über die Kostenbeteiligung der Stadt Berlin hat vor kurzem die Berliner Stadtverordneten-Versammlung an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, schleunigst die notwendigen Vorarbeiten für die Errichtung einer Hafenanlage im Norden Berlins in Angriff zu nehmen. Es wurde dabei der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß sonst Charlottenburg der Stadt Berlin zuvorkommen könnte. Dies ist, wie die magistratsamtliche Charlottenburger „Neue Zeit“ meldet, soweit es sich um die Vorarbeiten handelt, bereits der Fall. Im Schoße des Charlottenburger Magistrats werden schon seit längerer Zeit die Projekte für den Bau eines großen, mit dem Staatsbahnhof in Verbindung stehenden Handelshafens erwogen. Eine Kommission mit dem Oberbürgermeister an der Spitze ist mit der Befestigung einer größeren Anzahl Dammhäfen betraut worden und hat sich Anfang voriger Woche auf die Reise begeben; sie soll die Hafenanlagen in Stettin, Breslau, Frankfurt a. M., Mannheim, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort und Magdeburg besichtigen. Die in diesen Hafenanlagen gesammelten Erfahrungen sollen für die endgültige Ausgestaltung der Projekte für den geplanten Charlottenburger Hafen als Unterlage dienen, um für diesen die zweckmäßigsten, der Reuezeit entsprechenden Anlagen zu schaffen. Mit diesem Hafenprojekt in Verbindung steht auch das Projekt für eine Industriebahn im Stadteile nördlich der Spree. Sobald die Projekte fertiggestellt sein werden, sollen sie der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

#### Schöneberg.

**Die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter,** deren Abänderung durch den Magistrat wir bereits gedacht haben, stand auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung. Hier sollte die Zustimmung der Versammlung zu den magistratsamtlichen Abänderungen erfolgen. Ob denn der Magistrat wirklich an eine solche geglaubt hat, indem er in seiner famosen „Begründung“ auf die teilweise Uebereinstimmung mit den gefassten Beschlüssen bezüglich der Erhöhungen hingewiesen hatte?

Der Referent Prof. Meilman beschränkte sich im allgemeinen auf die „Gründe“, die den Magistrat zur Reduzierung der festgesetzten Löhne bewegen haben, auch er kann dieselben nur als sehr unglückliche bezeichnen, wenn z. B. gesagt wird, daß man durch eine langsame Zulage bis zur Erreichung des Höchstgehaltes — wanzig Pfennige alle zwei Jahre! — eine gewisse Kategorie um so fester an die Arbeitsstätte fesseln könne.

Genosse Käter zerpfückte denn auch mit Leichtigkeit die magistratsamtlichen „Gründe“ und Einwände. Trotz des einstimmig gefassten Beschlusses durch die Versammlung, trotz der vielen und eingehenden Ausführungen ist, wo es sich um Zustimmung des anderen Teiles der Körperschaften handelt, wohl noch nie mit so wichtigen Gründen operiert worden. Unser Redner wies zunächst auf die schwere und gefährliche Art der Beschäftigung der Kanalisationsarbeiter und Straßenreiner hin und wies an der Hand von Einzelfällen auf die ganz besondere Gefährlichkeit der Kanalisationsarbeit hin. Hatte man infolge der Ueberlastung vor den Ferien nicht Zeit genug, sich im Ausschusse über die vorliegende Materie zu unterrichten, um sich nachträglich von den Dezernenten über Arbeitslöhne „beraten“ zu lassen, so wären jedenfalls die beteiligten Arbeiter selbst die geeigneten Stellen gewesen, sich über die Art der Beschäftigung aufklären zu lassen. Statt zu erhöhen, gebe man sich Mühe, die Löhne herabzusetzen, trotzdem die von ihm (Käter) vorgelegte Haushaltstabelle ein Defizit von 91 M. aufweist. Seinem sozialpolitischen Verständnis fehe aber der Magistrat die Krone auf, wenn er aus den von ihm vertretenen Gründen ein Festhalten der Gärtnere erwarte. Daß sogar noch die ohnehin niedrige Entlohnung der in städtischen Betrieben beschäftigten Frauen unter den Ausführantrag herabgedrückt werden soll, sei ebenfalls nicht zu verstehen, wenn man erwäge, daß in Berlin bereits höhere Löhne gezahlt werden.

Glaube nun der Stadt. Sped die Gärtnere als qualifizierte Arbeiter in Schutz nehmen zu müssen, so dükerte sich der Stadt. Jetzt (der Herr macht sonst „öffentlich“ gern in Wohlfaht) im Sinne der Herabsetzung der Löhne. Er hat sich den Gedankengang des Magistrats vom „gerechten Ausgleich“ zu eigen gemacht, trotzdem

er vom Verlassen Käter daran erinnert wurde, daß unser Antrag auf gleichmäßige Erhöhung nicht durch unsere Schuld zu Falle kam.

Unter Zurückziehung des sozialdemokratischen Antrages auf Wiederherstellung der Ausschußvorlage wurde auf Antrag des Stadtverordneten Meilman die Angelegenheit einer gemischten Deputation, bestehend aus 3 Magistratsmitgliedern und 6 Stadtverordneten, überwiesen. Mit dieser Möglichkeit scheint der Magistrat in seiner Vorlage auch bereits gerechnet zu haben.

Die Vorlage des Magistrats betr. Erhöhung der Mietsentschädigung der Beamten wurde ohne eigentliche Debatte eines „Formsehlers“ wegen an den Petitionsausschuß zurückverwiesen, die Frage der Einführung des orthopädischen Turnunterrichts aber dem Einspruch überlassen.

Unter den gleichen Vergünstigungen wie im Vorjahre wurde auch diesmal dem Verein zur Förderung der Kunst die Ueberlassung einer Schulaula für das Winterhalbjahr beschloffen. Dem Volkshausverein wird sodann auf sein Gesuch eine außerordentliche Beihilfe von 1000 M. bewilligt und zur Herausgabe einer wissenschaftlichen Abhandlung zu den Schulnachrichten des Hohenzollernghymnasiums 300 M. zur Verfügung gestellt.

Auf den zur Erledigung gelangten Nachtrag zum Ortsstatut, betreffend die Anstellung und Versorgung der Beamten und Bediensteten der Feuerwehr kommen wir, da sozialdemokratischerseits hierzu eine Reihe Änderungsanträge gestellt wurden, später zurück.

#### Rixdorf.

**Berühmte Explosion.** Der Materialwarenhändler Wilhelm Kipper, Rixdowerstr. 2, war am Samstagabend im Laden mit dem Abfüllen von Petroleum aus einem größeren Behälter in Flaschen beschäftigt, wobei er neben sich zur Seite ein offenes Licht gestellt hatte. Plötzlich entzündete sich das Petroleum an dem Behälter, und im nächsten Augenblick explodierte auch der größere Behälter, so daß in wenigen Minuten der ganze Laden in Flammen stand. Glücklicherweise konnten sich alle im Laden befindlichen Personen noch rechtzeitig retten, so daß niemand verletzt wurde. Die alarmierte Freiwillige Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit, doch ist der entstandene Schaden sehr groß, da die gesamten Warenvorräte vernichtet sind, ebenso die gesamte Einrichtung.

#### Spandau.

**Das Spandauer Gewerkschaftsstatut** macht darauf aufmerksam, daß Sammelstellen für die in der Elektro-Industrie ausgesperrten im Lokale von Frau Böhle, Reumeisterstraße, zu haben sind; auch findet dort Montag von 6—10 Uhr abends die Abrechnung statt. Gleichzeitig bitten wir, die am Mittwoch, den 11. Oktober, bei Kümle, Schönwalderstraße, und Tschnow (Vollgarten), Hafenselbe, stattfindenden Volksversammlungen mit dem Thema: „Die Aussperrung in der Metallindustrie“ recht zahlreich zu besuchen.

#### Nowawes-Neuendorf.

Der frumme Meister. Selbstmord aus Furcht vor Strafe beging der zierliche 43jährige Weber Paul Thomas hier selbst. Er war schon in früheren Jahren ein pünktlicher Kirchensänger, eifriges Mitglied des Junglingsvereins, überhaupt einer derjenigen, die man als die festen Säulen von Thron und Altar bezeichnet; als Altgeselle der Weber-Zinnung hatte er auch deren Kronenkrone zu verwalten, was er mit einem so vortrefflichen Geschick tat, daß sich die Staatsanwaltschaft seiner annahm und ihn wegen verschiedener Unterschlagungen, die er sich in seinem Amte hatte zuschulden kommen lassen, auf ein halbes Jahr Aufenthalt hinter schwedischen Gardinen verurteilte. Nach Verbüßung seiner Strafezeit schloß sich Thomas sofort wieder der hiesigen Kirchlichen und patriotischen Bewegung an und es gelang ihm, durch Vermittelung der Geistlichkeit eine Meisterstellung in der Rindischen Rehfabrik in Neu-Waldesberg zu erhalten. Diese Firma ist in letzter Zeit übrigens bei den Arbeitern dadurch berüchtigt geworden, daß sie einen Anschlag erließ, wonach je jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin eine wöchentliche Lohnzulage von 25 Pf. versprochen und ihnen eine mindestens fünfjährige Beschäftigungsdauer garantierte, wenn sie aus dem Textilarbeiterverbande austreten würden, welchem unstillen Verlangen leider eine große Zahl der Organisierten nachkam. In dem Betriebe war vom Chef die Anordnung getroffen, daß die dort Arbeitenden ihren Lohn in Diliten von dem jeweiligen Meister auszubezahlen bekommen; diese Anordnung wurde aber vom Meister Thomas seit langem nicht mehr befolgt, sondern es wurde den Arbeiterinnen das Geld lose angezahlt, wobei fast regelmäßig ein gewisser Betrag abgezogen wurde. Da die in der Fabrik geltende Arbeitsordnung verschiedene Strafbestimmungen enthält, so waren die Arbeiterinnen der Meinung, daß sie gegen diese Bestimmungen verstößen hätten und der abgezogene Betrag die Strafe dafür sei, bis eine vor kurzem eingestellte Arbeiterin den Mut fand, sich im Kontor über diesen Abzug zu beschweren. Als hierauf der Chef die Lohnsätze von dem Mädchen verlangte, erklärte diese dem erlauteten Unternehmer, daß sie ihr Geld lose bekommen habe. Da bei den nun angestellten Arbeiterinnen auch die anderen Arbeiterinnen erklärten, ihr Geld lose erhalten zu haben, wurde Meister Thomas ins Kontor gerufen. Statt dort Rede und Antwort zu geben, zog er es — nachdem er erfahren, um was es sich handelte — vor, schleunigst aus dem Kontor und dem Betriebe zu verschwinden. Da die Unterschlagungen, die dieser Musterchrist an dem schwer verdienten Lohne der armen Arbeiterinnen verübte, wahrscheinlich schon jahrelang betrieben wurden und der Betrüger eine schwere Strafe zu erwarten hatte, erhängte er sich in den Waldanlagen hinter der Rinderschen Fabrik, wo seine Leiche am Freitag voriger Woche gefunden wurde.

#### Potsdam.

**Mit der Wurf nach der Speckseite.** Die „Potsd. Korresp.“ meldet ganz harmlos: Zum Ehrenbürger der Stadt Potsdam wurde von den städtischen Behörden der Minister des Innern Herr v. Bethmann-Hollweg ernannt, welcher bekanntlich als Oberpräsident der Provinz Brandenburg verschiedene Jahre in Potsdam seinen Wohnsitz gehabt hat. Man mußte in Potsdam an diese Ehreung die Öffnung, daß der neue Ehrenbürger seinen ganz großen Einfluß geltend machen wird, um den Kaiser zu bewegen, die

noch immer nicht erfolgte Genehmigung zur Ueberführung des elektrischen Betriebes der Straßenbahn über die Langenbrücke zu erteilen.

#### Ober-Schöneweide.

Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet in der Schulaula, Ober-Schöneweide, Fritschenstraße, eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Interpellation unserer Genossen: „Wie stellt sich die Gemeindevertretung zu der Aussperrung?“

### Berliner Nachrichten.

#### Die gegenwärtige Fleischsteuerung und deren Ursachen

befandelte ein Flugblatt, das am Sonntag von unseren Genossen der Bevölkerung Berlins und der Kreise Nieder-Barnim und Teltow-Beeskow ins Haus getragen wurde. Das Flugblatt geht in entschiedener Weise die Politik der Reichsregierung, die lediglich die Geschäfte der Junter besorge, und legt dar, daß dem kulturfeindlichen Treiben der Agrarier nur durch Anwachsen der sozialdemokratischen Partei Halt geboten werden kann.

Wie immer, wenn unsere Partei zu einer Aktion auf den Plan tritt, so waren auch diesmal unsere Parteigenossen schon früh auf den Beinen, um ihrer Parteipflicht zu genügen. In verhältnismäßig kurzer Zeit war die Arbeit getan. Diese Arbeit könnte aber noch mehr erleichtert werden, wenn eine ganze Anzahl derjenigen, die am Sonntag fehlten, sich das nächste Mal mit zur Verfügung stellen würden. Die bevorstehenden Arbeiten zur Stadtverordnetenwahl bedingen, daß die Genossen recht zahlreich dem Rufe nach Mithilfe folgen. Je mehr sich daran beteiligen, desto schneller ist die für unsere Erfolge doch so notwendige Arbeit getan. Eine gute Vorbereitung des Kampfes verbürgt uns den sicheren Sieg!

**Für Stadtbahnpassagiere.** Offenstehende Stadtbahn-ic. Bagentären haben in letzter Zeit wieder recht häufig zu Beschädigungen des Betriebsmaterials geführt; sie gefährden auch bei Einfahrt der Züge in die Stationen die auf den Bahnsteigen wartenden Reisenden in hohem Maße. Die Staatsbahnverwaltung hat sich daher veranlaßt gesehen, an die strenge Durchführung der bezüglichen Vorschriften mit dem Hinzufügen zu erinnern: „Ebenso ist darauf zu halten, daß Fahrgäste, die während der Fahrt ein- oder aussteigen, festgesetzt und wegen Uebertretung bahnpolizeilicher Vorschriften bestraft werden.“ In einzelnen Fällen mögen die Ähren so auch durch die dazu bestellten Beamten nicht ordnungsgemäß eingeklinkt werden, meist sind diese aber schon geschlossen gewesen und durch später in den schon fahrenden Zug einsteigende Fahrgäste wieder geöffnet worden, so daß die Beamten die offene Tür im letzten Augenblick nur noch zuverfen konnten. Da die Beamten für die Beschädigungen von Wagentüren mit verantwortlich gemacht und die Aufenthaltszeiten im Interesse eines flotten Verkehrs auf das notwendige Maß beschränkt werden müssen, so wäre es dringend zu wünschen, daß das Publikum, wie in anderen Großstädten, sich selbst der kleinen Mühe unterzöge, die Wagentüren hinter sich zu schließen, namentlich dann, wenn der Wagen an dem betreffenden Arrischiefer schon vorbeigefahren ist. Es gehört wirklich nicht zu den Annehmlichkeiten des Stadtbahnverkehrs, wenn man, wie dieser Tage ein Herr, durch eine schwere Wagentür umgestoßen und auf den Bahnsteig geworfen wird.

**Der Vorstand des Deutschen Städtetages** trat am Montag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Hirschner im Rathaus zur Beratung von Maßnahmen zur Vinderung der durch die anbauende Fleischsteuerung entstehenden Not und zur Beseitigung der Uebelstände, die sich immer mehr fühlbar machen, zusammen. An den Beratungen nahmen Bürgermeister Dr. Reide, Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Langerhans, die Oberbürgermeister v. Borsch-München, Adickes-Frankfurt a. M., Beder-Köln a. Rh., Deutler-Dresden u. a. teil. Ein Abendessen vereinte die Herren im Ratskeller.

**Im Anschluß an das Untergrundbahn-Projekt der Großen Berliner Straßenbahn** ist, wie bereits mitgeteilt wurde, die Betriebsgesellschaft auch an die Gemeindevertretungen der Vororte wegen Verlängerung der Verträge herangetreten. Der Magistrat der Stadtgemeinde Rixdorf hat nunmehr an die benachbarten Vorortgemeinden, die durch Straßenbahnlinien mit ihr verbunden sind, das Ansuchen gerichtet, zu dem Antrage der Straßenbahngesellschaft auf Grund einer gemeinschaftlichen Votus Stellung zu nehmen. Der Rixdorfer Magistrat ist der Ansicht, daß die Interessen der Berliner Vororte untereinander fast gleichmäßig sind und demgemäß auch die Verträge der Berliner Straßenbahn mit den Nachbargemeinden möglichst gleichmäßig umgestaltet werden müssen. Uns soll verlangen, ob die gemeinsame Gefahr das Beweisen der Vororte stärkt. Noch aus den letzten Jahren war zum Teil von Verträgen zu berichten, in denen das Interesse der Bevölkerung so wenig gewahrt wurde, als ob sie von der Straßenbahndirektion und der preussischen Regierung gemeinsam diktiert worden wären.

**Eine außerordentliche Verteuerung des Brennmaterials** ist für den Winter zu erwarten. Der Verband der Berliner Kohlen-Großhändler erklärt soeben folgende Bekanntmachung: „Durch den Eintritt der höheren Winterpreise, sowie durch die Erhöhung der Fuhr- und Arbeitslöhne sehen wir uns zu einer Erhöhung der Brennmaterialienpreise gezwungen, und erlauben uns, dem geehrten Publikum ergebenst davon Mitteilung zu machen, daß die Preise für Solon-Drifts sich um 25 Pf. per 1000 Stüd, bzw. 5 Pf. per Zentner erhöhen. Berlin, den 9. Oktober 1905. Der Verband der Berliner Kohlen-Großhändler.“ — Daß die Arbeitslöhne so mächtig steigen sind, dürfte wohl allgemeine Bekanntheit unter den in Betracht kommenden Arbeitern erregen. Die Steigerung des Preises für Drifts, Steinkohlen usw., die in Berlin hauptsächlich als Feuerungsmaterial gelten, wird auch eine Verteuerung des anderen Brennmaterials zur Folge haben. Besonders die kleinen Leute, die keine Vorräte im Sommer eingekauft haben, werden durch diese plötzliche Preissteigerung aufs empfindlichste getroffen.



Ueber einen Brillantendiebstahl bei einer Schauspielerin berichten die Blätter: Eine Schauspielerin vom Metropol-Theater erhielt in der vergangenen Nacht in ihrer Wohnung in der Mohrenstraße einen unerwarteten Besuch. Als die Dame mitten in der Nacht plötzlich aufwachte, sah sie zu ihrem Schrecken ein paar wenig vertrauenerweckende Männer in ihrem Speisezimmer. Sie erhob sich leise, eilte an ein Fenster und rief um Hilfe. Die Eindringlinge ergriffen darauf die Flucht über die Hintertreppe und entliefen. Sie hatten aber bereits eine ansehnliche Beute gemacht. Zwei Brillantkolliers, die ihnen auf dem Speisetisch gerade zur Hand lagen, nahmen sie mit. Das eine Kollier ist 4000 M. wert. Es hat im Mittelstück eine von zwölf Brillanten umgebene rosarote Perle, die so groß ist wie ein fünfzennigstück, und einen Brillanttropfen als Anhänger. Die beiden Schweifungen, die sich gegenüber liegen, sind mit kleinen Brillanten geschnitten. Der zweite Halskettenschnur, eine Perlenkette in dreieckiger Form mit kleinen Brillanten, hat im Mittelstück ebenfalls einen Brillanttropfen als Anhänger und ist 2000 M. wert. Von den Dieben fehlt bis jetzt noch jede Spur.

„Hoffentlich bewahren diese Mittelungen sich“... So wollten wir schreiben, als uns einfiel, daß dies ein recht häßlicher, unschicklicher Wunsch sei. Für viertausend Mark Brillanten haben und nicht haben, ist auch für eine Schauspielerin am Metropol-Theater ein Unterschied. Aber man muß sich des Umstandes erinnern, daß Mittelungen über solche Diebstähle bei Schauspielerinnen so oft in der Presse wiederkehren, daß Sinnbad der Seefahrer in seinem Reichthum nicht genug der köstlichen Steine heranschaffen könnte, um das angeblich gestohlene Gut zu ersetzen. Schauspielerinnen sind ein abergläubisches Volk und bilden sich ein, daß es eine Bombenreflexe für sie und ihren Kredit sei, wenn die Zeitungen über Brillantendiebstähle in ihren Schlafstellen berichten.

Der Arbeiter-Menschenbund ersucht uns, mitzutheilen, daß die Generalversammlung beschlossen hat, an die Central-Steinkommission als erste Rate 500 M. abzugeben. Die einzelnen Klubs erheben im kommenden Monat von ihren Mitgliedern doppelte Beiträge.

Die Cholera. Sonntag abend gegen 12 Uhr stellte sich auf der Unfallstation VI in der Lindowstraße der wohnungslose, 66 Jahre alte Schiffer Wilhelm Freitag ein. Der diensthabende Arzt stellte Durchfall und allgemeine große Körpererschwäche fest und ließ den alten Mann als Choleraverdächtig nach dem Krankenhaus Roabit überführen. Freitag erklärte, bis zum 3. d. M. auf einem Kahn, der in Straßau lag, beschäftigt gewesen zu sein.

Unter dem Verdacht der Choleraerkrankung ist die Arbeiterfrau Lina Krause aus der Birkenstraße 22 in die Isolierbarade des Roabit Krankenhaus eingeliefert worden. Sie hatte die Reinigung eines Beamtenhauses in Roabit übernommen und erkrankte während dieser Beschäftigung unter Symptomen, die auf Cholera schließen lassen.

Der an der Cholera erkrankte Schiffer Schülle, dessen Einlieferung in die Cholera-Barade zu Brandenburg an der Havel wir gemeldet hatten, ist als geheilt von dort entlassen worden. Ebenso ist auch das zur Beobachtung untergebracht gewesene übrige Schiffspersonal wieder entlassen worden mit Ausnahme des Schiffsruders Horn, der sich damals der Internierung entzogen hatte. Später wurde Horn festgenommen und nach der Beobachtungsbarade gebracht, jedoch gelang es ihm, sich abermals der Beobachtung zu entziehen. Er wurde wiederum festgenommen und unter ärztliche Aufsicht gestellt und muß einige Tage in Quarantäne bleiben.

Ein Zug ohne Klinken. Ein dreifacher Diebstahl ist auf dem Bahnhofe Groß-Waldsee-Ost der elektrischen Vorortbahn verübt worden. Auf dem Hauptgleis stand ein zur Abfahrt fertiggestellter Zug, der am Sonntagmorgen in Betrieb genommen werden sollte. Obwohl sich in dem Zuge Wägen befanden, gelang es einigen Dieben, an den Wagen sämtliche Messingklinken und Quersäbe abzuschrauben und zu stehlen. Der fahrplanmäßige Zug erhielt eine nicht unbedeutende Verspätung, denn es mußte ein neuer Zug zusammengestellt werden. Vor den Täten fehlt jede Spur. Solche Diebstähle sind in diesem Jahre auf den Berliner Bahnhöfen häufiger vorgekommen. So wurden vor zwei Monaten auf dem Bahnhof Horkstraße von einem Aeserbrutze sämtliche Messinghandgriffe (für 60 an der Zahl) gestohlen. Damals wurden die Diebe von dem Wächter, als sie die gestohlenen Handgriffe in Säden über die Gleise schlepten, bemerkt und verfolgt, entlassen aber unter Zurücklassung der Beute über die angrenzenden Kohlenplätze.

Ein Baunfall ereignete sich gestern (Montag) nachmittags in der Luisenstr. 21. Hier wird ein großer Neubau aufgeführt, der schon bis zur zweiten Etage gediehen ist. Das benötigte Material wird nicht durch Steinträger, sondern auf elektrischem Wege in die Höhe befördert. Die hierbei benutzten kleinen Wagen werden über Feldbahnen gerollt, die über einen noch nicht abgedeckten Keller gelegt sind. Wahrscheinlich war der Schienenstrang nun nicht gehörig abgesteift; er verbog sich unter der Last und zwei mit Mauersteinen beladene Wägen stürzten in den Keller hinab. Hierbei wurde auch ein Arbeiter mitgerissen und von den Steinmassen teilweise verdrückt. Man alarmierte sofort die Feuerwehr, doch brauchte sie nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da der Verunglückte inzwischen schon von seinen Kameraden aus der gefährlichen Lage befreit war. Glücklicherweise sind die Verletzungen, die er davongetragen hat, nicht sehr schwer, so daß er nach seiner Wohnung gebracht werden konnte.

Ueber einen Selbstmordversuch wird berichtet: Der 28 Jahre alte Tapezierer Köhler hatte vor kurzem im Hause Barbarossastr. 64 zu Schöneberg einige Wohnungen renoviert und sich bei dieser Gelegenheit in ein Dienstmädchen verliebt, das dem jungen Manne jedoch keine Beachtung schenkte. Als der Tapezierer am Sonntag dem Mädchen einen Blumenstrauß bringen wollte, wurde er abgewiesen. Einer Freundin des Mädchens erklärte der junge Mann nunmehr, daß er sich erschießen wolle; diese nahm die Sache jedoch nicht ernst und riet dem unglücklichen Liebhaber, solches unten auf dem Hofe abzumachen. Bald fiel ein Schuß; der Tapezierer wurde, schwer am Hinterkopf verletzt, auf dem Hofe aufgefunden. Man brachte ihn in ein Krankenhaus.

Strafensperre. Die Mohrstraße von der Schornsteinfegergasse bis zur Blochstraßenbrücke wird behufs Befestigung mit Holzpfählen vom 9. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwägel und Reiter gesperrt.

Zu dem Raubfall auf Hedaulein Drescher wird mitgeteilt, daß es der Kriminalpolizei gelungen ist, die Person des Täters festzustellen. Es ist ein Reisender Arthur Kordes, am 24. Juli 1892 zu Berlin geboren, der bis zum Tage der Tat bei seiner Mutter in der Christburgerstr. 39 wohnte, seitdem aber verschwinden ist. Kordes verheiratet, einen ihm befreundeten jungen Mann zu überreden, ihm bei dem Raubfall zu helfen. Er erzählte ihm vor ungefähr 14 Tagen, er habe eine „seine Sache“, die sehr leicht zu machen sei. Er lenne eine Angestellte eines Geschäftes, die jeden Tag 2000—3000 M. auf die Bank trage. Dieses Mädchen hänge sehr an seinem Vater, der jeden Dienstag nach Berlin komme. Auf diese Anhänglichkeit baute er seinen Plan, das Mädchen von der Straße wegzulocken. Der junge Mann solle nun in das Haus, das er ihm bezeichnen werde, vordringen und das Mädchen, mit dem er folgen wolle, auf der Treppe antampeln. Er werde es dann mit dem Gummischlauch niederschlagen. Einem anderen Bekannten sagte Kordes, er müsse eine größere Summe Geldes haben, komme es, wie es komme, weil er nach Berlin fahren wolle. Jener Freund, der ihm helfen sollte, wies seinen Vorschlag zurück und hörte nichts mehr von Kordes, bis er am Dienstag, zwei Stunden nach dem Raubfall, zu ihm kam und in großer Aufregung erzählte, er habe seinen Plan versucht, aber kein Glück damit gehabt. Er machte ihm heftige Vorwürfe, daß er ihm nicht geholfen habe. Hätte er das getan, so wäre der Plan ohne Zweifel gelungen. Jetzt solle er ihm wenigstens 4 Mark geben, denn er müßte machen, daß er wegkomme, weil die Zeitungen jedenfalls über den verübten Raub berichten und seine Person beschreiben würden. Gleich nach

diesem Besuche holte Kordes seine Geliebte ab, um sich zusammen mit ihr zu verbergen. Es ist dies eine am 10. Februar 1894 zu Treptow geborene Putzmaherin Marie Siebert, die in der Landbergerstraße 168 arbeitete und in der Straußbergerstraße 40 bei Graf wohnte. Marie Siebert lebte hier früher bei Verwandten und war verlobt. Kordes aber mußte sie so zu betören, daß sie die Verlobung aufhob, von den Verwandten wegzog und ihm ganz zu Willen war. Da er nun nach dem mißlungenen Anfall kein Geld hatte, so bemühte er seine Geliebte, um sich von seiner Schwester wenigstens etwas zu erschwindeln. Er fälschte ein Telegramm seines Schwagers, der Kassierer in einem hiesigen Geschäft ist, dieses Inhalts: „Heute Kassenrevision. Benötige sofort 25 Mark bei eventuellem Verlust der Stellung. Bitte jungen Mädchen sofort Geld geben.“ Bald nach dem Telegramm kam ein junges Mädchen Marie Siebert, und die Frau des Kassierers fiel auf den Säuwinkel hinein. In großer Sorge um ihren Mann gab sie dem Mädchen sogar 90 Mark und noch eine Mark Fahrgehalt. Marie Siebert ist seit Dienstag ebenso wenig mehr in ihre Wohnung zurückgekehrt wie Kordes. Alle ihre Sachen hat sie im Stich gelassen.

In der Angelegenheit wird weiter berichtet: Der Räuber Kordes scheint nach den neuesten Ermittlungen der Kriminalpolizei mit seiner Geliebten, Marie Siebert, Berlin doch verlassen zu haben. Am Donnerstag traf ein Herr v. D., mit dem er früher zusammen „in Haussegen und Kreidporträts“ reiste, das Pärchen und unterhielt sich mit ihm. Kordes stellte Marie Siebert als „seine Kleine“ vor und erzählte, daß er nach der Gegend von Löwenberg fahren wolle, um wieder „in Porträts“ zu reisen. Am Abend desselben Tages war er bei einem Bruder v. D.'s, der sich um eine Invalidenrente bewerben will, und stellte ihm eine eidesstattliche Versicherung aus. Diesen Herrn hat er, seiner Mutter seinen neuen Aufenthalt nicht anzugeben, ihr dagegen zu sagen, daß er, v. D., ihm 10 M. geborgt habe. Spät abends schrieb er ihm noch vom Stettiner Bahnhof eine Postkarte. Hiernach scheint Kordes, der einen schwarzen steifen Hut, einen dunklen, glatten englischen Ueberzieher mit schrägen Taschen und Knöpfstiefel mit Lackspitzen trug, nach 10 Uhr abends vom Stettiner Bahnhof abgehahren zu sein und hält sich vielleicht in der Gegend von Neu-Ruppin und Löwenberg auf. Möglich ist aber auch, daß er durch seine Erzählungen und die Karte die Kriminalpolizei irreführen will. Marie Siebert trug einen schwarzen Hut mit Feder, ein schwarzes Winterjackett und ein schwarzes Kleid.

Ob-Krankenhaus für Haut- und Geschlechtsleiden. Die Oberin Elise Schöner erucht uns folgendes bekannt zu geben: Im Osten der Stadt Berlin, Distrikt 22, wird in der zweiten Hälfte des Monats Oktober ein neues, größeres Krankenhaus für Hautkrankheiten und Geschlechtsleiden eröffnet, welches bestimmt sein soll, den seit Jahren bestehenden fühlbaren Mangel an geeigneten Unterlunftsstätten für solche Kranke abzuheben. In der Klinik, welche zunächst Kasernen- und Stadterne aufzunehmen soll, werden auch selbstständig Kranke in eigens dafür eingerichteten Räumen Unterlunfts finden. Das Krankenhaus, welches den Namen „Ob-Krankenhaus für Haut- und Geschlechtsleiden“ führt, ist mit den modernsten hygienischen Einrichtungen versehen und wird geleitet von den Spezialärzten Dr. Hermann Jaac, Sanitätsrat Dr. Palm und Dr. E. v. Christmar.

Theater. Im Schiller-Theater O. wird heute Dienstag Grillparzer's dramatisches Märchen „Der Traum ein Leben“ mit Georg Paasche, Max Kallag, Franz Kohn, Gusti Weder und Paula Silten in den Hauptrollen wiederholt. Mittwoch gelangt Plachmann als Erzähler zur Aufführung. — Das Schiller-Theater N. gibt heute Dienstag „Nachmann als Erzähler“, am Mittwoch die neu inszenierte politisch-satirische Komödie „Augen rechts“ von Jon Lehmann in Verbindung mit Verno Jacobsons einaktigem Lustspiel „Zum Einsteiler“, das auch am Schiller-Theater zahlreiche Freunde gefunden hat. — Im Lustspiel aufgeführt wird „Der Herr Haushofmeister“ von dem englischen Schriftsteller Barris Sonnabend zum erstenmal gegeben.

## Gerichts-Zeitung.

Wegen Nichtaufnahme einer Verurteilung im „Vorwärts“ hatte sich gestern unser Kollege Rehbein vor dem Schöffengericht in Roabit zu verantworten. Der Anklage lag ein Artikel über das derzeitige Gelsenkirchener Grubenunglück zugrunde, der unter der Stichmarke „Grubenkapitel und Menschenopfer“ die Ursachen jenes Unglücks kritisch behandelte. Die betreffende „Vorwärts“-nummer hatte Rehbein verletzungsweise veranwortlich gemacht. Von der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft war hierauf unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine Verurteilung eingegangen, deren Aufnahme Rehbein verweigerte, weil die Verurteilung wesentlich über den Rahmen des § 11 hinausging. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und erkannte auf Freisprechung.

Der Roman eines jungen Hauslehrers beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmitt. Aus der Untersuchungsbefragung wurde der jetzt 23 jährige Student der Mathematik Heinrich B. vorgeführt, um sich wegen Meineides zu verantworten. Der Roman spielt teils in Hannover, teils in Berlin und enthält so viele pikante Kapitel, daß während der gerichtlichen Verhandlung die Deffenlichkeit ausgeschlossen werden mußte. Der Angeklagte besuchte die technische Hochschule in Hannover. Er wurde von dem sehr wohlhabenden Kaufmann B. als Hauslehrer zur Überwachung der Schularbeiten der vier Kinder engagiert. Die 46 jährige Mutter dieser Kinder fand sich häufig zu den Nachmittagsstunden ein, fand Wohlgefallen an dem damals 21 jährigen Jüngling, und dieser wurde das Opfer des nur schlecht verhaltenen Liebeswunders der alternen Frau. Zuerst verstand er deren Andeutungen und Aufmerksamkeiten überhaupt nicht, als es bei ihm zu dämmern begann, glaubte er so viel Widerstandskraft zu besitzen, um der Versuchung entschlipfen zu können — es war aber alles vergeblich. Auf dem Schloßhause führte ihn der Zufall mit seiner Obdientin in einem launigen Weingelb zusammen und in der animierten Stimmung, in welcher er sich befand, geriet er völlig in die Netze der Frau. Es entwickelte sich in der Folge zwischen ihm und der um ein Vierteljahrhundert älteren Dame ein vertrauterer Verhältnis, als dies zwischen einem Hauslehrer und der Mutter der ihm anvertrauten Töchter der Fall zu sein pflegt, und aus diesem vertrauten Verhältnis wurde bald ein regelrechtes Liebesverhältnis, das den bebauernsmerkten jungen Mann auf eine ganz schiefte Ebene und völlig in die Gewalt der Frau brachte. Er kam erst wieder zur Besinnung, als er infolge dieser Pflichtvergessenheit, hinter die der Obdientin der Frau B. mit der Zeit gekommen war, von der Hochschule relegiert wurde. Da wurde es ihm klar, welchem Abgrund er entgegengeritten und er suchte sich vor dem völligen Untergang dadurch zu retten, daß er Hannover verließ und nach Berlin überhiebte. Hier gelang es ihm, Beschäftigung in einer Versicherungsgesellschaft zu finden. Die ersehnte Ruhe war ihm aber auch hier nicht beschieden, denn bald war Frau B., die ihrem Mann eine Reize zu Bekannten vorgespielt hatte, auch in Berlin und soll hier die Wohnung mit dem Angeklagten geteilt haben. Dieser behauptet, daß er schließlich ein ganz willenloses Werkzeug in den Händen dieser Frau wurde, daß er ihre Willkür sogar Not gelitten habe, da er alles, was er verdiente und von Hause bezog, ihr opfern mußte. Der Obdientin B. hatte inzwischen die Ehescheidungsfrage gegen seine Frau eingeleitet und in einem Ende November d. J. vor dem hiesigen Amtsgericht angestandenen Termin wurde auch der Angeklagte als Zeuge vernommen. Er hat dabei wahrheitswidrig jeden intimen Verkehr mit Frau B. unter seinem Eide abgelehnt. Er will hierzu teils aus einem gewissen Anstandsgefühl, teils durch gewisse Versprechungen und Drohungen der Frau B. betrogen worden sein und der Abweisung des Eides sich durch ein Uebermaß von Alkohol gestärkt haben. Staatsanwalt Dr. Lehmann beantragte das Schuldig gegen den Angeklagten unter Anwendung des § 157, wobei die Angabe der Wahrheit gegen ihn selbst die Verurteilung wegen Ehe-

bruchs nach sich ziehen konnte. Rechtsanwalt Bahm verwies auf die Jugend des Angeklagten, der an sich schon dadurch bestraft worden sei, daß er den Verlockungen einer so viel älteren Frau nicht Stand gehalten und ihr sein ganzes Lebensglück geopfert habe. Die Willkür, mit der er geschlagen worden sei, könnte und müßte fast das Mitleid mit ihm erregen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Meineides unter Anwendung der milderen Strafbestimmung des § 157 str. u. schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft. Der Gerichtshof hielt es für erwiesen, daß der Angeklagte durch Frau B. verführt worden und hielt ihm dies als Milderungsgrund zu gute. — Die Geschworenen erklärten sich dem Verteidiger gegenüber bereit, ein etwaiges Gnadengeuch zu unterstützen.

Die Praktiken eines bürgerlichen Gemeindefollegiums wurden in einer am Freitag vor dem Amtsgericht Gesehmennde stattgehabten Verhandlung grell beleuchtet. Angeklagt war Genosse Heinrich Kurth, Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins für Bremerhaven und Umgegend. Er soll das furchtbare Verbrechen der Verleumdung begangen haben und zwar an dem Magistrat und Bürgerverordnetenfollegium von Geestemünde. Das letztere setzte sich bis vor kurzem aus bürgerlichen Vertretern zusammen. Im Frühjahr fanden ordnungsgemäße Ersatzwahlen statt, bei denen die sozialdemokratische Kandidatenliste unterlag. Bei einer notwendigen Ersatzwahl wurde indes schließlich Genosse Bieth gewählt. Rechtswidrigerweise wurde seine Wahl vom Bürgerverordnetenfollegium für ungültig erklärt und zwar angeblich wegen beim Wahlakt vorgekommener Unregelmäßigkeiten. Dagegen nahm man in der Deffenlichkeit, auch im bürgerlichen Lager, allgemein an, die Wahl sei für ungültig erklärt worden, weil Bieth Sozialdemokrat sei. Inzwischen ist im Verwaltungshandlungsverfahren das Mandat Bieth für gültig erklärt worden. Damals aber und namentlich weil die Ungültigkeitserklärung unter ganz eigenartigen Umständen erfolgte, bemängelte sich der beteiligte Kreis eine große Erregung, die in einem Flugblatt zum Ausdruck kam, das zum Protest verbreitet wurde. In diesem Flugblatt wurde dem Gemeindefollegium der Vorwurf gemacht, die Wahl Bieths aus ungesetzlichen Gründen und in ungesetzlicher Weise kassiert zu haben, sowie ferner, daß im Geestemünder Gemeindefollegium eine Privatinteressenwirtschaft bestehe und viele Mitglieder ihr Amt und die ihnen kraft ihres Amtes anvertrauten Kenntnisse zu persönlichen Erwerbsszwecken mißbrauchen. Das Hauptinteresse der jehigen Gerichtsverhandlung drehte sich um die sogenannte Landkaufgeschäfte. Während nämlich die Gemeinde Geestemünde wegen Ankaufs eines bestimmten Grundstücks noch in Unterhandlung stand, wurde dasselbe von den Bürgerverordneten Ramendoff und Lange in gewissem Sinne als Spekulationsobjekt betrachtet und Lange kassierte das Land durch Ramendoffs Vermittlung für 51 000 M. an dem gleichen Tage durch einen Notariatsakt, als auch die Gemeindefollegien darüber beschließen sollten. In den Kollegien-Verhandlungen, von denen sich drei mit der Sache befaßten, traten Ramendoff und Lange als eifrige Befürworter des Ankaufs durch die Gemeinde auf, die Tatsache anfänglich verschweigend, daß Lange schon notarieller Besitzer sei. Als dies Ramendoff in der zweiten Sitzung schließlich mitteilte, verschwiegen beide wieder die Höhe des von Lange gezahlten Kaufpreises, so daß die Gemeindefollegien annehmen mußten, Lange gebe das Grundstück ohne Verdienst her. In Wirklichkeit aber berechnete Lange den Kollegien einen Preis, der sich um mehrere 1000 M. höher stellte. Auffallend ist weiter, daß die Aufzählung des schließlich von der Gemeinde gekauften Grundstücks nicht von Lange, sondern vom ursprünglichen Besitzer erfolgte und dieser auch den Kaufpreis von 53 800 M. von der Gemeinde ausbezahlt erhielt. Die Differenz von 2800 M. zahlte der Verkäufer an Ramendoff. Um diesen Betrag, den die beiden Bürgerverordneten erhielten ohne Kenntnis der Kollegien, hat aber die Gemeinde das Grundstück zu teuer gekauft. Den beiden Stadtvätern ist übrigens ihre mindestens eigentümliche Rolle nur anscheinend bewußt geworden. Beide haben bei den beteiligten Personen auf Schweigen gedrungen. Ramendoff hat sogar der Haushälterin des Grundstücksveräußers, die den Kaufunterhandlungen beigewohnt hatte, zugesagt, dafür sorgen zu wollen, daß sie von der Kaufsumme ein paar Tausend Mark oder ein Legat abbekommen solle, wenn sie Grillparzer bewahre. Dem Sohn des Verkäufers gegenüber, der auf Mitteilung des Kaufpreises drang, machte Ramendoff allerhand Ausflüchte und versprach ihm eine Stelle als Versicherungsinspektor besorgen zu wollen in einem auswärtigen Ort. Der Sohn ließ sich aber darauf nicht ein, sondern hat gegen die beiden Strafanzeige erstattet. Das Verfahren hierüber schwebt noch. In der weiteren Verurteilung wurde festgestellt, daß im Geestemünder Gemeindefollegium allgemein der Grundsatz galt, daß das Innehaben eines städtischen Ehrenamtes nicht ausschließe, mit der Gemeinde recht gute Geschäfte zu machen. Senatoren und Bürgerverordnete hielten es mit der Eigenschaft ihres Amtes ganz gut vereinbar und für unbedenklich, sich an den Subventionen zu beteiligen, meist mit dem Erfolg, daß merkwürdigerweise gerade sie die Mindestbietenden waren und den Zuschlag erhielten, selbst wenn sie kein diebezügliches Geschäft bejähren, sondern Vertreter anderer Firmen im Nebenamt waren.

Der Vertreter der Anklage ließ angesichts dieser Tatsachen dieselbe fallen, soweit verurteilende Beleidigung in Frage kam und beantragte das Schuldig nur aus § 165 und 166 heraus, da das Flugblatt schwere Beleidigungen enthielt. Der Staatsanwalt hielt eine Geldstrafe von 200 M. für ausreichend. Der Verteidiger Dr. Herz würdigte im glänzenden Plaidoyer die Ergebnisse der Beweisaufnahme und beantragte die Freisprechung des Angeklagten Kurth, da der Wahrheitsbeweis in allen wesentlichen Punkten erbracht sei. Nach längerer Beratung erging das Urteil dahin: der Angeklagte Kurth wird wegen formaler Beleidigung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Gerichtshof kam nur zu einer Verurteilung aus § 165!

Wie die Polen zu Preußen gemacht werden. Wegen sichtbaren Tragens einer weihroten Kransackelbe bei einer Verurteilung war Frau Nigoliska aus der Provinz Posen zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Angeordnet wurde die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Posen vom 17. April 1891, welche es unter anderem verbietet, öffentlich Abzeichen in anderen Farben als den Landesfarben zu tragen. Das Kammergericht verwarf die Revision der Angeklagten und erklärte die Verordnung mit Rücksicht auf die gespannten Verhältnisse in der Provinz Posen für rechtmäßig. Sie finde ihre Stütze im Polizeiverwaltungsgeuch und im § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts.

In Dresden wurde der ehemalige Direktor der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Leipziger nach achtjähriger Hauptverurteilung wegen Untreue zu einem Jahre 8 Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, event. 200 Tagen Gefängnis, dazu 3 Jahren Ehrverlust, verurteilt. 5 Monate Untersuchungshaft gelten als verbüßt.

Wasserstand am 7. Oktober. Elbe bei Ruffig — 0,03 Meter, bei Dresden — 1,57 Meter, bei Magdeburg + 1,21 Meter. — Ruckus bei Strahrunst + 2,55 Meter. — Oder bei Rathbor + 0,91 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,83 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,70 Meter, bei Frankfurt + 1,10 Meter. — Weichsel bei Strasbunde + 2,38 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Reche bei Uff — Meter.

### Charlottenburg.

F. Kunstmann,  
nur Wallstr. 1  
Uhren und  
Goldwaren.  
Großes Lager  
Billige Preise. 1698\*  
Reparaturen schnell und billig.



Berlin, Alte Jakobstr. 124.  
**Elektro-Technikum**  
gegr. 1874. Eign. Fabrik. Elektro-,  
Maschinen-, Bau-, Ingenieur-,  
Techniker-, Bergmeister-, Monteur-Ausbildung.  
**Neuer Abendkursus.**  
Prospekt kostenfrei.